

Kunst & Kontext

Außereuropäische
Kunst und
Kultur im Dialog

#18 Juli 2019

**SONDERHEFT
»RESTITUTIONSDEBATTE
Nr. 2«**

**Bundestagsfraktionen und
Deutscher Kulturrat – Interviews**

**Stuttgart – Rückgabe
als Teil einer Gesamtstrategie**

**Bericht Savoy & Sarr -
Alles nur heiße Luft?**

Leitfaden des Museumsbundes



6,50 Euro

shikra

Traditionelle und Zeitgenössische Afrikanische Kunst
Fotografie - Limitierte Editionen
Antiquarische Kunstbücher
mit Sonderabschnitt aus der Kegel-Konietzko Sammlung



shikra – ausgesuchte afrikanische Kunst

shikra wurde im August 2005 als Online-Galerie für traditionelle und moderne afrikanische Kunst gegründet.

shikra präsentiert eine erlesene Auswahl verschiedenster Kunstgegenstände aus zahlreichen afrikanischen Ländern.

shikra

Ansorgestr. 5, 22605 Hamburg, Germany
Phone: +49 (0)175-245 08 68
info@shikra.de · www.shikra.de

African Art

Vorab!

»Der postmoderne Mensch befand sich in einem prälogischen Stadium. Er ordnete Fakten entlang seiner Geschichten, anstatt den Fakten Zeit zu geben ihre eigenen Geschichten zu erzählen.«
(Joseph Divine, 30. August 2086)

Selbst sehr hohe Wellen überschreiten in ihren Hebungen das ursprüngliche Normalniveau nur kurz. Im ersten Halbjahr 2019 erreichte die deutsche Restitutionsdebatte ihren Höhepunkt. Der im November 2018 veröffentlichte Bericht von Felwine Sarr und Bénédicte Savoy hatte den Wunsch der Feuilletonisten nach einfachen Botschaften erfüllt und verpasste ihren Legenden einen wissenschaftlichen Anstrich. Am 21. Februar 2019 gastierte dann erstmals das Thema »Kulturpolitische Aufarbeitung des kolonialen Erbes« im Deutschen Bundestag. Nach Anhörungen und Anfragen formulierten die Fraktionen Konzepte und Forderungen, die bereits *Kunst&Kontext* im Jahr 2012 (Nr. 4: 71) und die *Vereinigung der Freunde afrikanischer Kultur e. V.* auf der Mitgliederversammlung 2013 aufgestellt hatten. Wir waren der heutigen Debatte also um sieben Jahre voraus und haben seitdem systematisch in *Kunst&Kontext* besonders erwähnenswerte Museumsprojekte in diesen Bereichen vorgestellt.

Es ist zu bedauern, dass die Restitutionsdebatte (mit ihrem Interesse an der historischen Vielfalt der Kulturen dieser Welt) dabei ist, an ihrer eigenen Abstraktheit zu scheitern. Zur parlamentarischen Sommerpause 2019 bleibt festzuhalten, dass nur eine Handvoll Restitutionsforderungen für konkrete Objekte (mit Inventarnummer) bekannt sind und sich die offiziellen Vertreter afrikanischer Staaten an der deutschen Debatte nicht beteiligen. Auch in den afrikanischen Gesellschaften ist kein breites Interesse feststellbar, was übrigens auch für die Öffentlichkeit in Deutschland selbst gilt. Nicht einmal die (unsäglichen) Talkshows erachteten das Thema als relevant: Quotenkiller Kolonialzeit? Weiterhin betreffen die bislang beschlossenen Maßnahmen der Regierung fast ausschließlich die Provenienzforschung und liegen bestenfalls im einstelligen Millionenbereich pro Jahr. Kein Landes- oder Bundespolitiker hat bislang Ziele formuliert und die langfristigen Kosten der aufgestellten Forderungen bepreist. Ohne Projektziele, Budget und Fertigstellungstermine kann es weder Digitalisierung noch Transparenz geben.

Mit einem Gesamtbudget von 250 Millionen Euro könnte die digitale Erfassung der etwa zwei Millionen Objekte in den über 50 Museen mit völkerkundlichen Sammlungen in Deutschland (inklusive der zugehörigen

Sammlungsdokumentation) innerhalb von vier Jahren abgeschlossen werden. Dazu zählt neben dem Scannen der Dokumente das Fotografieren und Messen aller Objekte, die Beurteilung des Zustandes (Restaurierungsbedarf), das Anbringen scanbarer Etiketten, die Bestandsaufnahme und Inventur sowie die Online-Präsentation aller Bestände auf einer gemeinsamen Internetplattform. In einer zweiten Phase würden anschließend weitere 25 Millionen Euro benötigt, um Restarbeiten und offene Fragen (nummernlose Stücke, Zuordnung von Bruchstücken, Systematik der Archive, etc.) in zwei- bis dreijährigen Projekten zu bearbeiten. Die Mittelvergabe wäre von einer Stelle zu koordinieren und der jeweilige Arbeitsstand in Jahresberichten zu veröffentlichen. Noch in diesem Jahr könnten die Landes- und Bundesrechnungshöfe mit der Prüfung der Museumdepots beauftragt werden. Entsprechen der Brandschutz, das Raumklima, die Dichtigkeit der Gebäude, der Rollregale und der Vitrinen, etc. heutigen Anforderungen? Auch diese Ergebnisse wären jeweils zu veröffentlichen.

Letztlich müssten die in den letzten Jahrzehnten geschwundenen Strukturen wieder hergestellt werden: Feste Wissenschaftlerstellen, Publikationsreihen, Feldforschung. Erst die Perspektive auf eine Festanstellung rechtfertigt die teure universitäre Ausbildung von Spezialisten, und erst mit diesen gäbe es (wieder) eine dauerhafte und systematische Forschung zu Einzelobjekten der Museumssammlungen. Das hätte auch Folgen für die Universitäten, denn hier müssten die zukünftigen Wissenschaftler neben historischer Ethnologie auch Restaurierung studieren und naturwissenschaftliche Kenntnisse erwerben, um am Objekt das Material, die Herstellungstechnik und den Alterungsprozess erkennen zu können. Die dort tätigen Kultur- und Sozialanthropologen können dieses Wissen nicht vermitteln. Der Lernprozess ist also grundlegender, als bisher erkannt; mit ein bisschen Provenienzforschung ist es nicht getan.

Vom Normalniveau aus betrachtet, ist der Höhepunkt der Welle nur ein kommendes Wellental.

Berlin, den 6. Juli 2019
Andreas Schlothauer

Kunst & Kontext

#18 Juli 2019

Vorab 2

RESTITUTIONSDEBATTE IN DEUTSCHLAND, 2. TEIL

Bundestagsfraktionen und Deutscher Kulturrat – Interviews 3

Zusammenfassung der Interviews 25

Stuttgart – Rückgabe als Teil einer Gesamtstrategie 27

Leitfaden des Museumsbundes 52

Bericht Sarr & Savoy – Alles nur heiße Luft? 58

Savoy's Afririqua 73

Le Switch Project 76

Impressum 80



© Deutscher Bundestag
Foto: Achim Melde



Restitutionsdebatte in Deutschland

Teil 2: Interviews mit acht Bundestagsabgeordneten und dem Deutschen Kulturrat

Die ausgewählten Interviewpartner¹ repräsentieren die sieben in den Bundestag gewählten Parteien, und sind entweder kulturpolitische Sprecher oder als Berichterstatter bzw. Experten ihrer Fraktion für das Thema Kolonialgeschichte zuständig. Einbezogen ist weiterhin der in einem afrika-

nischen Land geborene Bundestagsabgeordnete Karamba Diaby (SPD) und der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmermann. Es wurden 15 Fragen gestellt, deren Beantwortung zwischen 30 und 110 Minuten dauerte.

»Die Diskussion wird teilweise mit großer Leidenschaft geführt, dabei sollte sie aber nicht an Sachlichkeit verlieren.«



CDU – Berichterstatter der Fraktion zum Thema «Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten»

Ansgar Heveling (1972, Rheydt)

Beruf: Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Bonn; ab 2001 Arbeit als Rechtsanwalt und ab 2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter der CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen sowie ab 2005 stellvertretender Büroleiter des Ministers im dortigen Finanzministerium.

Partei: 1989 Eintritt in die Schüler Union und Junge Union und seit 1991 Mitglied

der CDU.

Bundestag: Ab 2009 Mitglied des Bundestages (direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Krefeld/Neuss); Mitglied im Rechtsausschuss und dort Berichterstatter für das Urheberrecht, außerdem Mitglied im Wahlprüfungsausschuss sowie stellvertretendes Mitglied im Innenausschuss und im Ausschuss für Kultur und Medien; seit Januar 2018 Justiziar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

»Durch einen stärkeren kulturellen Austausch zwischen Europa und den afrikanischen Staaten können wir gegenseitig von der jeweiligen Kunst und Kultur lernen.«



CSU – Sprecher der CSU-Landesgruppe für Kulturpolitik

Volker Ullrich (1975, Illertissen)

Beruf: Studium der Rechtswissenschaften (Universität Augsburg) und Wirtschaftswissenschaften (Fern-Universität Hagen); nach Promotion in Jura ab 2002 Rechtsreferendar und Stadtrat der Stadt Augsburg und ab 2005 Arbeit als Rechtsanwalt und Unternehmensberater sowie ab 2011-2013 berufsmäßiger Stadtrat und Leiter des Ordnungsreferates in Augsburg.

Partei: 1992 Eintritt in die Schüler Union, Junge Union und die CSU und seit 2018 im Parteivorstand der CSU.

Bundestag: Ab 2013 Mitglied des Bundestages (direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Augsburg) und derzeit Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union und Obmann des 1. Untersuchungsausschusses.



»Sich als wechselseitig Lernende in gemeinsamen Projekten zu erleben, könnte der vielleicht größte Triumph über die Zeit des Kolonialismus sein.«

SPD – Berichterstatter der Fraktion zum Thema »Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten«

Helge Lindh (1976, Wuppertal)

Beruf: Abschluss Magister Artium (M.A.) Neuere Deutsche Philologie (HF), Germanistische Sprachwissenschaft (NF), Neuere und Neueste Geschichte einschl. Landesgeschichte (NF); Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei verschiedenen Landtagsabgeordneten Nordrhein- Westfalens.

Partei: Seit 1999 Mitglied der SPD und in diversen Arbeitsgruppen in Wuppertal aktiv.

Bundestag: Seit 2017 Mitglied des Bundestages (direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Wuppertal I) und dort ordentliches Mitglied der Ausschüsse für Kultur und Medien sowie für Inneres und Heimat; Sprecher der Arbeitsgruppe Demokratie der SPD-Bundestagsfraktion.



»Im Interesse der zukünftigen Generationen geht es mir um Kooperation statt Konfrontation.«

SPD – im Senegal geborener Bundestagsabgeordneter

Karamba Diaby (1961, Marsassoum/Senegal)

Beruf: Studium an der Universität Dakar (Senegal) 1982-1984; ab 1985 in der DDR (Deutschkurs) und 1986-1996 Chemiestudium mit Promotion an der Universität Halle-Wittenberg; seit 1996 Mitarbeit in Projekten gemeinnütziger Organisationen im Bereich Bildung, Jugendpolitik und Menschenrechte; 2011-2013 Referent im Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Sach-

sen-Anhalt.

Partei: Seit 2008 Mitglied der SPD; 2009-2015 Mitglied des Stadtrates in Halle (Saale) und seit 2018 Integrationsbeauftragter und Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion.

Bundestag: Seit 2013 Mitglied des Bundestages und dort ordentliches Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Mitglied im Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung.

Kunst&Kontext: Waren Sie schon einmal in einem afrikanischen Land und haben dort ein Museum besucht?

REGIERUNG

CDU, Heveling: Leider hatte ich noch nicht die Gelegenheit, nach Afrika zu reisen. Meine Kenntnisse beziehen sich daher allein auf Besuche in hiesigen Museen.

CSU, Ullrich: Nein, leider bisher noch nicht, aber ich hoffe, dass ich das in den nächsten Jahren nachholen kann.

SPD, Lindh: Einfache Antwort: Nein. Ich habe auch noch kein

Museum auf dem afrikanischen Kontinent besucht. Leider hatte ich hierzu noch keine Gelegenheit. Ich hoffe aber, dass sich diese in absehbarer Zeit ergibt.

SPD, Diaby: Selbstverständlich war ich schon in mehreren afrikanischen Ländern und habe dort auch Museen besucht. Im Senegal, das Land, in dem ich geboren wurde, war es das IFAN Museum of African Arts in Dakar und das Monument de la Renaissance Africaine. Dort war ich mit meiner Familie und meinen Kindern. Weiterhin habe

OPPOSITION



»Niemand weiß Genaues, aber es lastet ein Generalverdacht auf allen Objekten, die aus afrikanischen Ländern kommen.«

AfD – Kulturpolitischer Sprecher

Marc Jongen (1968, Meran/Italien)

Beruf: Studium der Philosophie, Volkswirtschaft, Geschichte und Indologie an der Universität Wien; ab 1995 journalistische Tätigkeit in Wien und Bozen; 1999-2003 Promotion an der Hochschule für Gestaltung Karlsruhe und dort seit 2003 wissenschaftlicher Mitarbeiter für Philosophie und Ästhetik, bis 2015 auch Assistent des Rektors.

Partei: Im April 2013 in die AfD einge-

treten, seit damals im Landesvorstand der AfD Baden-Württemberg, seit Februar 2019 stellvertretender Landesvorsitzender.

Bundestag: Seit 2017 Mitglied des Bundestages und kulturpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion; Mitglied in den Bundestagsausschüssen Kultur und Medien sowie Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, Mitglied in der Enquete-Kommission Künstliche Intelligenz.



»Mir fehlt die Frage nach dem ‚Warum‘, es geht immer nur um das ‚Wie‘.«

FDP – Kulturpolitischer Sprecher

Hartmut Ebbing (1956, Berlin)

Beruf: Nach Bankausbildung und Studium der Betriebswirtschaft an der TU Berlin und University of Illinois (USA); längere Aufenthalte in Israel und USA; 1984-1991 bei einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und seit 1992 selbstständiger Steuerberater- und Wirtschaftsprüfer.

Partei: Seit 1995 Mitglied der FDP in

unterschiedlichen Funktionen, u.a. Vorsitzender Landesfachausschuss Kultur, Mitglied Bundesfachausschuss Finanzen und Steuern, Mitglied im Landesvorstand der FDP Berlin

Bundestag: Seit 2017 als Abgeordneter im Bundestag und dort ordentliches Mitglied des Ausschusses für Kultur und Medien sowie stellvertretendes Mitglied im Finanzausschuss.



»Es fehlt ein Bekenntnis der Bundesregierung, dass es sich bei der Kolonialherrschaft um ein Unrechtsregime handelte.«

Bündnis 90/Die Grünen – Stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Kultur und Medien (mit der Zuständigkeit für Erinnerungskultur/Aufarbeitung des kolonialen Erbes)

Kirsten Kappert-Gonthier (1966, Marburg)

Beruf: Studium der Humanmedizin in Marburg und Brisbane (Australien) mit Promotion über Traumafolgestörungen; ab 2001 Arbeit als Fachärztin

für Psychiatrie und Psychotherapie.

Partei: Seit 2002 Mitglied der Grünen und ab 2011 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft.

Bundestag: Seit 2017 Mitglied des Bundestages und dort Obfrau im Gesundheitsausschuss sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien mit Zuständigkeit für die Aufarbeitung des kolonialen Erbes.

ich in Gambia ein Museum besucht, und im Norden von Mali war ich in der Moschee von Djenné sowie in Kame-run auf Dienstreise mit mehreren Parlamentariern.

OPPOSITION

AFD, Jongen: Ich war vor langer Zeit in Marokko, habe dort aber kein Museum besucht. Allerdings war ich einige Male in Indien und dort in mehreren Museen. Dort kann man den Eindruck gewinnen, dass sich seit der britischen Kolonialzeit wenig verändert hat. Die Objekte befanden sich in unglaublich verstaubten Glaskästen und waren vor der hohen Luftfeuchtigkeit nicht ausreichend geschützt. Möglicherweise sind diese Erfahrungen mit Afrika vergleichbar.

FDP, Ebbing: Ja, ich war vor langer Zeit in Kenia, aber dort nicht in einem Museum.

GRÜNE, Kappert-Gonthier: Ja, aber ich finde, das ist keine Voraussetzung, um sich mit dem Thema »koloniale Verantwortung« auseinanderzusetzen. Mein Wunsch ist, dass wir uns in einem breiten gesellschaftlichen Diskurs der Frage widmen: Was bedeutet Verantwortungsübernahme für unser koloniales Erbe heute?

LINKE, Freihold: Der von europäischen Staaten bzw. Deutschland begangene Kulturgüterraub wurde durch kolonial-rassistische Zuschreibungen und Stereotype legitimiert, die bis in die heutige Zeit wirken. Sich dieser Verantwortung zu stellen ist entscheidend und völlig unabhängig davon, ob man afrikanische Länder besucht hat. In erster Linie sind die europäischen Tätergesellschaften bei der Restitution in der Pflicht. Die Probleme dürfen aber nicht allein auf einer ethisch-moralischen Ebene gelöst werden. Darüber hinaus sollte auch die rechtliche Ebene gestärkt werden. Der Kulturgüterraub darf nicht nachträglich legalisiert werden. Diese Kulturgüter haben identitäts- und kulturstiftende Bedeutung, deshalb müssen sie an die Herkunftsgesellschaften zurückgegeben werden.

KULTURRAT

Zimmermann: Nein, bislang war ich noch in keinem afrikanischen Land. Kunst aus Afrika ist mir aber durchaus vertraut. Vor meiner Tätigkeit als Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates war ich Kunsthändler und Galerist in Köln und habe dort in den 1990er-Jahren intensiv mit dem von Ulli Beier gegründeten IWALEWA-Haus in Bayreuth bei Ausstellungen zeitgenössischer Kunst aus Nigeria und Papua-Neuguinea zusammengearbeitet.

Damals gab es eine heftige Debatte darüber, ob die Kunst aus dem globalen Süden überhaupt in Museen für zeitgenössische Kunst präsentiert werden dürfe und nicht eigentlich in die Völkerkundemuseen gehöre.

Kunst&Kontext: *Gibt es Themen oder Argumente, die Sie in der derzeitigen Restitutionsdebatte vermissen? Welche Schwerpunkte würden Sie setzen?*

REGIERUNG

CDU, Heveling: Die Diskussion wird teilweise mit großer Leidenschaft geführt, dabei sollte sie aber nicht an Sachlichkeit verlieren. Die Frage, wie wir zukünftig mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten umgehen, bedarf einer ausführlichen Debatte und kann nicht mal so eben schnell entschieden werden. Im Übrigen ist bereits im Koalitionsvertrag festgehalten, dass wir uns in dieser Legislaturperiode dem Thema widmen.

CSU, Ullrich: Ich würde die Debatte gern in Richtung auf einen stärkeren kulturellen Austausch zwischen Europa und den afrikanischen Staaten erweitern, damit wir gegenseitig von der jeweiligen Kunst und Kultur lernen können. Wie können wir diesen Austausch gemeinsam organisieren? Wie können wir in Europa Kulturgut afrikanischer Provenienz deutlich Kontext-basierter ausstellen, und wie kann gleichzeitig europäische Kunst den Weg in die Ausstellungen in afrikanischen Ländern finden? Bei aller Wichtigkeit der Restitutionsdebatte ist mir diese – allein für sich – zu vergangenheitsbezogen.

Außerdem würde ich gern einen stärkeren Austausch fördern, sodass für junge Menschen aus Bamako, Yaoundé und Ouagadougou Europa und europäische Kunst erfahrbar wird. Dazu gehört dann auch die Frage, wie afrikanische Künstler befristete Visa für Europa erhalten. Es geht um die Ermöglichung von Kulturaustausch in konkreten befristeten Projekten.

SPD, Lindh: Die Restitutionsdebatte ist eine Verkürzung. Die eigentliche Grundsatzdebatte geht darüber, wie wir heute mit der Zeit des Kolonialismus umgehen. Was wissen wir über diesen Teil deutscher Geschichte und was sollten möglich viele Menschen erfahren? Wir brauchen einen viel breiteren Diskurs, der über Fachdebatten und Feuilletons hinausgeht, denn es wäre aus meiner Sicht gelogen zu behaupten, dass es derzeit eine breite Gesamtdebatte in der Bevölkerung zu dem Thema gibt. Die Frage nach einem Denkmal für die Opfer der Kolonialzeit würde ich nicht an den Anfang stellen, sondern fände es sinnvoll, dies im Laufe eines Diskurses gemeinsam mit



"Kulturreich war nie gutgläubig: Generelle Beweisumkehrpflicht muss im Einklang mit den Entwicklungen im Internationalen Restitutionsrecht gesetzlich verankert werden."

DIE LINKE – Erinnerungspolitische Expertin

Brigitte Freihold (1955, Kaiserslautern)

Beruf: Studium Lehramt in den Fächern Deutsch und Bildende Kunst (Referendariat 1980/81), danach Arbeit in der Kinder- und Jugendlichen Psychiatrie und zugleich Studium Dipl. Pädagogik mit Schwerpunkt Frühe Kindheit und Erwachsenenalphabetisierung. Seit 1990 im Schuldienst, Grundschule Sozialer Brennpunkt und Vorortschule.

Partei: 2005 Eintritt in die WASG, die

sich im Jahr 2007 mit der PDS zur Partei Die LINKE vereinte und seit 2013 stellvertretende Vorsitzende des Landesverband Rheinland-Pfalz.

Bundestag: Seit 2019 Mitglied des Bundestages, ordentliches Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie in den Unterausschüssen Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik bzw. Bürgerchaftliches Engagement.

KULTURRAT



»Afrika südlich der Sahara ist für die meisten Deutschen ein unbekannter Kontinent.«

Deutscher Kulturrat – Geschäftsführer

Olaf Zimmermann (1961, Limburg)

Beruf: Volontariat zum Kunsthändler und anschließend Geschäftsführer verschiedener Galerien; 1987 Gründung einer Galerie für zeitgenössische Kunst in Köln und Mönchengladbach.

Tätigkeit: Seit 1997 Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates; Herausgeber und Chefredakteur von Politik & Kultur, der Zeitung des Deutschen Kulturrates. Seit 2016 Koordinator und

Moderator der Initiative kulturelle Integration. Mitglied der Landessynode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz; des Stiftungsrates der Kulturstiftung des Bundes; des Beirates des Kompetenzzentrums Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes sowie des Kuratoriums der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur in der Bundesrepublik Deutschland e. V.

vielen Beteiligten zu tun. Wir wissen alle, dass Politik wegen ihrer medialen Wirkung Symbole und symbolische Akte bevorzugt. Ein langer Dialogprozess ist sicher nicht so schillernd wie die Einweihung eines Erinnerungsortes, aber er wird dauerhafter sein, wenn wir diesen mit der Bereitschaft führen, uns verunsichern zu lassen.

SPD, Diaby: Ich vermisse die Perspektive der afrikanischen Länder. Bei der Aufarbeitung von Kolonialgeschichte sind auch deren heutige Interessen auf Augenhöhe zu berücksich-

tigen. Wichtig sind gemeinsame Forschungsprojekte mit vielen Beteiligten aus Deutschland und in den verschiedenen afrikanischen Ländern. Dadurch erhalten beide Seiten die Möglichkeit, den gegenseitigen Alltag zu erfahren, sie erleben die Kultur und lernen die Geschichte kennen. So entwickelt sich Achtung füreinander und interkulturelles Verständnis. Im Senegal gibt es die Stadt Saint-Louis. Schon in der Kolonialzeit lebten hier besonders viele französische Frauen und Männer mit einheimischen Partnern zusammen

und hatten gemeinsame Kinder. Das ist bis heute so, wir nennen das binationale Partnerschaften. Welche Geschichten erzählen deren Nachfahren uns über die Kolonialzeit?

OPPOSITION

AFD, Jongen: Für mich steht die Restitutionsdebatte viel zu sehr unter moralischem Vorzeichen. Zunächst ist doch bemerkenswert, dass die historischen Objekte nach so langer Zeit noch erhalten sind. Würden sie überhaupt noch existieren, wenn sie nicht in europäische Museen gelangt wären? Über die jahrzehntelange Pflege und den Erhalt der Objekte sollten wir nicht einfach hinweggehen. Diese Leistung der deutschen und europäischen Museen möchte ich mehr gewürdigt sehen. Einige außer-europäische Objekte sind zudem inzwischen Teil der kulturellen Identität des Landes geworden, das sie aufbewahrt hat. Ich denke hier z. B. an die Büste der Nofretete, die mittlerweile stark mit Berlin verbunden ist. Weiterhin wird der Eindruck erweckt, als wäre alles, was aus kolonialem Kontext stammt, geraubt und unrechtmäßig angeeignet. Es gibt zwar Lippenbekenntnisse, dass dem nicht so sei, aber im Ergebnis bleibt der Eindruck, dass im Grunde alles Unrecht sei. Das ist so nicht der Fall. Ich würde die Debatte daher gern entmoralisieren und den rechtlichen Aspekt stärker hervorheben. Dieser besagt, dass es keine Rückgabeansprüche nach so langer Zeit mehr gibt. Auf dem hohen moralisierenden Ross sitzend, würden einige Akteure gern über diese rechtlichen Gegebenheiten hinwegreiten.

FDP, Ebbing: In unserer deutschen Debatte vermisse ich eine gemeinsame europäische Herangehensweise. Wir besetzen wieder einmal ein Thema mit hohem Perfektionismus. Dabei fehlt mir die Frage nach dem »Warum«, es geht immer nur um das »Wie«. Auch wünsche ich mir eine stärkere Differenzierung in politische Verantwortung und moralische Schuld. Oder tragen die heute lebenden Generationen eine Mitschuld an der Kolonialzeit? Ein weiterer Schwerpunkt wäre auch die Bearbeitung der Kolonialzeit im Schulunterricht.

GRÜNE, Kappert-Gonthier: Es fehlt ein Bekenntnis der Bundesregierung, dass es sich bei der Kolonialherrschaft um ein Unrechtsregime handelte. Im Koalitionsvertrag steht zu Recht »NS-Terrorherrschaft« und »SED-Diktatur«, aber dann folgt der neutral gefasste Begriff »Deutsche Kolonialgeschichte«. Das ist für mich kein Zufall. Das liegt nicht nur daran, dass die deutschen Kolonial-

verbrechen immer noch ein verdrängtes Kapitel unserer Geschichte sind, sondern vermutlich soll so das Thema Reparations- oder Restitutionsansprüche vermieden werden. Zweitens ist zentral, dass wir die Deutungshoheit zugunsten der Herkunftsgesellschaften aufgeben. Und drittens wünsche ich mir, dass in der Restitutionsdebatte über mehr gesprochen wird als: Was kommt woher? Was soll wohin zurückgegeben werden? Ich wünsche mir, dass die Debatte ein Türöffner wird, um einen umfassenden gesellschaftlichen Diskurs zu fördern.

Die Beschäftigung mit strukturellem Rassismus zeigt mir, dass wir den tradierten Behauptungen von Ungleichwertigkeit immer noch auf Schritt und Tritt begegnen. Das halte ich für ein riesiges gesellschaftliches Problem. Im Kern verstehe ich die Restitutionsdebatte als Frage, wie die Gesellschaften der ehemals Kolonisierten und die Gesellschaften der ehemaligen Kolonialmächte heute miteinander umgehen und umgehen könnten. Ich hoffe, dass sich die Diskussion auch aus den Feuilletons, den Museen, den Wissenschaften hinaus in die breite Zivilgesellschaft trägt, in die Schulen, die Künste. Wir Grüne plädieren außerdem für die Schaffung eines zentralen Erinnerungs- und Lernortes in Berlin und korrespondierende dezentrale Erinnerungsorte. Dort soll ein Erinnern und Lernen für alle möglich werden, eine gemeinsame Suchbewegung. Dafür sollen nicht nur die Schrecken der Kolonialherrschaft dargestellt, sondern auch der antikoloniale Widerstand sowie die Kultur der ehemaligen Kolonisierten gezeigt werden.

LINKE, Freihold: Momentan wird überwiegend von Provenienzforschung geredet, und diese steht im Zentrum der Debatte. Es wird zu wenig beachtet, dass rechtliche Grundlagen notwendig sind, um faire und gerechte Rückgabeverfahren zu garantieren, bei denen die Nachkommen der Kolonisierten und Versklavten entsprechend einbezogen werden müssen. Daher müssen die rechtlichen Bedingungen ein wesentliches Thema sein, wobei die internationalen Entwicklungen in Kulturgüterschutz und Kulturgüterückführung Beachtung finden müssen. Bei Streit- und Verdachtsfällen sollte eine erst zu schaffende unabhängige Kommission, eine Art Mediationsstelle, beteiligt werden. Deshalb haben wir in engem Austausch mit Vertreter*innen des ISD-Bund e.V. und Dekolonisierungs-Aktivist*innen gemeinsam einen Antrag erarbeitet, in dem wir u. a. die Einrichtung einer Bundesstiftung zur Aufarbeitung des deutschen Kolonialismus sowie die Einrichtung einer unabhängigen

Kommission fordern, die analog zur »Beratenden Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgtensbedingt entzogenen Kulturguts, insbesondere aus jüdischem Besitz« als Mediations-Stelle tätig werden soll (vgl. Koloniales Unrecht in Deutschland umfassend aufarbeiten – Nachkommen einbeziehen; BT-Drs. Drucksache 19/8961). Weiterhin haben wir mehrere parlamentarische Initiativen im Hinblick auf die Verabschiedung eines Restitutionsgesetzes vorgelegt (vgl. Antrag »Restitution von Kulturgut aus kolonialen Kontexten gesetzlich regeln« (BT-Drs. 19/9340)). Darin fordern wir u. a., dass die Einrede des gutgläubigen Erwerbs gegen einen Herausgabeanspruch von anspruchsberechtigter Seite ausgeschlossen wird und die über das Kulturgut Verfügenden im Falle unter der Schwelle von grober Fahrlässigkeit entsprechend Artikel 14 GG entschädigt werden. Die Einrede der Verjährung nach § 197 BGB soll ebenfalls ausgeschlossen werden. Völkermord und damit verbundener Kulturgutraub darf nicht verjähren! Unbestritten ist, dass die Objekte dahin gehören, wo sie herkommen. Letztendlich haben die Herkunftsgesellschaften das Recht, mit ihren Kulturgütern das zu machen, was sie wollen. Ein ganz wichtiger Prozess der Dekolonisierung ist, dass man die Objekte in die Verfügungsgewalt der Eigentümer zurückgibt. Ganz entscheidend ist, dass wir nicht diejenigen sind, die versuchen, mitzubestimmen und aus einer Ideologie der vermeintlichen kulturellen Höherwertigkeit heraus irgendwelche Vorgaben machen. Was letztendlich mit dem Kulturgut passiert, entscheiden die ursprünglichen Eigentümer*innen und ihre Nachkommen. Wir stehlen uns damit nicht aus der Verantwortung, denn wir haben in erster Linie die Verantwortung für die kolonialen Verbrechen, und diese müssen wir aufarbeiten. Dazu gehört eben auch, dass wir die Werke restituieren und diese nicht selbstverständlich in unseren Museen verbleiben. Und wir dürfen nicht vergessen, dass alle Rückführungen, die bislang stattgefunden haben, zum Beispiel die menschlichen Gebeine von Verfolgten nach Namibia, ausschließlich auf Forderungen der Herkunftsgesellschaften zurückzuführen sind. Der Prozess der Restitution und Aufarbeitung der Kolonialgeschichte geht also nicht, wie oft der Anschein erweckt wird, auf eigenständige Bemühungen ehemaliger Kolonialgesellschaften, sondern auf die der ehemaligen Kolonisierten zurück. Eine umfassende Rückgabe heißt, dass alle geforderten Güter, allen voran die menschlichen Gebeine der im Kolonialismus verfolgten und missbrauchten Men-

schen, zurückgegeben werden müssen. Wenn die Herkunft nicht feststellbar ist oder keine Restitutionsansprüche gestellt werden, dann ist für diese Werke ein europäisches Museum der erbenlosen Kulturgüter zu errichten. Diese Werke sollten nicht in den Depots liegen, sondern sind der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, damit sie in ihrer Wertigkeit und ihrem Kontext für das kulturelle Erbe der afrikanischen Gesellschaften wahrgenommen und in ihrer Bedeutung anerkannt werden.

KULTURRAT

Zimmermann: Afrika südlich der Sahara ist für die meisten Deutschen ein unbekannter Kontinent. Es gilt also zunächst Basiswissen zu vermitteln: Welche Länder gibt es und wo liegen diese? Welche Geschichte haben die einzelnen Regionen? Und wie geht es den Menschen heute dort?

Kunst&Kontext: *Besteht Ihrer Meinung nach ein Zusammenhang zwischen der Restitutionsdebatte und dem Humboldt Forum?*

REGIERUNG

CDU, Heveling: Die Diskussion zum Thema Restitution gibt es ja schon länger, aber diese war weniger in der Öffentlichkeit, und das Humboldt Forum ist nun ein Kristallisationspunkt. Aber es gibt auch weitere Ursachen, z. B. der Savoy & Sarr-Bericht und die Rede des französischen Präsidenten im November 2017. Die aktuelle Debatte hat also verschiedene Wurzeln, aber sicherlich gibt es derzeit eine erhöhte Aufmerksamkeit diesem Thema gegenüber, weil eine neue Institution wie das Humboldt Forum eingerichtet wird.

CSU, Ullrich: Ein Zusammenhang ist sicherlich nicht ganz fernliegend, da im Humboldt Forum viele Kunstgegenstände afrikanischer Provenienz ausgestellt werden. Damit dürfte die Debatte mit der offiziellen Eröffnung des Humboldt Forums an Fahrt gewinnen.

SPD, Lindh: Ja, da besteht sicher ein Zusammenhang. Ohne die Frage des Stadtschlusses und des Humboldt Forums gäbe es die Debatte in dieser Weise nicht. Das hat sicher als Katalysator gewirkt, aber die Diskussion ist wohl auch eine Folge des Datums, denn etwa vor hundert Jahren endete für Deutschland die Zeit eigener Kolonien.

SPD, Diaby: Ein Zusammenhang mit dem Humboldt Forum ist mit Vorsicht zu genießen, denn es werden zwei Themen vermischt. Das eine sind die Menschen, die gegen den Wiederaufbau des Schlosses sind. Das andere

sind die Kulturgüter aus afrikanischen Ländern mit ihrer Geschichte. Beides sollte man von einander trennen.

OPPOSITION

AFD, Jongen: Ja. Der Zusammenhang ist ganz offensichtlich. Durch die Ausrichtung auf die Kulturen der Welt ist das Humboldt Forum eine Art Projektionsfläche für die Restitutionsideologen geworden. Die Wortwahl und Vergleiche der Kunsthistorikerin Bénédicte Savoy, die 2017 aus der Expertenkommission des Humboldt Forums ausgetreten ist, zeigt den moralisierenden Ton, der angeschlagen wird: 300 Jahre Sammeltätigkeit »mit all den Schweinereien und Hoffnungen, die damit verbunden sind«, das seien nach Savoy wir, das sei Europa. »Man könnte sich unendlich viel vorstellen«, so Savoy weiter, »wenn das Ganze nicht unter dieser Bleidecke begraben wäre wie Atommüll, damit bloß keine Strahlung nach außen dringt. Das Humboldt-Forum ist wie Tschernobyl.« Das Humboldt Forum ist ein privilegierter Austragungsort für einen moralistischen Schuldiskurs geworden, mit der Folge, dass der Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Hermann Parzinger, angeregt hat, dort einen Gedenkraum für koloniales Unrecht einzurichten. Man muss aufpassen, dass aus dem Humboldt Forum nicht eine zivilreligiöse Kultstätte eines neuen nationalen Schuldkomplexes zur Kolonialzeit wird.

FDP, Ebbing: Ja und nein. Begonnen hat die Diskussion nach einer Rede von Macron im November 2017 und fand eine Fortsetzung nach dem Bericht von Savoy und Sarr. Aber natürlich ist auch das Humboldt Forum für viele Kritiker des Schlossneubaus im Fokus.

GRÜNE, Kappert-Gonthier: Das Humboldt Forum ist sicherlich ein Katalysator, aber nicht der Ursprung der Debatte. Schon in den 1970er-Jahren wurde über das Thema »koloniales Erbe« nachgedacht, und seit vielen Jahrzehnten haben sich zivilgesellschaftliche Initiativen im globalen Süden und in Deutschland um diese Fragestellung verdient gemacht. Doch eine intensive öffentliche Debatte um diese Fragen hat erst mit der bevorstehenden Eröffnung des Humboldt Forums und vor allem durch die hochrelevante Rede des französischen Präsidenten in Burkina Faso eingesetzt. Macron hat in seiner Rede angekündigt, in den nächsten fünf Jahren die Bedingungen für die Rückgabe afrikanischen Kulturguts schaffen zu wollen.

LINKE, Freihold: Mit Sicherheit besteht ein Zusammenhang mit der Eröffnung des Humboldt Forums. Zivilge-

sellschaftliche Initiativen und Verbände fordern diese Debatte seit Jahren ein. Hier ist die Bündniskampagne »No Humboldt21!« zu nennen, die schon früh darauf hingewiesen hat, dass es im Besitz der Stiftung Preußischer Kulturbesitz eine ganze Reihe unrechtmäßig erworbener Kunstgegenstände oder Kulturgüter gibt. Aber auch die Vertreter der Schwarzen Communities, People of Colour-Aktivist*innen, Berlin Postkolonial e.V., das Bündnis »Völkermord verjährt nicht!« sowie das Komitee für ein afrikanisches Denkmal in Berlin (KADIB) und viele andere haben dieses Thema in den öffentlichen Diskurs gebracht und die maßgeblichen Vorarbeiten geleistet.

KULTURRAT

Zimmermann: Ja, natürlich. Wir würden die Debatte anders oder überhaupt nicht führen, wenn die Eröffnung des Humboldt Forums nicht bevorstehen würde. Einige Politiker haben die Erwartungshaltung sehr hochgeschraubt, und dadurch ist das Humboldt Forum ein Kristallisationspunkt der Debatte geworden. Die drei Gründungsintendanten haben sich zwischen 2015 und 2018 schwergetan, diese Diskussion um Restitution in der ganzen Breite aufzunehmen. Interessant ist auch, dass sich die Debatte zwar auf das Humboldt Forum bezieht, aber vor allem außerhalb desselben stattfindet.

Kunst&Kontext: *Um wie viele bzw. welche Objekte geht es in der Restitutionsdebatte?*

REGIERUNG

CDU, Heveling: Was die quantitative Frage betrifft, muss man nüchtern festhalten, dass sich das bisher weder erfassen noch ermessen lässt. Das liegt sicher auch daran, dass die Träger dieser Kultureinrichtungen in Deutschland sehr unterschiedlich sind. Mal ist es der Bund, dann vor allem die Länder und Kommunen, aber teilweise auch die Universitäten. Es handelt sich um eine breit aufgefächerte Zahl von Institutionen, nicht nur ethnologische Museen, sondern auch natur-, kunst- und kulturhistorische sowie archäologische, aber auch Technik-, Heimat- und Volkskundemuseen. Auch bei den Objekten gibt es eine große Bandbreite. Diese reicht von menschlichen Überresten über sakrale Objekte bis hin zu Herrschaftszeichen, Wappen, Uniformen, Kolonialwaren, etc.

CSU, Ullrich: Das ist die große Frage, und die Antwort erfordert zunächst eine Bestandsaufnahme. Dann müssen die Objekte katalogisiert und eingeordnet werden, denn diese wurden auf völlig unterschiedliche Arten erwor-

ben. Die Freiwilligkeit eines Verkaufes oder einer Schenkung ist zu hinterfragen. Am Ende steht die Entscheidung, ob der damalige Erwerb nach heutigen Maßstäben eine rechtliche Bindung haben kann oder nicht. Natürlich wurde auch einiges gezielt für die ehemaligen »Kolonialherren« angefertigt. Wie freiwillig war das? Jedes Objekt hat ein unterschiedliches Schicksal, und man wird um eine Einzelfallbetrachtung nicht herumkommen; es verbieten sich daher schematische Festlegungen.

SPD, Lindh: Diese Frage kann man nicht wirklich beantworten, weil es keine übereinstimmenden Informationen gibt. Zum einen kann keiner genau benennen, wie viele Objekte es sind, zum anderen ist unklar, wie viele Objekte gewaltsam enteignet wurden. Natürlich gab es auch viele andere Erwerbsarten. Für eine Antwort bräuchte man einen Überblick, was in den Depots und Archiven vorhanden ist. Es wäre also derzeit fahrlässig, eine bestimmte Zahl oder eine bestimmte Art von Objekten zu nennen.

SPD, Diaby: Die Stücke wurden damals auf sehr unterschiedliche Weise erworben. Das Spektrum reicht von der Schenkung über Tausch und Handel bis hin zu Kriegsbeute und Diebstahl. Sobald wir über konkrete Gegenstände reden, können wir uns mit der Erwerbsart befassen, auch wenn die sehr häufig lückenhafte Dokumentation es schwierig macht zu entscheiden, was rechtmäßig und was unrechtmäßig war. Desto wichtiger ist es, mit den jeweiligen Personen in den afrikanischen Ländern in eine respektvolle Beziehung zu treten, um festzustellen, was möglich ist. Das wird auf keinen Fall in einer konfrontativen Form sein, denn so arbeiten wir auch bisher nicht zusammen, und es gibt sehr viele bilaterale Beziehungen zu Ländern, die ehemals Kolonien waren.

OPPOSITION

AFD, Jongen: Diese Frage konnte auch die Bundesregierung nicht beantworten. Wir haben hierzu im Jahr 2018 eine Große Anfrage gestellt. Es wird geschätzt, dass es in ganz Europa Millionen Artefakte gibt, doch verlässliche Zahlen sind nicht vorhanden. Das macht die Sache so schwierig. Niemand weiß Genaues, aber es lastet ein Generalverdacht auf allen Objekten, die aus diesen Ländern kommen – ein ideales Spielfeld für die Ideologen des Postkolonialismus.

FDP, Ebbing: Das ist eine gute Frage, aber ich kann sie nicht beantworten, und soviel ich weiß, kann es keiner. Auch in den Gesprächen mit Museumsdirektorinnen konnte niemand sagen, um welche Bestände es genau

geht. Hier sind wir noch viel weiter entfernt von einer Bestandsaufnahme als bei der NS-Raubkunst. Dort haben wir seit etwa zwanzig Jahren diese Debatte, und auch hier ist die Frage von den Museumsdirektoren bislang unbeantwortet geblieben. Bei den Kunstgegenständen aus kolonialen Kontexten wird es wohl noch schwieriger sein.

GRÜNE, Kappert-Gonthier: Wir Grüne haben eine Anfrage im Bundestag gestellt, die ergeben hat, dass die genaue Anzahl unbekannt ist. Wir schätzen, dass es sich um Hunderttausende Objekte handelt. Dabei müssen wir verschiedene Kategorien unterscheiden. Im Fokus stehen derzeit die Kunstobjekte. Ich halte aber auch die Beschäftigung mit den »Human remains«, den menschlichen Überresten, ethisch für besonders relevant. Und drittens geht es um sakrale Objekte, die für viele Menschen der Herkunftsgesellschaften von besonderer Bedeutung sind.

LINKE, Freihold: Beim momentanen Stand der Forschung ist es schwierig, eine zuverlässige Auskunft zur Anzahl der Objekte zu geben. Es wird ja von den kulturgutverfügenden Institutionen nach Außen so kommuniziert, als gäbe es keinerlei Überblick über ihre eigenen Depots und Sammlungen und die Inventarlisten. Das ist natürlich falsch. Bis in die 1960er- und 1970er-Jahre wurden die Informationen darüber von den Museen selbst in ihren Museumskatalogen veröffentlicht. So finden sich allein in dem 1973 publizierten Jubiläumsband des Berliner Völkerkundemuseums belastbare Zahlen zu systematischem Kolonialraub. Für das Jahr 1880 werden 3.361 Katalognummern und kurz vor dem Ausbruch des 1. Weltkrieges für das Jahr 1914 bereits 60.182 Katalognummern afrikanischer Provenienz zugeordnet. Bénédicte Savoy stellte fest, dass dies ein Zuwachs von ca. 1.800 Prozent darstelle. Ähnliches gelte auch für kleinere Museen. Bénédicte Savoy hat vor diesem Hintergrund zu Recht darauf hingewiesen, dass eine Debatte über Restitutionen von Kulturgütern bereits vor vierzig Jahren begann, aber durch die Abwehrhaltung der deutschen Museen erstickt worden sei. Sie forderte deshalb, die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit nicht den Museen allein zu überlassen, sondern eine unabhängige Kommission damit zu beauftragen. Es überrascht nicht, dass sich die Kulturstatsministerin als Antwort auf unsere »Kleine Anfrage« hinter angeblich fehlendem Wissen über die Vorgänge, über die sie Aufsicht trägt, versteckt (vgl. »Mögliche Behinderung der Restitution von Kulturgütern aus kolonialen Kontexten«). (BT-Drs. 19/9700)

KULTURRAT

Zimmermann: Das können nur die einzelnen Museen, Sammlungen und auch Bibliotheken selbst beantworten. Dass offensichtlich kein Museum diese Frage konkret beantworten kann, zeigt eines der zentralen Probleme: Wie können wir die erforderliche Provenienzforschung in der nötigen Breite und Dauer organisieren? Was wird das kosten? Die Einrichtungen brauchen vom Bund fest zur Verfügung gestellte jährliche Budgets, damit sie für die Provenienzforschung dauerhaft Strukturen schaffen können. Selbst dann wird es noch Jahrzehnte dauern, bis man einen vernünftigen Überblick hat. Und selbstverständlich sind auch die Länder und die Kommunen gefragt, denn der weitaus größere Teil der Museen, Sammlungen und Bibliotheken ist in deren Trägerschaft. Auch darf man nicht die privaten und die kirchlichen Sammlungen vergessen.

Kunst&Kontext: *Halten Sie das Wort »Raubkunst« in dem Zusammenhang für geeignet oder ungeeignet?*

REGIERUNG

CDU, Heveling: Der Begriff Raubkunst wird bei uns seit vielen Jahren auf den Kunstraub in der Zeit des Nationalsozialismus angewandt. Ich halte den Terminus »Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten« für geeigneter. In der Kolonialzeit waren die Erwerbsumstände doch sehr unterschiedlich. Daher sollten wir die Begrifflichkeiten unterscheiden.

CSU, Ullrich: Raubkunst ist ein Begriff für die politische Debatte, der bei einigen Kunstgegenständen durchaus seine Berechtigung hat, weil diese nach unserem Verständnis tatsächlich »geraubt« wurden. Aber diese Zuschreibung wird nicht allen Fällen in ihrer Verschiedenheit gerecht. Ich plädiere dafür, dass wir zusätzlich oder ergänzend von »Kunstgegenständen afrikanischer Herkunft oder Provenienz« sprechen.

SPD, Lindh: Der Begriff »Raubkunst« wurde bisher für die systematischen Enteignungen von Juden in der NS-Zeit verwendet. Es ist fraglich, ob eine analoge Verwendung für die Zeit des Kolonialismus richtig ist. Für die Hersteller waren z. B. Masken und Figuren Ritualgegenstände, sie hatten also eine religiöse Bedeutung. Diese Stücke zur Kunst zu erklären war die neue Interpretation einer europäischen Kunsthistoriker- und Künstlerelite der 1920er-Jahre. Während der Kolonialzeit 1884-1919 waren die Objekte weder für die Hersteller noch für die Erwerber Kunst im europäischen Sinne. Daher plädiere ich

dafür, dass man sich auf die Form des Erwerbes konzentriert und neutraler von »Kulturgut aus kolonialem Kontext« sprechen sollte. Das Beispiel zeigt, dass wir in der Debatte auch auf die verwendeten Begriffe achten müssen, sonst setzt sich unbemerkt eine eurozentrische Sicht fort. Wir werden eine neue Sensibilität und große Offenheit brauchen. Wir können nicht festlegen, wie man wiedergutmacht, wie man zu gedenken oder zu erinnern hat, wie Museen in Afrika auszusehen haben, etc., denn dann würden wir wieder bevormundend agieren. Ich maße mir bei der Menge der Objekte in den Sammlungen nicht an zu beurteilen, wie die jeweiligen Erwerbskontexte waren. Das wird in Zukunft zu erarbeiten sein. Wir haben also vor allem einen Klärungsauftrag. Das ist unser Thema.

SPD, Diaby: Wenn es um afrikanische Kunstgegenstände geht, bin ich vorsichtig mit dem Begriff Raubkunst, denn dieser wurde bisher vor allem im Zusammenhang mit der Arisierung jüdischen Besitzes in der NS-Zeit verwendet. Wir werden der Sache nicht gerecht, wenn wir beides miteinander vermischen. Ich spreche daher von Beutekunst oder Kriegsbeute, weiß aber auch, dass das Wort nur auf einen Teil der Stücke angewendet werden kann.

OPPOSITION

AFD, Jongen: Der Begriff ist ungeeignet. Damit wird eine begriffliche Nähe zur NS-Raubkunst hergestellt. Das ist irreführend, denn in der NS-Zeit gab es massives Unrecht und durch Gesetze organisierten Raub. Niemand behauptet Ähnliches für die Kolonialzeit. Man könnte von Beutekunst sprechen, aber auch da muss man vorsichtig sein, da nicht alles Beute war. Vieles wurde eigens für die europäischen Kolonialherren hergestellt und an diese verkauft.

FDP, Ebbing: Nicht alle Gegenstände sind geraubt, und nicht alles davon ist Kunst. Es sind auch sehr viele Waffen, Alltagsgegenstände und Souvenirs darunter. Die Frage, ob der Preis dem damaligen Wert entsprach, können wir alle nicht beurteilen. So wie im Falle der blauen Mauritius, die zwar heute einen hohen Wert hat, aber damals recht preiswert zu haben war. Das ist für mich auch nicht der Grund, warum man sich mit dem Thema beschäftigen sollte. In einem Völkerkundemuseum sollte über andere Länder informiert werden. Der vielfältige Bestand ist für mich Teil eines Universalerbes. Wenn wir alle Stücke zurückgeben würden, dann könnten wir das in den Museen nicht mehr bieten. Und wenn wir es ganz

strikt bis zum Ende denken, dann bleiben in deutschen Museen nur deutsche Maler, in Frankreich nur französische und in Italien nur italienische? Wie weit sollen wir die Zeitgeschichte zurückdrehen?

GRÜNE, Kappert-Gonthier: Das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste in Magdeburg verwendete zunächst den Begriff »Kulturgut aus kolonialem Kontext«. Dieser ist mir zu neutral und adressiert weder den Unrechtskontext noch die Bereiche der Human Remains und der Sakralobjekte. Der Begriff »Raubkunst« wird bisher für die »Arisierung«, also die systematische Ausplünderung von Jüdinnen und Juden in der Nazi-Zeit, verwendet. Ich finde es sehr relevant, dass es hier nicht zu einer Gleichsetzung kommt, da sonst die Singularität der Schoa verwischt werden könnte. Außerdem gibt es in der Washingtoner Erklärung einen sehr genauen Katalog, wie Raubkunst zu definieren ist, und das wird nicht einfach auf »Beutegut« aus der Kolonialzeit übertragbar sein. Da Sprache das Bewusstsein konstituiert, sollte im Begriff erkennbar sein, dass Kolonialherrschaft ein Unrechtsregime war und beim Erwerb der Objekte ein struktureller Unrechtskontext anzunehmen ist. Das mag im Einzelfall anders gewesen sein, strukturell aber gibt es da aus meiner Sicht keinen Zweifel.

LINKE, Freihold: Ein präziser Rechtsbegriff ist Raubkunst zunächst einmal nicht. Zu hinterfragen ist auch, ob die Umdeutung ursprünglich (in Afrika) sakral verwendeter Gegenstände in Kunst (in Europa seit den 1910er-Jahren) angemessen ist. Ist der Begriff Kunst eine eurozentrische Interpretation? »Kulturgüter« wäre daher der treffendere und umfassendere Begriff. Auf jeden Fall geht es aber um den unrechtmäßigen Erwerb bzw. Aneignung, um Raub, bei dem das Eigentumsrecht der Eigentümer verletzt wurde. In einer gemeinsamen Stellungnahme haben die Kulturminister der Bundesländer Hamburg, Bremen, Berlin, Brandenburg und Thüringen im März 2019 Eckpunkte zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialem Kontext definiert. Darin wird festgestellt, dass Kolonialismus auf einer Vorstellung von kulturellen und biologischen Ungleichwertigkeiten basierte und ein System von Herrschafts-, Gewalt- und Ausbeutungsverhältnissen war. Das war die Grundlage für den Kulturgutraub. Entscheidend war also der Gewalt- und Unrechts-Kontext, ein unvorstellbares Ausmaß kolonial-rassistischer Maßnahmen, welche dazu führten, dass es heute in unseren Museen diese große Anzahl von geraubten Gütern gibt.

KULTURRAT

Zimmermann: Der Begriff wurde bisher für Beutekunst aus der NS-Zeit oder auch NS-verfolgungsbedingt entzogenes Kulturgut verwendet. Diese Verbrechen dürfen nicht gleichgesetzt werden mit dem Raub von Artefakten in der Kolonialzeit. Das ist nicht dasselbe. Daher halte ich den Begriff »Sammlungsgut aus kolonialem Kontext« für besser.

Kunst&Kontext: *Ist das historische Königreich Benin ein geeignetes Beispiel für die Themen »Raubkunst« und »Restitution«? Welche Beispiele würden Sie wählen?*

REGIERUNG

CDU, Heveling: Die Benin-Bronzen sind sicherlich ein Beispiel dafür, dass die Erwerbsgeschichten einer kritischen Prüfung unterzogen werden müssen. Ein weiteres und aktuelles Beispiel ist die Rückgabe zweier Objekte nach Namibia.

CSU, Ullrich: Das Thema Benin-Bronzen wird in der Fachwelt sehr differenziert diskutiert. Das ist zu berücksichtigen.

SPD, Lindh: Die »Benin-Dialog-Group« ist für mich ein Beispiel der Zusammenarbeit. In diesem Fall hat man gemeinsam vereinbart, Objekte als Leihgaben an ein neu zu bauendes Museum in Benin-City zu geben.

SPD, Diaby: Die Benin-Bronzen sind ein Fall von Kriegsbeute, die damals von den englischen Truppen nach der Eroberung von Benin City mitgenommen wurden. Ein Teil wurde von deutschen Museen auf Kunstauktionen, von Händlern und Privatpersonen erworben. Ein weiteres Beispiel ist die Bibel von Hendrik Witbooi.

OPPOSITION

AFD, Jongen: Das Grundproblem ist, dass die Länder, aus denen die Objekte stammen, als Opfer dargestellt werden und die Europäer ausnahmslos als Täter gelten. Es gab in der Kolonialzeit unglaubliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit, so z. B. in Belgisch-Kongo. Das steht außer Frage. Im Fall des Königreiches Benin ist zu bedenken, dass es dort noch in einer Zeit Sklaverei und Menschenopfer gab, als diese in Europa und in den Kolonien schon geächtet waren. Außerdem war Benin selbst ein Kolonialreich, das blutige Eroberungskriege geführt und Nachbarn unterworfen hatte, von diesen jährliche Tributzahlungen verlangte, usw. Mein Anliegen ist, dass wir die Debatte versachlichen und aus einer Schwarz-Weiß-Sicht, die in Opfer und Täter teilt, herauskommen. In den

meisten Kriegen wurde auch Kunst geraubt. Mich stört an der bisherigen Debatte auch die Unverhältnismäßigkeit der Beurteilung von Beutekunst. Es gibt eine starke Tendenz, aus Deutschland geraubte Kunst als eine Art »Ablass« und als selbstverständlich verloren zu betrachten. Umgekehrt ist man Täternation und in einer starken Selbstbezüglichungshaltung bei Artefakten, die aus Afrika stammen. Hier besteht ein starkes Missverhältnis, und es werden unterschiedliche Kriterien angelegt. Es wird so getan, als wäre die Gut-Böse-Verteilung ganz eindeutig. So ist es aber nicht, es gibt Zwischentöne. Bei differenzierter Betrachtung wird Geschichte schnell kompliziert, und dann lässt sich der moralistische Schulddiskurs nicht mehr aufrechterhalten.

FDP, Ebbing: Hat das Königtum Benin nicht auch Sklavenhandel betrieben und ist damit reich geworden? Hat es seine Nachbarn in Kriegen unterworfen, die dann zu Tributzahlungen verpflichtet waren? Es wäre sicher gut, auch mit den Nachbarn Benins zu reden, bevor wir die Restitution von Objekten dorthin erwägen. Aus deutscher Sicht sind Namibia, Kamerun, Tanzania oder Togo naheliegender.

GRÜNE, Kappert-Gonthier: Dem Historiker Jürgen Zimmerer zufolge sind die Benin-Bronzen die am deutlichsten als Raubkunst zu bewertenden kolonial geraubten Objekte, die es weltweit gibt. Ich folge seiner Einschätzung. Aber wir sollten nicht nur auf diese besonders prominenten Stücke schauen, sondern auch auf Stücke, deren Erwerbgeschichte bisher nicht öffentlich bekannt ist. Damit rücken viele kleine und unbekannte gesellschaftliche Gruppen in den Fokus, die bis heute Minderheiten sind. Das ermöglicht uns einen anderen Blick auf die Herkunftsgesellschaften. Wir beschäftigen uns ja nicht nur aus akademischen Gründen mit dem Thema, sondern aufgrund der drängenden Frage nach den Auswirkungen der deutschen Kolonialherrschaft auf die Gegenwart und die Zukunft.

LINKE, Freihold: Die Bronzen Benins sind nicht nur handwerklich herausragend, sie waren so etwas wie das kollektive Gedächtnis. Auch der Raub ist belegt. Benin City wurde von britischen Truppen geplündert. Es ist nicht hinnehmbar, dass diese jetzt ohne die Zustimmung der Herkunftsgemeinschaft ausgestellt werden. Wir fordern, dass diese Kulturgüter noch vor der Eröffnung des Humboldt Forums zurückgegeben werden. Schließlich hat Kulturstaatsministerin Monika Grütters anlässlich des Richtfestes im Jahr 2015 selbst gesagt: »Wir können

hier ehrlichen Herzens nur zeigen, was von den Herkunftsvölkern auch ehrlichen Herzens hiergelassen wird.«

KULTURRAT

Zimmermann: Das kann ich nicht beurteilen.

Kunst&Kontext: *Geht die Restitutionsdebatte von konkreten Forderungen afrikanischer Herkunftsgesellschaften aus?*

REGIERUNG

CDU, Heveling: Unser Umgang mit dem kolonialen Erbe ist heute ein anderer als noch vor Jahrzehnten. Letztlich ist dies der Anlass, sich mit dem Thema zu befassen. Natürlich gab und gibt es auch vereinzelte Rückgabeersuchen, die eine Rolle spielen, aber unsere Beschäftigung resultiert eher aus einem sich wandelnden Blick auf die koloniale Geschichte. Die Ersuchen und Wünsche aus afrikanischen Ländern sind also derzeit nicht der alleinige Motor für diese Debatte.

CSU, Ullrich: Die Forderungen werden von vielen afrikanischen Staaten oftmals als nicht so vordringlich erachtet, wie wir es in Europa selbst einschätzen. Die Restitutionsfrage spielt aktuell in den meisten Beziehungen mit afrikanischen Ländern eher eine untergeordnete Rolle. Es gibt auch keine gemeinschaftliche und einheitliche Haltung afrikanischer Staaten zu dem Thema. In Gesprächen mit Vertretern afrikanischer Staaten geht es meist um Bildung, Gesundheitsversorgung, Sicherheit, Investitionen und Öffnung der Märkte. Die Diskussion zum Thema Restitution führen wir derzeit stärker in Europa, genauer gesagt in Deutschland und sicherlich auch in Frankreich, was aufgrund unserer historischen Verantwortung auch richtig ist. Die Abwesenheit konkreter Forderungen liegt vielleicht auch daran, dass vielerorts in Afrika gar nicht richtig bekannt ist, was sich in deutschen Völkerkundemuseen befindet. Wir haben also den Auftrag, die Bestände mit Foto öffentlich zu machen. Das meine ich mit Katalogisierung und Einordnung. Die europäischen Länder sollten in der Restitutionsfrage auf die afrikanischen Staaten zugehen, dürfen sich damit aber auch nicht aufdrängen. Viele von ihnen haben derzeit andere Prioritäten, und wir sollten nicht mit der Restitutionsdebatte davon ablenken, dass wir daneben andere Probleme vordringlich lösen müssen.

SPD, Lindh: Die derzeitige Restitutionsdebatte ist zunächst eine deutsche, eine französische und vielleicht in Zukunft eine europäische. Sie war und ist kein Auftrag,

der aus den afrikanischen Gesellschaften kommt. Man sollte also unbedingt dort nachfragen: Was sind die Debatten, die euch interessieren? Was hat bei euch Priorität?

SPD, Diaby: Die bisherigen konkreten Forderungen kommen von einzelnen Personen oder bestimmten Familien. Diese sind berechtigt, aber wir müssen dann bei der weiteren Diskussion und der Bearbeitung auch die gewählten Vertreter und weitere Berechtigte einbeziehen.

OPPOSITION

AFD, Jongen: Es gibt nur sehr wenige Beispiele für konkrete Rückgabeforderungen. Zugespitzt gesagt, ist die bisherige Restitutionsdebatte ein deutscher bzw. westlicher Diskurs. Hauptantriebskraft ist die Identitätskrise, manchmal scheint es sogar der Selbsthass gewisser Kreise in Deutschland, jedenfalls nicht die vorliegenden konkreten Forderungen aus Afrika. Außerdem stellen Gesellschaften selten Forderungen. Sie sind ein vielfältiges Konglomerat und haben weder eine Adresse noch klare Repräsentanten. Es gibt aber immer einzelne Personen und Gruppen, die sich zu selbsternannten Vertretern von Gesellschaften aufschwingen. In diesem Fall sind es vor allem die postkolonialen Aktivisten, die in westlichen Ländern leben. Nur wenige von ihnen sind in Afrika geboren, dort ausgebildet und arbeiten auch dort. Achille Mbembe (Kamerun) und Felwine Sarr (Senegal) kommen derzeit in der Öffentlichkeit häufig zu Wort. Sie leben in afrikanischen Großstädten und haben einen Teil ihrer universitären Ausbildung in Europa durchlaufen. Mit welchem Recht treten sie als Sprecher für alle Menschen des Kontinents oder dunklerer Hautfarbe auf?

Niemand hat bisher die Frage gestellt, ob in den Ländern Afrikas unsere typische Wertschätzung alter und benutzter Gegenstände verbreitet ist. Welche Bedeutung haben diese historischen Überbleibsel in den Museen für die heutigen Nachfahren der Hersteller? Stellen sie entsprechende Gegenstände heute noch her? Sind diese vielleicht wichtiger als die historischen Objekte? Die Ironie der Restitutionsdebatte ist, dass man auf den anderen zugehen, diesen respektieren und ihm nichts überstülpen will, dass man aber genau das tut, weil wieder mal eigene, westliche Vorstellungen dominieren. Selten wird nach den tatsächlichen Interessen in Afrika gefragt. Auch deswegen bin ich für ein differenzierteres Herangehen. Damit nicht mit einfachen Lösungen, die nur auf den westlichen Vorstellungen basieren, gearbeitet wird. Die

Debatte ist im Moment völlig eurozentrisch.

FDP, Ebbing: Wenn es so wäre, dann wäre alles einfacher. Die Debatte ist derzeit stark von der französischen Diskussion (Savoy & Sarr) geprägt, und ich entdecke darin eine Art von neuem Kolonialismus. Wieder mal glauben einige Europäer zu wissen, was gut für Afrika ist. Wie können wir hier entscheiden, was für die vielen verschiedenen afrikanischen Staaten das Beste wäre? Wenn sie die Debatte ernsthaft führen wollten, dann hätten sie sich vorher mit Vertretern der Herkunftsländer zusammengesetzt und Fragestellungen erarbeitet, um Lösungen vorzuschlagen. Dann würde es auch um konkrete Objekte gehen und nicht um eine abstrakte Restitutionsdebatte. Im Kulturausschuss haben wir festgestellt, dass es bei Anfragen schwierig war, Vertreter von Herkunftsländern zu finden. Das Interesse war nicht vorhanden. Das sagt doch viel aus. Wenn die afrikanischen Staaten noch nicht wissen, was sie wollen, können wir es wissen? Wir haben aber auf jeden Fall die Verantwortung, die Objekte bestmöglich aufzubewahren.

GRÜNE, Kappert-Gonthier: Zivilgesellschaftliche Initiativen im globalen Süden und in Deutschland weisen seit Langem auf das Thema hin, aber konkrete bzw. offiziell an Bund und Länder gerichtete Forderungen gibt es bisher nur wenige. Allerdings wissen die Herkunftsgesellschaften auch gar nicht, was in wessen Beständen alles lagert. Wir müssen also zuerst unseren Job machen und die Objekte mit Fotos und mehrsprachigen Vermerken online stellen.

LINKE, Freihold: Wir brauchen eine gesetzliche Grundlage, um die Ansprüche regeln zu können, sobald sie vorliegen. Das wäre auch im Sinne der gegenwärtig über das Kulturgut Verfügenden, um Rechtssicherheit herzustellen. Allerdings bleibt ein Verbrechen immer ein Verbrechen, und daraus müssen rechtliche Konsequenzen folgen, insbesondere Restitution bzw. Entschädigungen. Eine notwendige Grundlage dafür sind zunächst entsprechende Online-Datenbanken mit Fotos von den Objekten, die weltweit zugänglich sein müssen. Diese gibt es derzeit aber noch nicht. Die Menschen in den afrikanischen Herkunftsgesellschaften können daher gar nicht wissen, was alles in den Museumsdepots lagert.

KULTURRAT

Zimmermann: Was die afrikanischen Herkunftsgesellschaften wollen, ist eine spannende Frage. In der aktuellen Ausgabe von »Politik & Kultur«, der von mir heraus-

gegeben Zeitung des Deutschen Kulturrates haben wir ein Interview mit dem namibischen Botschafter in Deutschland veröffentlicht. (05/2019: 4) Andreas Guibeb spricht neben der Rückgabe der »wichtigsten Objekte« von Unterstützung beim Aufbau von Museen. Das betrifft vor allem die Aufbewahrung und die Präsentation. Weiterhin stellt er die Frage, ob die Touristen-Visa für Besucher aus Namibia erleichtert werden könnten, und weist auf eine Eigenart der Planung wirtschaftlicher Zusammenarbeit hin: »Wenn ein ‚Marshallplan für Afrika‘ diskutiert wird, so sind es Lösungsvorschläge, die zu meist ohne afrikanische Beteiligung konzipiert sind.« Generell geht es ihm um eine engere Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Namibia, die auch die gemeinsame Geschichte berücksichtigt.

Kunst&Kontext: *Was spricht für, was gegen eine Beweislastumkehr?*

REGIERUNG

CDU, Heveling: Ich halte es für sinnvoller, die Auseinandersetzung mit dem Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten über die Provenienzprüfung zu führen. Dieses Verfahren dauert zwar länger, aber so erarbeiten wir uns die Zusammenhänge. Mit einer Beweislastumkehr beschneiden wir uns dieser Möglichkeit, wir reduzieren die Möglichkeit zur Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit. Das ist für mich ein fundierterer Weg, um zu erkennen, wo Unrecht geschehen ist. Übrigens kann die Provenienzforschung auch gemeinsam mit den Anspruchstellern realisiert werden.

CSU, Ullrich: Eine generelle Beweislastumkehr ist ungeeignet, weil wir damit die einzelnen Fälle in ihrer jeweiligen Besonderheit nicht ermessen. Eine Beweislastumkehr wird übrigens von den afrikanischen Staaten auch nicht verlangt.

SPD, Lindh: Ich habe das bewusst provokant formuliert, dass die primäre Beweislast nicht bei den Nachfahren der Herstellerkultur bzw. den Antragstellern liegt. Daraus folgt jedoch nicht, dass alle Objekte zwingend zurückzugeben sind. Wir haben also keine Beweislastumkehr mit dem Ergebnis, dass komplett und umfassend restituiert wird. Beweislastumkehr verstehe ich als moralischen und wissenschaftlichen Auftrag. Deutsche Museen haben die Pflicht, die Erwerbsumstände der Objekte in den eigenen Beständen zu klären. Das ist unsere Aufgabe und nicht die der Herkunftsgesellschaften. Diesen Auftrag und diese Arbeit hat die deutsche Politik zu unterstützen.

Die Forderung »ihr müsst jetzt alles zurückgeben, was ihr nicht mit einem fairen Preis bezahlt habt«, wird im übrigen auch gar nicht gestellt.

SPD, Diaby: Man sollte nicht juristisch an die Sache herangehen, sondern politisch. Es geht ja um eine breitere Aufarbeitung der Kolonialzeit, die von dem Interesse an einer gemeinsamen Geschichte und den heutigen Begegnungen getragen wird.

OPPOSITION

AFD, Jongen: Dafür spricht nichts und dagegen alles. Die Beweislastumkehr wäre eine Art Persilschein, mit dem sich verschiedene Gruppen aus europäischen Museen frei bedienen können. Der finanzielle und juristische Aufwand wäre in jedem einzelnen Fall enorm und wahrscheinlich gar nicht zu handhaben, sodass die Gefahr bestünde, dass die Objekte gleich ohne Prüfung herausgegeben würden. Das würde der Ausplünderung europäischer Museen Tür und Tor öffnen. Ungelöst wäre trotz einer Beweislastumkehr die wichtigste Frage: Wer ist der Anspruchsberechtigte? Heutige Staaten herrschen häufig über ethnische Minderheiten, die in diesen gar nicht sein wollen. Die generelle Regelung einer Rückgabe an den jeweiligen Staat kann es also nicht sein. Und was soll man machen, wenn sich mehrere Anspruchsteller melden?

FDP, Ebbing: In den allermeisten Fällen können weder die Museen den rechtmäßigen Erwerb noch die Herkunftsgesellschaften die unrechtmäßige Entwendung beweisen. Die zweite Schwierigkeit ist dann, an wen zu restituieren ist. Daher halte ich eine unbedingte Rückgabe ohne Beweiskette für äußerst fragwürdig. Wenn Ansprüche gestellt werden und die gemeinsame Einzelfallprüfung zu einem Ergebnis führt, dann sollte aber auch zurückgegeben werden können.

GRÜNE, Kappert-Gonthier: Mit der Beweislastumkehr erhalten die Herkunftsgesellschaften eine stärkere Ausgangsposition. In der Kolonialzeit gesammelte Objekte stehen solange unter dem Verdacht, unrechtmäßig erworben zu sein, bis das Gegenteil bewiesen ist. Auch wenn keine Erwerbsdokumentation vorhanden ist, heißt es im Zweifel: für den Antragsteller. Wir brauchen neue Bundes- und Landesgesetze, die Restitution standardisieren und Rechtsansprüche definieren. Dann können die Herkunftsgesellschaften ihre Anträge stellen, und die Kulturgutbewahrende Institution muss beweisen, dass das Objekt rechtmäßig erworben wurde. Wir Grüne hal-

ten das für eine gerechtere Lösung.

LINKE, Freihold: Das ist eine juristische Frage, in welche die historische Dimension kolonialen Unrechts einfließen muss. Zu berücksichtigen ist, wie die Kulturgüter im kolonial-rassistischen Kontext entzogen wurden. Es bestand eine strukturelle Gewalt und ein enormes Machtgefälle zwischen den Herrschenden und den Kolonisierten. Daher muss die Frage, ob überhaupt in der damaligen Situation von gutgläubigem Erwerb ausgegangen werden kann, sehr genau geprüft werden. Wir wollen, dass in einem Restitutionsgesetz geregelt wird, dass durch die Einrede gutgläubigen Erwerbs ein Herausgabeanspruch nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden darf. Ich bin überzeugt, dass ein Erwerber von Kulturgütern aus kolonialen Kontexten hier besondere Sorgfaltspflichten zu vertreten hat. Da es sich bei Kolonialraub nicht um gewöhnlichen Mobiliarerwerb handelt, sondern um Kulturgüter von besonderer historischer und identitätsstiftender Bedeutung, muss der Erwerber ein höheres Maß an Aufklärungsbemühungen bezüglich der Provenienz des Kulturgutes nachweisen. Wir müssen nämlich bei solchen Gütern grundsätzlich einen bösgläubigen Erwerb während der Kolonialzeit annehmen. Daraus folgt, dass den Erwerber eine besondere Erkundigungsobligenheit treffen muss und er nachzuweisen hat, dass er alles Notwendige zur Bestimmung der Provenienz eines Kunst- und Kulturguts und der Berechtigtenposition des Veräußerers getan hat. Der Vertrauensschutz der Erwerber bei Kulturgütern muss hier im Grundsatz hinter das Bestandsinteresse der ursprünglichen, ehemals beraubten Eigentümer zurücktreten. Das ist nur fair, denn ein gutgläubiger Erwerber von heute bleibt in den meisten Fällen ohne finanziellen Schaden, da er sich regelmäßig beim Veräußerer schadlos halten kann.

KULTURRAT

Zimmermann: Einer konkreten Anfrage aus den Herkunftsländern kann sich heute kein Museum und kein politisch Verantwortlicher ernsthaft entziehen. Mir ist daher nicht klar, was eine Beweislastumkehr bringen sollte. Ein Missbrauch ist bei einem Automatismus aber durchaus denkbar. Wenn das Museum nicht beweisen kann, dass damals rechtmäßig erworben wurde, ist zurückzugeben. Ich ziehe die Einzelfallprüfung einer generell anzuwendenden Beweisumkehrpflicht vor. Wir haben als Deutscher Kulturrat eine Art Ethikbeirat empfohlen, der bei Zweifelsfällen Entscheidungen tref-

fen soll. Noch wichtiger ist für mich die Frage: Wo und wie können die Objekte und die Akten von den Vertretern der Herkunftsländer eingesehen und geprüft werden?

Kunst&Kontext: *Wie beurteilen Sie den derzeitigen Digitalisierungsstand der Völkerkundemuseen und den Zugang zu den Archiven und Sammlungen?*

REGIERUNG

CDU, Heveling: Viele Institutionen benötigen bei der Digitalisierung ihrer Bestände weitere Unterstützung. In den Eckpunkten für den Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten ist dies als Ziel des Bundeskulturministeriums definiert. Das zeigt, dass diese Aufgabe erkannt ist. In dem Bereich wird auch das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste, das vom Bund unterstützt wird, nach und nach seine Rolle einnehmen und Aktivitäten entfalten.

CSU, Ullrich: Ich glaube, da ist noch Luft nach oben. Es wird eine der großen Aufgaben der nächsten Jahre sein, die Gegenstände zu katalogisieren, zu digitalisieren und online zu setzen. Sonst weiß ja niemand, was in den Depots der Museen alles lagert.

SPD, Lindh: Ausbaufähig. Sowohl bei der Digitalisierung wie auch beim Zugang. In den Museen ist nicht ausreichend Personal vorhanden, um kurz- oder mittelfristig alle Objekte zu fotografieren, eine Bestandsaufnahme und Inventur durchzuführen und dann auch noch vielen Besuchern den Zugang zu Objekten im Depot zu ermöglichen. Dafür brauchen die Museen vonseiten des Bundes, der Länder und der Kommunen Unterstützung. Das sollte ein gemeinsames Bestreben, eine konzertierte Aktion sein.

SPD, Diaby: Wie der Stand in den Völkerkundemuseen ist, kann ich nicht im Detail sagen. Es gibt auch keine umfassende Bestandsaufnahme und Inventur. Zu wenig beachtet ist in Deutschland, dass das Musée de quai Branly in Paris bei seiner Eröffnung im Jahr 2006 die gesamte Sammlung online setzte, und zwar jedes Objekt mit Foto. In Deutschland kann dies kein Völkerkundemuseum vorweisen. Wie also könnten in den afrikanischen Ländern die Bestände in Deutschland bekannt sein?

OPPOSITION

AFD, Jongen: Gemessen an dem, was noch zu tun ist, beginnt die Digitalisierung ja erst. Zumindest ist Online bisher wenig von dem sichtbar, was sich deutschlandweit in den Depots und in den Archiven alles befindet. Es liegt

im Trend der Zeit, die Bestände digital zu archivieren und aufzuarbeiten. Wenn man allerdings die Digitalisierung nur wegen möglicher Rückgabeforderungen vorantreibt, so fände ich das sehr bedenklich.

FDP, Ebbing: Es ist schwer, dies von Außen zu beurteilen. Öffentliche Museen müssen aber ihre Bestände auch öffentlich machen. Da reichen dann nicht ein paar Textzeilen, sondern zu jedem Objekt muss auch mindestens ein Foto online sein. Das ist offensichtlich nicht der Fall. Daher gehe ich davon aus, dass noch eine Menge zu tun ist. Dafür muss dann natürlich auch Geld zur Verfügung gestellt werden. Erst wenn jedes Objekt mit Foto online ist, können potentielle Anspruchsteller aktiv werden.

GRÜNE, Kappert-Gonthier: Der aktuelle Stand ist ein zentrales Problem. Wir wissen viel zu wenig darüber, was in deutschen Archiven und Museen lagert. Daher haben wir einen Dreiklang von Inventarisierung – Digitalisierung – Provenienzforschung vorgeschlagen. Inventarisierung heißt, dass jedes Objekt zu fotografieren, zu messen und der restauratorische Zustand zu klassifizieren ist. Das Ergebnis ist die Aufnahme des heute vorhandenen Bestandes und dann eine Inventur zur Feststellung der fehlenden Stücke. Frankreich ist da schon viel weiter. Diese Arbeit war z. B. im Musée du quai Branly (Paris) schon bei der Eröffnung im Jahr 2006 beendet. Unter Digitalisierung verstehen wir, dass ein zentrales online-Datenarchiv entstehen soll, in dem die digitalisierte Sammlungsdokumentation und die Objektfotos aller Museen mit einheitlichem Thesaurus zusammengefasst sind. Wenn diese Arbeit getan ist, dann sind wir in der Lage, umfassend und proaktiv der jeweiligen Herkunftsgesellschaft den Bestand mitzuteilen, und es kann mit gemeinsamen Provenienzforschungsprojekten begonnen werden. Die Herstellung gemeinsamer Strukturen ist also mehr als nur Provenienzforschung und wird weit mehr kosten, als derzeit für die Provenienzforschung verausgabt wird. Das ist eine politische Entscheidung, die wir Grüne für geboten halten. Diese kulturpolitisch zentrale Aufgabe wird gesellschaftspolitisch einen noch größeren Wert haben.

LINKE, Freihold: Der derzeitige Stand der Digitalisierung ist unzureichend. Vielerorts wurde damit noch nicht einmal richtig angefangen. Der Zugang zu den Archiven und den Depots kann aber jetzt schon ermöglicht werden. Begrüßenswert wäre weiterhin eine gesetzliche Regelung der Pflicht der über das Kulturgut Verfügenden zur Inventarisierung und regelmäßigen Inventur, die es

z. B. in Frankreich seit 2002 gibt. Wegen der bereits erwähnten Sorgfalts- und Obliegenheitspflicht der Museen ist ein gesetzlicher Rahmen für die Aufbewahrung nötig. Hier könnte die Internationale Dekade für Menschen afrikanischer Abstammung der UNO, die im Jahr 2024 endet, einen zwar anspruchsvollen, aber machbaren Zeitrahmen liefern, um bis dahin die Erfassung abgeschlossen zu haben.

KULTURRAT

Zimmermann: Voraussetzung ist eine gemeinsame Datenbank, in der Fotos aller Objekte und weiterführende Informationen, sogenannte Meta-Daten, vorhanden sind. Ich muss zunächst den Bestand kennen, bevor ich etwas einfordern kann. Das ist der eigentliche politische Skandal, dass diese Grundlagen durch zu wenig Personal und zu wenig Ausstattung in der Vergangenheit heute nicht vorhanden sind. Da es sich um viele Hunderttausend, wenn nicht Millionen von Objekten handeln soll, stellt sich die Frage, wie diese Aufgabe zu bewältigen ist. Das ist eine große Herausforderung. Eine grundsätzliche Aufgabe von Politik ist ja, nicht nur zu sagen, was man will, sondern vor allem, wie und mit wie viel Geld dies zu tun ist. Erst dann wird Politik konkret, wenn im Haushalt ein Budget gebildet ist.

Kunst&Kontext: *Ist die Aufbewahrung der historischen Objekte gesichert? Kennen Sie das Depot in Dahlem?*

REGIERUNG

CDU, Heveling: Ich gehe davon aus, dass alles für die Sicherung getan wird, das Depot habe ich aber noch nie in Augenschein genommen.

CSU, Ullrich: Das Depot in Dahlem kenne ich nicht. Ich gehe aber zugunsten der Völkerkundemuseen davon aus, dass eine sachgerechte Lagerung in den Depots möglich ist. Fast alle Museen können nur einen Bruchteil ihres Bestandes ausstellen. Wir müssen natürlich sicherstellen, dass die Museen ihre Aufgabe der ordnungsmäßigen Lagerung der Objekte erfüllen können. Das ist keine kleine Aufgabe. Das ist sehr zeitintensiv und sehr teuer. Es muss aber geleistet werden und sollte auch kontrolliert werden.

SPD, Lindh: Aus persönlicher Anschauung kenne ich das Depot in Dahlem nicht.

Wie ich gehört habe, handelt es sich um einen stark sanierungsbedürftigen Bau aus den 1960er-Jahren. In diesem Jahr beginnen Baumaßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes. In der Vergangenheit gab es Pro-

bleme mit Regenwasser und, da das Gebäude nicht dicht ist, gibt es dort ein Insektenmanagement. Es wird also beobachtet, welche Insekten vorhanden sind. Befallene Objekte werden in einer Stickstoffkammer behandelt, kommen dann aber wieder zurück in die gleichen Depoträume. Das ist natürlich kein guter Zustand, und die Stiftung Preußischer Kulturbesitz wird hier in Zukunft mehr Unterstützung des Bundes benötigen. Es ist schon eine etwas eigenartige Situation: Wir wissen derzeit nicht, was wir haben, und auch nicht, in welchem Zustand die Objekte vorhanden sind. So stellt sich für alle Museen die Frage, ob die Aufbewahrungsbedingungen heutigen Vorschriften zum Brandschutz, Raumklima, Schutz vor Insekten und Feuchtigkeit, etc., genügen. Die Antwort müssten die Rechnungshöfe der Länder geben können, denn die Träger der Museen sind meist die Bundesländer oder die Kommunen. In einem föderativ organisierten Land wie unserem kann der Bund Entwicklungen unterstützen, aber diese durchzuführen ist eine Aufgabe der Länder und Kommunen.

SPD, Diaby: Nein, das Depot in Dahlem kenne ich nicht. Die sachgemäße Aufbewahrung ist für alle Museen eine große Herausforderung, denn wir bewahren ja möglicherweise – wenn es zur Rückgabe kommt – nur im Auftrag Dritter. Wir haben also auch eine außenpolitische Verantwortung für die Objekte.

OPPOSITION

AFD, Jongen: Das Depot in Dahlem kenne ich nicht persönlich, aber wie ich von Experten weiß, befindet sich dieses in keinem guten Zustand. Das zeigt, dass die Museen hinsichtlich der sachgemäßen Aufbewahrung unterstützt werden müssen und dass eine solche selbst in unseren Breiten und mit unseren finanziellen Mitteln oft schwierig ist.

FDP, Ebbing: Ja, ich war im Depot in Dahlem. Dabei wurde das »Insekten-Management« kurz angerissen, aber es wurde nicht als Problem dargestellt. Offensichtlich werden derzeit auch Feuerschutzmaßnahmen durchgeführt. Als Politiker kann ich aber nicht bewerten, ob der aktuelle Zustand heutigen Standards genügt. Ich bin kein Fachmann. Hier könnte aber z. B. der TÜV oder eine unabhängige Einrichtung mit der Prüfung beauftragt werden.

GRÜNE, Kappert-Gonthier: Ich weiß, dass vieles in Dahlem renovierungsbedürftig ist, darunter auch der Depotbereich. Außerdem platzt das dortige Depot aus allen Nähten. Aus Gesprächen ist mir bekannt, dass auch in

anderen Museen die Lagerflächen nicht ausreichen. Allerdings gibt es auch sehr gute Beispiele, wie das Schaudepot des Überseemuseums in Bremen oder das neue Depot des Rautenstrauch-Joest-Museums in Köln. Es geht bei diesem Thema nicht um Schuldzuschreibungen, vielmehr ist dies eine strukturelle Aufgabe. Da in der Vergangenheit die Mittel nicht ausreichten, müssen wir diese in Zukunft bereitstellen. Eine wichtige Frage ist, ob zukünftig die Rechnungshöfe der Länder und des Bundes die Depots regelmäßig prüfen, um die ordnungsgemäße Lagerung festzustellen.

LINKE, Freihold: Nein, das Depot in Dahlem kenne ich nicht persönlich. Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) wollte eine Potenzial-Analyse für Dahlem durchführen, deren Ergebnisse bereits Ende März vorgelegt werden sollten. Dieser Bericht würde eine Einschätzung ermöglichen, soll allerdings erst Anfang Juli dem Stiftungsrat der SPK vorgestellt werden. Nach unserem Kenntnisstand sollen die Sammlungen des Museums für Asiatische Kunst und des Ethnologischen Museums ins Humboldt Forum umziehen, wo sie die zur Verfügung gestellten 23.000 m² nutzen sollen. In Dahlem verbleiben dagegen das Museum Europäischer Kulturen und die Restaurationswerkstätten.

KULTURRAT

Zimmermann: Nein, im Dahlemer Depot war ich noch nicht. Einige für Dahlem verantwortliche Personen haben mir gesagt, dass es dort problematisch sei. Anfangs war die dortige Situation eine der Begründungen, die Sammlungen zumindest teilweise im Humboldt Forum unterzubringen. Jetzt wird aber deutlich, dass große Teile der Sammlungen dauerhaft in Dahlem verbleiben müssen, ohne dass sich dort viel verändert hat.

Kunst&Kontext: *Reichen jeweils auf zwei bis drei Jahre ausgelegte Provenienzforschungsprojekte, oder müssten auch die Strukturen in den Museen verbessert bzw. verändert werden?*

REGIERUNG

CDU, Heveling: Seit Anfang 2019 verfügt das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste über einen Etat zur Erforschung von Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten. Die Verträge über Projektförderungen sind jeweils auf maximal 36 Monate begrenzt. Mit dieser Begrenzung hat man auch im Bereich der NS-Aufarbeitungsprovenienzforschung gute Erfahrungen gemacht, sodass man sich nun wieder an diesem Zeitrahmen orientiert. Die Arbeit

hat begonnen, und das wird in Zukunft zur Kontinuität der Provenienzforschung beitragen.

CSU, Ullrich: Ich vermute, dass es länger dauern wird. Bei der Fülle der Objekte dürften zwei bis drei Jahre nicht reichen.

SPD, Lindh: Bei der zeitlichen Dauer der Provenienzforschungsprojekte zeigt sich das Grunddilemma der »Projektitis«. Wenn alles eingespielt ist und produktiv gearbeitet wird, dann ist das Projekt ausgelaufen. Vor allem im kultur- und sozialpolitischen Bereich sind Projekte mit Laufzeiten von zwei bis drei Jahren geradezu eine Krankheit. Natürlich ist das ein haushaltstechnisches Problem, denn einmal geschaffene Stellen sind nur schwer wieder abschaffbar. Was wir anstreben sollten, ist, dass auch längere Projektlaufzeiten von etwa fünf bis zehn Jahren möglich sind. Außerdem sollte die Aufgabe der Provenienzforschung in Zukunft auch strukturell in den Museen verankert sein. Wenn wir Transparenz und Zugänglichkeit wollen, dann brauchen wir dafür auch Forschung und Betreuung.

SPD, Diaby: Provenienzforschung ist ein extrem komplexes Unterfangen, und ich fand die folgende Äußerung des Frankfurter Ethnologen Karl-Heinz Kohl interessant, der sagte: »Die Herkunft der einzelnen Exponate ist kaum zu klären.«

OPPOSITION

AFD, Jongen: Veränderungen gibt es ständig, weil sich die Technik und das Wissen entwickeln. Daher sind auch permanent Investitionen notwendig. Der Umfang der Provenienzforschung hängt von den gesteckten Zielen ab. Diese bleiben aber weitgehend im Dunkeln. Die Regierungen, die das Ziel festlegen, müssten die Karten auf den Tisch legen und offen sagen, was das alles kostet. Sie müssten Farbe bekennen, was sie auszugeben bereit sind. Das geschieht bisher nicht. Auf unsere Große Anfrage bekamen wir nur nichtssagende Antworten. Derzeit sind weder die zu untersuchenden Bestände quantifiziert noch ist bekannt, welche Mittel eingesetzt werden sollen. Es besteht also ein Missverhältnis zwischen den moralischen Ansprüchen und der Mittelbereitstellung. Das birgt das Risiko, dass man sich einmal mehr aus moralischen Gründen übernimmt und sich im Effekt selbst schädigt.

FDP, Ebbing: Nein, zwei bis drei Jahre reichen nicht. Das Thema wird uns länger beschäftigen. Solange die Projekte zeitlich befristet sind, wandert Wissen ständig ab.

Das ist langfristig nicht sehr effektiv. Außerdem tritt der Staat gern mit dem Anspruch gegenüber der privaten Wirtschaft auf, dass Dauerarbeitsplätze geschaffen werden sollen, und selbst vermeidet er dies, indem vor allem kurz- und mittelfristige Projekte realisiert werden.

GRÜNE, Kappert-Gonther: Bei den Provenienzforschungsprojekten ist zu bedenken, dass sich die Forschungsteams erst finden und eine gemeinsame Sprache entwickeln. Das gilt vor allem dann, wenn die Mitarbeitenden aus verschiedenen Ländern kommen. Daher müssen nicht nur die Ressourcen größer, sondern auch die Zeiträume länger sein.

LINKE, Freihold: Natürlich reicht das nicht. Wir brauchen eine Kontinuität und langfristige Sicherung der Grundlagen dieser wichtigen Arbeit. Die konkreten Restitutionsfälle dürfen aber gleichzeitig durch die notwendige Forschung nicht verzögert werden. Fehlende Forschung und mangelnde Ressourcen dürfen nicht als Legitimation missbraucht werden, um die Restitution auf die lange Bank zu schieben.

KULTURRAT

Zimmermann: Nein, das reicht nicht. Natürlich müssen sich die Strukturen verändern, und die Museen wollen dies auch. Bund, Länder und Kommunen als Träger der Museen müssen entscheiden, ob dauerhaft mehr Geld zur Verfügung gestellt wird. Vorschläge zur praktischen Durchführung zu machen, wird eine wichtige Aufgabe der Fachverbände sein.

Kunst&Kontext: *Haben Sie den Bericht von Savoy & Sarr (teilweise) gelesen?*

REGIERUNG

CDU, Heveling: Den Bericht selbst habe ich nicht gelesen, aber natürlich habe ich die Diskussion in den Medien verfolgt. Von meinen Mitarbeitern habe ich den einen oder anderen Aspekt herausarbeiten lassen.

CSU, Ullrich: Bei der Vorbereitung meiner Rede im Bundestag habe ich auch Teile des Berichtes gelesen und die Debatte in den Medien verfolgt. Frankreich hat hier eine andere Verantwortung durch die Länge der Kolonialzeit und die umfangreicheren Gebiete. Die Europäer sollten sich bei dem Thema austauschen. Die Initiative von Grütters und Müntefering hat auch erst Anfang des Jahres begonnen, sich zu entwickeln. Wir stehen also in Deutschland eher am Anfang. Aber es ist gut, dass wir uns auf den Weg gemacht haben. Wir müssen bei dem Thema Resti-

tution entschlossener handeln.

SPD, Lindh: Ja, den habe ich teilweise gelesen und auch persönlich mit Herrn Sarr gesprochen. Dabei konnte ich feststellen, dass der Bericht und die mündlichen Darlegungen von Herrn Sarr nicht identisch sind. Der Bericht erscheint als umfassende Rückgabeforderung mit einer ganz harten Linie. Sarr betont, dass ihm eine Neudefinition des Verhältnisses zwischen Europa und Afrika viel wichtiger sei.

SPD, Diaby: Den Bericht habe ich nur teilweise gelesen, aber die Debatte in den Zeitungen verfolgt. Generell halte ich wenig von überstürzten Aktionen und setze auf langfristige Zusammenarbeit. Bei Rückgaben ist stets mit Fingerspitzengefühl vorzugehen, damit nicht alte Konflikte aufbrechen oder neue beginnen. Wichtig ist, dass aus unserer Aufarbeitung historischer Fragen keine neuen Krisen entstehen.

OPPOSITION

AFD, Jongen: Teilweise und cursorisch. Vor allem habe ich die Zusammenfassungen in den Medien zur Kenntnis genommen. Frau Savoy war im Übrigen auch als Sachverständige in der Anhörung des Kultur- und Medienausschusses des Bundestages im März dieses Jahres eingeladen. Dabei wurde klar: Die Frau hat eine Mission, und sie hat sich – aus welchen Gründen auch immer – ein anti-westliches Ressentiment tief zu eigen gemacht.

FDP, Ebbing: Ja, den habe ich teilweise gelesen. Den folgenden Satz kann ich voll unterschreiben: »Der beste Ansatz für Restitution ist die Etablierung einer anderen Beziehung zwischen Europa und Afrika.« Ansonsten habe ich meine Zweifel, ob die Ideen von Frau Savoy und Herrn Sarr politisch umsetzbar sind.

GRÜNE, Kappert-Gonther: Den Bericht habe ich auf Englisch gelesen, weil mein Französisch leider zu schlecht ist. Wissenschaftliche Sorgfalt ist hier mit einer sehr klaren Haltung gepaart. Zunächst sollen bilaterale Abkommen zwischen Frankreich und den einzelnen Ländern erarbeitet werden, damit eine juristische Grundlage für Restitutionen geschaffen wird. Dann wird den Herkunftsgesellschaften das Inventar verfügbar gemacht, und bis zum Jahr 2022 läuft dann die Phase des Diskurses: Wie und was soll restituiert werden? Mir leuchten diese Empfehlungen sehr ein.

LINKE, Freihold: Der Bericht ist mir bekannt, interessant war dabei vor allem die öffentliche Debatte darüber in der Presse. Unterstützenswert finde ich an diesem,

dass die französische Kunsthistorikerin Bénédicte Savoy und der senegalesische Ökonom Felwine Sarr ganz klar darin sind, dass temporäre Leihgaben, die Zirkulation von Objekten oder ihr Austausch in digitaler Form keine langfristige Option darstellen, weil auf unrechtmäßig erworbene Objekte keinerlei Anspruch bestehen kann. Ein bedingungsloses Offenlegen der Bestände und darauf folgend die Bereitschaft zu einer bedingungslosen Rückgabe von Objekten, sofern der Wunsch auf Seiten der Herkunftsländer besteht, ist ganz essentiell, wenn es darum geht, endlich in einen Dialog auf Augenhöhe mit diesen Ländern zu treten und unserer moralischen und rechtlichen Verantwortung gerecht zu werden. Erschreckend hingegen finde ich mit Blick auf die Restitutionsdebatte in Deutschland, dass wir bereits an der ersten Phase des Restitutionsprozesses, den Sarr und Savoy konzipiert haben, zu scheitern scheinen. Da die Museen, in denen sich ein Großteil der Objekte aus kolonialen Kontexten befinden, in Länderzuständigkeit fallen, obliegt es diesen, die Inventarisierung zu gestalten. Von einem vereinheitlichen Verfahren zur Erfassung der Bestände sind wir daher in Deutschland weit entfernt. Auch zur Digitalisierung und Veröffentlichung derartiger Inventarlisten gibt es seitens der Bundesregierung keinerlei Verpflichtungen. Das muss sich dringend ändern, wenn wir einen Restitutionsprozess, ähnlich, wie ihn Savoy und Sarr vorschlagen, ermöglichen wollen!

KULTURRAT

Zimmermann: Nein.

Kunst&Kontext: *Ist die Beschäftigung mit der Zeit des Kolonialismus eine Frage der »Schuld der Nachkommen« oder eine der politischen Verantwortung?*

REGIERUNG

CDU, Heveling: Im Koalitionsvertrag ist niedergelegt, dass wir diese Aufgabe als politische Verantwortung betrachten.

CSU, Ullrich: Schuld setzt nach unserem Verständnis persönliche Vorwerfbarkeit voraus. Es kann daher weder eine »Kollektivschuld« noch eine solche der Nachkommen geben. Gleichwohl besteht eine klare politische Verantwortung für die Beschäftigung mit der Kolonialzeit und die Aufarbeitung des Unrechts. Dieser kann und darf sich auch niemand entziehen.

SPD, Lindh: Es ist für mich eine Frage der politischen Verantwortung und damit ist eine interessante Frage

verbunden: Wie schafft man es in einer Zuwanderungsgesellschaft, den Nachkommen der Zugewanderten Interesse und Neugier für diesen Teil deutscher Geschichte zu vermitteln? Es wäre falsch, dies im Rahmen von Schuld zu diskutieren, denn es ist keine Frage der persönlichen Schuld. Daher plädiere ich für einen Perspektivenwechsel: Wir sollten unbedingt die heutigen Erwartungen und Einschätzungen der Menschen in den ehemaligen Kolonien einbeziehen.

SPD, Diaby: Für mich ist es eine Frage der politischen Verantwortung. Die heutige Generation hat keine Schuld an der damaligen Kolonialzeit. Es liegt in unserer Verantwortung, diese Zeit durch Ausstellungen, Bücher und Diskussionen in Erinnerung zu halten. Es geht um die Lösung von Problemen und nicht darum, Stimmung zu machen. Man sollte den Populisten nicht die Möglichkeit geben, dieses Thema zu instrumentalisieren. Im Zusammenhang mit der Aufarbeitung von Kolonialgeschichte und Provenienzforschung sollte ein spezielles Stipendienprogramm aufgelegt werden, damit interessierte junge Menschen aus den verschiedenen afrikanischen Ländern gemeinsam mit Deutschen arbeiten können. Das wäre ein schöner Beitrag zur Verständigung.

OPPOSITION

AFD, Jongen: Leider wird die Beschäftigung mit der Zeit des Kolonialismus zu einer Schuldfrage stilisiert. Das halte ich für verfehlt. Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, in denen Objekte von einer Gruppe oder den Nachfahren »schmerzhaft vermisst« werden und bei denen eine Rückgabe aus moralischen Gründen angemessen sein kann, geht es um rechtliche Fragen, die auch auf rechtlicher Ebene zu klären sind. Die mögliche Schuld der Eltern ist keine der Kinder oder Enkel. Wer von deutscher Schuld spricht, müsste beantworten, ob auch die zugewanderten Neubürger in Deutschland von dieser Schuld infiziert sind. Von Kollektivschuld halte ich nichts und würde von politischer Verantwortung sprechen, die es in den Einzelfällen gibt, wenn die heute lebenden Nachfahren auf uns zukommen. Das ist nicht annähernd in dem Ausmaß erkennbar, den uns die postkolonialen Ideologen vorgaukeln wollen.

FDP, Ebbing: Für mich ist es keine Frage der Schuld der Nachkommen, sondern eine der politischen Verantwortung. Interessant ist die Frage: Was lerne ich aus der Geschichte?

GRÜNE, Kappert-Gonthier: Es ist eine Frage der Verant-

wortung, weniger individuell als gesellschaftlich. Wer heute lebt, kann keine individuelle Schuld geerbt haben. Davon unabhängig muss anerkannt werden, dass es Schuld gab. Politisch interessiert mich der verantwortungsvolle Umgang mit der Kolonialgeschichte. Was bedeutet dieser Teil des europäischen Erbes für das heutige Europa? Das damalige koloniale Handeln hat großen Einfluss auf heute noch vorhandenen strukturellen Rassismus. Denn wer die Vergangenheit verdrängt, trifft falsche Entscheidungen für Gegenwart und Zukunft

LINKE, Freihold: Man darf nicht als Individuum argumentieren. Staaten haben eine politische Verantwortung, die einen zukunftsgerichteten Aspekt hat: Wer die Vergangenheit nicht kennt, macht in der Zukunft die gleichen Fehler noch einmal. Aber auch als Individuum kann ich politische Verantwortung übernehmen und beitragen, dass Druck in der Öffentlichkeit ausgeübt wird und andere Weichen gestellt werden.

KULTURRAT

Zimmermann: Eine Schuld der Nachkommen gibt es nicht. Wir haben eine politische Verantwortung, die wir annehmen müssen. Die Erinnerungskultur war eine der zentralen kulturpolitischen Themen der letzten zwanzig Jahre und wird es sicherlich bleiben.

Kunst&Kontext: *Welche Bücher zum Thema »Kolonialismus« und »Restitution« würden Sie empfehlen?*

REGIERUNG

CDU, Heveling: Das Buch von Kerstin Odendahl: »Kulturgüterschutz: Entwicklung, Struktur und Dogmatik eines ebenenübergreifenden Normensystems« (Zürich 2005). Außerdem von Bénédicte Savoy: »Die Provenienz der Kultur. Von der Trauer des Verlusts zum universalen Menschheitserbe« (Berlin 2018). Weiterhin von Neil MacGregor: »Eine Geschichte der Welt in 100 Objekten« (München 2011). Sowie der Klassiker von Joseph Conrad, der 1899 erstmals erschien: »Das Herz der Finsternis«.

CSU, Ullrich: Ich kann den Sammelband von Horst Gründer und Hermann Hiery (Hrsg.) »Die Deutschen und ihre Kolonien. Ein Überblick« (Berlin 2017) empfehlen oder die große Monografie von Wolfgang Reinhard: »Die Unterwerfung der Welt. Globalgeschichte der europäischen Expansion 1415-2015« (München 2016).

SPD, Lindh: Ich empfehle die Werke von Achille Mbembe, einem der wichtigsten Historiker und Philosophen Afrikas. Insbesondere sein Buch »Kritik der schwarzen

Vernunft« (Berlin 2014) ist sehr lesenswert.

SPD, Diaby: Amadou Hampâté Bâ, ein Ethnologe und Schriftsteller aus Mali, hat sehr gute Bücher geschrieben. Auch Léopold Senghór, der ehemalige Präsident von Senegal und Literat, hat sich mit dem Thema Kolonialismus intensiv auseinandergesetzt.

OPPOSITION

AFD, Jongen: Für einen realistischen Blick auf Kolonialismus und Sklaverei zu allen Zeiten empfehle ich Egon Flaig: »Weltgeschichte der Sklaverei« (München 2018). Wer sich für die Quelle des Ressentiments interessiert, aus der sich auch der heutige Postkolonialismus noch speist, liest den Klassiker von Frantz Fanon: »Die Verdammten dieser Erde« (seit den 1960er-Jahren auf Deutsch in diversen Auflagen erschienen). Was bei einer Restitution schief gehen kann, vermittelt das Buch von Ludwig von Pufendorf (Hrsg.): »Erworben – Besessen – Vertan: Dokumentation zur Restitution von Ernst Ludwig Kirchners Berliner Straßenszene« (Bielefeld 2018).

FDP, Ebbing: Ich empfehle den 2018 erschienenen Leitfaden des Deutschen Museumsbundes: zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialem Kontexten.

GRÜNE, Kappert-Gonther: Jürgen Zimmerer (Hrsg.): »Kein Platz an der Sonne. Erinnerungsorte der deutschen Kolonialgeschichte« (Frankfurt am Main/New York 2013) und Bénédicte Savoy: »Die Provenienz der Kultur. Von der Trauer des Verlusts zum universalen Menschheitserbe« (Berlin 2018) sowie Achille Mbembe »Kritik der schwarzen Vernunft« (Berlin 2014) und der Aufsatz von Kimberlé Crenshaw: »Demarginizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine« (The University of Chicago Legal Forum, 1989, S. 139-157)

LINKE, Freihold: Aimé Césaire »Über den Kolonialismus« (Berlin 2017), um die Grundlagen unserer tief im Kolonialismus verstrickten Gesellschaften zu verstehen, und »Nach der Flut das Feuer« von James Baldwin (München 2019), um die nach wie vor unbearbeiteten Nachwirkungen des Kolonialismus zu erkennen.

KULTURRAT

Zimmermann: Von Horst Gründer und Hermann Hiey (Hrsg.): »Die Deutschen und ihre Kolonien. Ein Überblick« (Berlin 2018) und von Bartholomäus Grill: »Wir Herrenmenschen. Unser rassistisches Erbe: Eine Reise in die deutsche Kolonialgeschichte« (München 2019) so-

wie von David van Reybrouck: »Kongo. Eine Geschichte« (Frankfurt am Main 2013).

Kunst&Kontext: Was verstehen Sie unter »Herkunftsgesellschaften«?

REGIERUNG

CDU, Heveling: Wir sollten nicht mit unserem Verständnis von Staat und Gesellschaft auf diese Herkunftsgemeinschaften blicken. Häufig handelt sich um kleine Gruppen bzw. Stämme und nur manchmal um ein Reich. Die Staaten sind kleinteiliger und multiethnischer, als wir das in Europa kennen. Es ist daher auch Teil des Lernprozesses und der Auseinandersetzung, dass es andere Zusammenhänge gibt und unsere Begriffe nicht einfach übertragen werden können.

CSU, Ullrich: Wir brauchen einen guten und konstruktiven Dialog mit den Herkunftsgesellschaften, um in Fragen der Restitution zu gemeinsamen Ergebnissen zu kommen. Ansprechpartner sind Staaten und Akteure der Zivilgesellschaft.

SPD, Lindh: Die meisten afrikanischen Staaten sind Vielvölkerstaaten, teilweise mit Dutzenden verschiedenen Sprachen, unterschiedlichen Traditionen, Religionen und Lebensräumen. Unseren Gesellschaftsbegriff, der eine recht einheitliche Kultur mit gemeinsamen Werten und Lebensverhältnissen impliziert, können wir nicht einfach übertragen. Vielleicht ist es sinnvoller, von den Nachfahren der jeweiligen Herstellerkultur zu sprechen oder das Wort Ethnie zu verwenden.

SPD, Diaby: Der Kontinent Afrika ist sehr groß, und die Unterschiede zwischen den Ländern und selbst innerhalb eines Staates können außerordentlich groß sein. Es sind meist Vielvölkerstaaten mit Dutzenden von Sprachen, vielen Traditionen und eigener Geschichte. Die differenzierte Wahrnehmung der Unterschiede wird für die meisten Europäer eine spannende Überraschung sein.

OPPOSITION

AFD, Jongen: Unser deutsches oder europäisches Verständnis von Gesellschaft kann nicht umstandslos auf andere Kontinente übertragen werden. Die meisten afrikanischen Staaten sind durch willkürliche Grenzziehungen in der Kolonialzeit entstanden. Heute leben dort unterschiedliche Völkerschaften, die teilweise früher verfeindet waren, z. B. die Hutu und die Tutsi in Ruanda, die durch den Völkermord traurige Berühmtheit erlangten. Wer ist also gemeint, wenn von Herkunftsgesellschaft

gesprochen wird? Die leiblichen Nachfahren? Die Bewohner einer Region, die nicht mit einander verwandt sind, aber eine ähnliche Kultur hatten? Das gesamte Vielvölkergemisch in einem Staat? Auch bei diesem Begriff ist der Eurozentrismus der postkolonialen Aktivist*innen erkennbar, er ist mit äußerster Vorsicht zu genießen.

FDP, Ebbing: Es sind sehr unterschiedliche Gruppierungen mit eigenen Bräuchen und Kulturen, die sich selbst nicht über Ländergrenzen definieren. Viele davon gibt es heute in dieser Form nicht mehr. Genau das macht die Rückgabediskussion zu einem schwierigen Thema.

GRÜNE, Kappert-Gonthier: Koloniale oder vielmehr postkoloniale Herkunftsgesellschaft ist ein abstrakter Begriff und verweist auf die heute lebende Gesamtheit der Gemeinschaft, die seinerzeit von der Kolonialherrschaft unterdrückt war. Diese Nachfolgegeneration ist nicht genau fassbar, denn Grenzen und Zugehörigkeiten verschieben sich. Man könnte statt Herkunftsgesellschaft auch »Nachfahren der kolonisierten Menschen« sagen.

LINKE, Freihold: Unter Herkunftsgesellschaften verstehe ich jene Gesellschaften, die einen Anspruch auf das kulturelle Erbe haben, welches auf dem Gebiet, in dem sie lebten oder in dessen Tradition sie stehen, durch Kunst, religiöse Praktiken, wirtschaftliche und soziale Beziehungen entstanden ist. Ich verstehe diesen Begriff nicht ethnisch, sondern divers.

KULTURRAT

Zimmermann: Ich bin kein Wissenschaftler und deshalb für Definitionsfragen nicht die richtige Ansprechperson.

Text *Andreas Schlothauer*

Fotos *Deutscher Bundestag/Stella von Saldern (Abb. 1, CDU), Volker Ullrich (Abb. 2, CSU), Christoph Busse (Abb. 3, SPD), Karamba Diaby (Abb. 4, SPD), Achim Melde/Deutscher Bundestag (Abb. 5, AFD), Peter Adamik (Abb. 6, FDP), Deutscher Bundestag/Thomas Trutschel (Abb. 7, Bündnis 90/Die Grünen), Andreas Domma (Abb. 8, Die LINKE), Deutscher Kulturrat/Tim Flavor (Abb. 9, Deutscher Kulturrat)*

ANMERKUNGEN

1 Die Interviews mit den Vertretern der sieben im Bundestag vertretenen Parteien (CDU, CSU, SPD, AFD, FDP, GRÜNE, LINKE) wurden zwischen dem 18. März und dem 10. Mai 2019 geführt. Anfangs waren es zwölf Fragen, die nach den ersten Terminen um drei weitere ergänzt wurden. Die bereits Interviewten beantworteten diese per Mail. Die Mitschnitte wurden abgetippt, zusammengefasst und teilweise ergänzende Worte oder Satzteile (mit blauer Farbe gekennzeichnet) vorgeschlagen. Der jeweilige Text wurde im Mai allen Interviewten geschickt, von diesen überarbeitet und freigegeben.

Datum	Name	Partei	Länge
18. März 2019	Volker Ulrich	CSU	30 Min.
19. März 2019	Helge Lindh	SPD	70 Min.
20. März 2019	Brigitte Freihold	LINKE	65 Min.
22. März 2019	Karamba Diaby	SPD	45 Min.
16. April 2019	Hartmut Ebbing	FDP	60 Min.
29. April 2019	Olaf Zimmermann	Dt. Kulturrat	90 Min.
6. Mai 2019	Kirsten Kappert-Gonthier	GRÜNE	105 Min.
8. Mai 2019	Ansgar Heveling	CDU	25 Min.
10. Mai 2019	Marc Jongen	AFD	60 Min.
Summe			ca. 9 Std.
Interviews			ca. 9 Std.
Abschrift, Zusammenfassung			ca. 18 Std.
Fahrten zu Terminen, Organisation etc.			ca. 9 Std.
Erstellung Gesamttext			ca. 4 Std.
Zeitlicher Gesamtaufwand			ca. 46 Stunden

Fazit: Restitutionsdebatte – die Bundestagsfraktionen

»Wer die Vergangenheit nicht kennt,
trifft falsche Entscheidungen für Gegenwart und Zukunft.«

(Kenntnis ist ein offener Prozess gründlicher Analyse und Diskussion gegensätzlicher Argumente mit der ständigen Bereitschaft, eigene Ansichten infrage zu stellen und Irrtümer zu korrigieren.)

Anlass für die Interviews mit den Politikern waren deren Reden im Bundestag zum Thema »Kulturpolitische Aufarbeitung des kolonialen Erbes«. Die Abgeordneten Ansgar Heveling (CDU), Volker Ullrich (CSU), Helge Lindh (SPD), Marc Jongen (AFD), Hartmut Ebbing (FDP), Kirsten Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen), Brigitte Freihold (Die LINKE) kämpften am 21. Februar 2019 in durchschnittlich fünf- bis zehnminütigen Beiträgen engagiert vor einem fast leeren Plenarsaal. Es wurde provokativ formuliert und der politische Gegner auch dann angegriffen, wenn dessen Argumente falsch oder gar nicht verstanden worden waren. Die Statements der Bundestagsabgeordneten, die – ebenfalls im Februar 2019 – in »Politik & Kultur. Zeitschrift des Deutschen Kulturrates« (S. 3-7) erschienen waren, lieferten Anregungen für weitere Fragen an die Kulturpolitiker.

Kurzfassung der Ergebnisse unter folgenden Aspekten:

- Welche parteipolitischen Übereinstimmungen und Gegensätze sind erkennbar?
- Welche zentralen Begriffe werden verwendet?
- Welche inhaltlichen Konzepte werden vorgeschlagen?

Der Konsens aller Parteien ist bei den meisten Fragen hoch. Die Antworten der Regierungsfractionen (CDU, CSU, SPD) zeigen kein grundsätzliches Konfliktpotential, nur bei einer Frage gab es leichte Differenzen. Die Repräsentanten zweier Oppositionsfractionen (AFD, FDP) stimmen in ihren Antworten weitgehend mit denjenigen der Regierungsparteien überein. GRÜNE und LINKE lassen bei dem Thema »Beweislastumkehr« eine deutlich konträre Grundhaltung erkennen.

Humboldt Forum, Schuld und Raubkunst

Die Eröffnung des Humboldt Forums wird als ein »Kri-

stallisationspunkt« oder »Katalysator« einer schon länger stattfindenden Restitutionsdebatte beschrieben. Für die Interviewten ist die Bearbeitung der Kolonialgeschichte keine Frage der »Schuld der Nachkommen« sondern eine der »politischen Verantwortung«. Alle Bundestagsfraktionen und der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates halten übereinstimmend den Begriff »Raubkunst« im Zusammenhang mit der Kolonialzeit für ungeeignet. Unklar ist nach einhelliger Meinung, um wie viele bzw. welche Objekte es in der Restitutionsdebatte geht.

Herkunftsgesellschaften

GRÜNE und LINKE verstehen unter diesem für die Restitution zentralen Begriff sehr pauschal die Menschen, die heute in dem Gebiet leben, aus dem das Kulturgut stammt. Danach sind Objekte prinzipiell dorthin zurückzuschicken, wo sie hergestellt wurden. Diese Ansicht teilen die anderen Parteien nicht: Man müsse sehr genau prüfen, wer in den multiethnischen Staaten Afrikas, die durch willkürliche Grenzziehungen in der Kolonialzeit entstanden sind, als anspruchsberechtigter Nachfahre in Betracht kommt.

Aufbewahrung, Bestandsaufnahme, Digitalisierung, Forschung

Alle Interviewten beschreiben die fehlende Bestandsaufnahme und Inventur sowie die unvollständige online-Präsentation der Museumssammlungen als derzeitigen Mangel und wesentliche Aufgabe. Von SPD und GRÜNE kommt der Hinweis, »dass das Musée de quai Branly in Paris bei seiner Eröffnung im Jahr 2006 die gesamte Sammlung online setzte, und zwar jedes Objekt mit Foto.« Das Depot des Ethnologischen Museums in Dahlem kennt nur ein Befragter (FDP) aus eigener Anschauung. Die dortigen Mängel (Insektenbefall, Feuerschutz, Raumklima) sind anderen Abgeordneten (AFD, GRÜNE, SPD) aus Berichten Dritter bekannt. Einheitlich ist das Plädoyer für eine sachgerechte Aufbewahrung der Objekte, wobei CSU, SPD, FDP und GRÜNE thematisieren, dass der TÜV bzw. die »Rechnungshöfe der Länder und des Bundes eine ordnungsgemäße Lagerung« öffent-

lich kontrollieren sollten. Die CDU hält Provenienzforschungsprojekte mit maximaler Laufzeit von drei Jahren für ausreichend, während alle anderen Parteien davon ausgehen, dass dies zu kurz ist. Die AFD bemängelt, dass für die Provenienzforschung von der Bundesregierung keine Ziele definiert sind, und verweist – wie der Deutsche Kulturrat – darauf, dass Budgetvorgaben fehlen.

Streitfall Beweislastumkehr

Übereinstimmung besteht darin, dass die Provenienzforschung zu den Sammlungsbeständen erst jetzt beginnt; Fallstudien zu den Erwerbsumständen gibt es derzeit kaum. Gleichwohl postulieren GRÜNE und LINKE einen Generalverdacht für alle in der Kolonialzeit gesammelten Objekte und gehen von einem »strukturellen Gewalt- und Machtverhältnis« aus. Sie plädieren für gesetzliche Regelungen, die eine Beweislastumkehr festlegen: »Im Zweifel für den Antragsteller«. Demnach müsste die Rückgabe bei jeder Art von Antragstellung automatisch erfolgen. Die anderen Parteien bevorzugen (wie der Deutsche Kulturrat) dagegen eine Einzelfallprüfung. Zwei Fraktionen (AFD, FDP) weisen auf ein Problem hin, dass eine Beweislastumkehr dann zu lösen hätte: Die Frage »Wer ist der Anspruchsberechtigte?« Die AFD möchte »die Debatte gern entmoralisieren« und Diaby (SPD) sagt: »Man sollte nicht juristisch an die Sache herangehen, sondern politisch.«

Restitutionsdebatte – kein Auftrag Afrikas

Alle Interviewten stellen fest, dass bislang kaum konkrete Rückgabeforderungen aus afrikanischen Ländern vorlägen. Laut den Regierungsfractionen handelt es sich bei der Debatte nicht um einen Auftrag afrikanischer Gesellschaften. Das Argument von GRÜNE und LINKE lautet, dass die Nachfahren ja gar nicht wüssten, was in europäischen Museen lagere. Nur einer der Interviewten war in Ländern des subsaharischen Afrika und konnte von dortigen Museumsbesuchen berichten.

Medien und Politik – ein selbstreferentielles System?

Als wesentliche Informationsquelle für ihre Redebeiträge nennen die Politiker die »Berichterstattung in den Medien«. Der Bericht von Savoy & Sarr wurde »in Teilen gelesen« und ansonsten ebenfalls über die Medien rezipiert. Da kaum einer der an der Restitutionsdebatte beteiligten Kulturjournalisten das subsaharische Afrika von eigenen Arbeitsaufenthalten kennt, ist die Abwesenheit afrika-

nischer Gegenwart zwangsläufig ein Element der öffentlichen Gesamtdebatte. Einer der Abgeordneten (SPD) fragte sich, ob diese in einer »Blase« bzw. »Echokammer« zwischen Politikern und Feuilletons stattfindet.

Resümee: Fehlende Vielfalt

Derzeit fehlen in der öffentlichen Debatte zur Kolonialzeit die konkreten historischen Objekte und – damit einhergehend – die heute lebenden Nachfahren der damaligen Hersteller. Anders gesagt: Es mangelt an Erfahrungen gemeinsamer deutsch-afrikanischer Projekte.

Ein diffuser Generalverdacht bezüglich völkerkundlicher Sammlungen dominiert als moralische Grundhaltung die Berichterstattung der Feuilletons. In den Medien ist die viel differenziertere Mehrheitsmeinung der Bundesregierung und zweier Oppositionsparteien deutlich unterrepräsentiert. Der Frage, warum ausschließlich die Meinung der Parteien Die LINKE und Bündnis 90/Die Grünen propagiert wird, sollten sich die Redaktionen stellen. Gerade weil meine eigenen parteipolitischen Sympathien nach öko-links tendieren, halte ich als Demokrat diese Vermeidung offener Debatte für extrem schädlich. Auch die vielfältigen Stimmen derjenigen, die sich seit Langem für afrikanische Länder und deren Geschichte interessieren, werden von den Kulturjournalisten ausgeblendet. Dadurch ist die feuilletonistische Einfalt mit ihren einfachen Legenden bestenfalls eine Simulation demokratischer Öffentlichkeit. Wodurch unterscheidet sich dieser mediale Gleichklang von Propaganda? Ein breites Interesse am Thema Kolonialgeschichte ist bislang nicht festzustellen und auf diese Art auch nicht herstellbar.

Vor allem Sakralobjekte bzw. »Kunst« – z. B. Masken, Figuren – sind in vielfacher Form mit Fotos publiziert. Die Bücher sind in afrikanischen Ländern bekannt und werden seit Jahrzehnten als Vorlage für Fälschungen genutzt. Insofern ist den Nachfahren mindestens ein (uns wichtig erscheinender) Teil in europäischen Museumssammlungen bekannt.

Hinsichtlich der geplanten Digitalisierung ist zu beachten: Das Internet ist derzeit in den meisten Regionen Afrikas extrem langsam, und der Aufbau einer Seite bzw. die Übertragung von Bilddateien dauert meist mehrere Minuten. Parallel zum Aufbau von online-Datenbanken in Deutschland wären entsprechende Kooperationen zur Verbesserung der Übertragungsgeschwindigkeit in afrikanischen Ländern wichtig.

Text Andreas Schlothauer

Rückgabe als Teil einer Gesamtstrategie – Baden-Württemberg

Kurzfassung

Das im Jahr 1911 eröffnete Linden-Museum in Stuttgart zählt mit einem Bestand von etwa 160.000 Objekten zu den großen Völkerkundemuseen in Europa. Die Rückgabe einer Bibel und einer Peitsche nach Namibia ist die »erste Restitution kolonialer Kulturgüter aus einem Museum in Baden-Württemberg« (PM MWFK 021/2019) und soll »Ausgangspunkt für einen intensiven Dialog und neue, intensive Partnerschaften mit den Herkunftsgesellschaften [werden] – das ist der baden-württembergische Weg, mit unserer kolonialen Erbe umzugehen« wie Theresia Bauer, die amtierende Wissenschaftsministerin des Bundeslandes mitteilte. (PM MWFK 018/2019) Nur zur Erinnerung: Derzeit regiert in Baden-Württemberg unter dem Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann eine Koalition der Grünen mit der CDU.

Die Bibel und die Peitsche wurden im Jahr 1902 Eigentum des Württembergischen Vereins für Handelsgeographie, der 1911 im Linden-Museum aufging.¹ Die Erwerbsumstände beider Objekte im damaligen Deutsch-

Südwestafrika vor 1902 können nicht mit Sicherheit geklärt werden. Der Einliefernde hat in seiner Liste »erbeutet beim Sturm auf Hornkranz« vermerkt und beide Objekte »Hendrik Witbooi« (1830-1905) zugeschrieben. Bei der Familienbibel wird diese Herkunft wegen handschriftlicher Notizen angenommen und bei der Peitsche geglaubt.

Die Geschichte der Region ist seit mehreren hundert Jahren von Wanderungsbewegungen geprägt. Jäger und Sammler, früher meist als Buschleute (Damara, San) bezeichnet, wurden von Viehzüchtern und Bauern verdrängt. Die Ovambo kamen etwa seit dem 14./15. Jahrhundert, Gruppen der Herero und Nama vor allem seit dem 18. und Verbände der Orlam im 19. Jahrhundert. Dies führte immer wieder zu Kriegen um Wasserstellen, Land und Vieh. Das Erscheinen deutscher Siedler nach der Gründung von Deutsch-Südwestafrika erzeugte seit den 1880er-Jahren weitere Konflikte und gipfelte in einem verlustreichen Krieg in den Jahren 1904 bis 1907.² Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs eroberten die Briten das Gebiet und besiegten im Juli 1915 den letzten Pos-

ten der kaiserlichen Schutztruppe. Die deutschen Siedler wurden zunächst in Internierungslager bei Pretoria verbracht, und formal endete die Kolonialzeit mit dem Vertrag von Versailles im Jahr 1919. Südwestafrika wurde zum Mandatsgebiet des Völkerbundes (später der Vereinten Nationen) und Südafrika wurde als Mandatsmacht eingesetzt. Anfangs mussten viele Deutsche das Land verlassen. Erst ab 1923 erhielten sie ein Bleiberecht und wurden eingebürgert. Der namibische Befreiungskampf begann 1960 unter der politischen Führung der SWAPO, doch Südafrika beherrschte das Land noch bis zur Unabhängigkeit Ende 1989. Heute hat Namibia etwa 2,63 Millionen Einwohner: »Ovambo« (49,8 %), »Kavango« (9,3 %), »Damara« (7,5 %), »Herero« (7,5 %), »white« (6,4 %), »Nama« (4,8 %), »Cap-



Abb. 1 Empfang von Bibel und Peitsche am Flughafen von Windhoek

rivian« (3,7 %), »San« (2,9 %) und »Baster« (2,5 %). (worldpopulationreview.com, »Namibia«, 25. April 2019)

Im Vergleich mit der übereilten und wenig nachhaltigen Rückgabe der Stiftung Preußischer Kulturbesitz an die Chugach Alaska Corporation im Jahr 2018 (Schlotthauer 2018) ist bei dem Vorgehen Baden-Württembergs eine mittelfristige Strategie (»Namibia-Initiative«) vorhanden. Die Rückgabe der beiden Objekte am 28. Februar 2019 in Namibia war gleichzeitig der Start mehrerer zweibis dreijähriger Projekte.

Vorausgegangen war eine erste Projektphase der Provenienzforschung in Stuttgart (2016-2018) zu den Beständen Namibias, Kameruns und des Bismarck-Archipels. Der Abschlussbericht »Schwieriges Erbe« (2018) ist eine »erste Durchsicht« primärer Quellen und enthält Statistiken, welche die Namen von Einlieferern mit der

Anzahl ihnen zugeordneter Inventarnummern verbinden und zeitlich sortieren. Es wurde ausschließlich mit schriftlichem Material gearbeitet, die Objekte selbst waren nicht einbezogen und deren Vorhandensein wurde nicht geprüft. Schon vorliegende Fallstudien zeigen, dass die Einträge in Inventarbüchern und Museumsdatenbanken häufig fehlerhaft sind, daher sind die bisherigen Zuordnungen (Region, Objekttyp) am einzelnen Objekt zu prüfen. Weiterhin ist mit einer »ersten Durchsicht« von Akten ein Verständnis der verwirrenden Vielfalt von Akteuren und Beteiligten nicht möglich. Die Ereignisse, Motive und Interessen von Personen, die gegenseitigen Abhängigkeiten sowie der Einfluss unterschiedlicher Lebensweisen und -welten erschließen sich erst nach gründlicher, jahrelanger Arbeit. Die Ziele des Projektes – die Feststellung der »Herkunft und Biografien von Sammlungen und Sammlungsobjekten, die im kolonialen Zusammenhang in Museen« gelangten (PM LM, 2. Februar 2016) sowie die Aufdeckung von »Gemeinsamkeiten und Unterschieden in den Bestandsstrukturen hinsichtlich Objektarten, Eingangszeiträumen und Erwerbungs Umständen« (Grimme 2018: 10) – waren mit der gewählten Methode nicht erreichbar.

Das Ziel der zweiten Projektphase (»Namibia-Initiative«) ab 2019 ist, »einen langfristigen Dialog zu etablieren und dabei Wissen, Erfahrungen und Interpretationen auszutauschen.« (PM 20/2019) Mit unterschiedlichen Partnern werden in den nächsten zwei bis drei Jahren vier Themenbereiche bearbeitet:

- die historische Aufarbeitung und Vermittlung im Schulunterricht;
- der Umgang mit musealen Sammlungsgegenständen;
- Kolonialismus in der Literatur;
- zeitgenössische künstlerische Perspektiven auf das koloniale Erbe.

Eine der zentralen Fragen ist »die gemeinsame Erschließung, Aufarbeitung und Zugänglichmachung von Sammlungen und Archiven, historischen Fotos und Dokumenten sowie deren digitale Präsentation.« (PM 20/2019)

Das Linden-Museum wird innerhalb eines Jahres alle 2.220 Inventarnummern aus Namibia fotografisch erfassen und Online stellen. Weiterhin sollen sich deutsche und namibische Studenten in Workshops in Stuttgart und Windhoek gemeinsam den Sammlungen der Herero und Nama widmen



Abb. 2 Bibel (Inv. Nr. IC 23567)



Abb. 3 Peitsche (Inv. Nr. IC 23566)

und »die Kontexte der Objekte erarbeiten«. Die Ergebnisse sollen dann mit den Communities der Herero und Nama geteilt und neue Sichtweisen in einer Publikation und einer Ausstellung präsentiert werden. Damit unterscheidet sich das Projekt des Linden-Museums von den anderen Projekten der Namibia-Initiative, die sich an das heutige Namibia richten und für alle Bevölkerungsgruppen offen sind. Diese einseitige Orientierung auf die Herero und die Nama ist weder sachlich begründet noch gegenwartsorientiert. Immerhin sind mit dem bisherigen Konzept ca. 88 % der heutigen Bevölkerung Namibias und etwa 70 % der Objekte der Namibia-Sammlung des Linden-Museums ausgeschlossen. Der Autor plädiert daher für eine Gesamtbetrachtung aller ca. 2.200 Objekte aus Namibia und die Beteiligung weiterer Gruppen in den Workshops (z. B. Ovambo, San, Damara, »white«).

Provenienzforschung ist nicht nur eine Aufgabe der Museen, sondern muss für alle Interessierten möglich sein. Das hat drei Vorteile: das Spektrum der Themen, die Anzahl bearbeiteter Objekte und Sammler sowie die Vielfalt der Interpretationen werden größer sein als bisher. Laut der Pressemitteilung des Ministeriums zur Namibia-Initiative ist gewünscht, *»dass die Kolonialzeit und das Thema Umgang mit unserem kolonialen Erbe nicht nur in Fachkreisen ankommt. Wir haben die Aufgabe, die Öffentlichkeit hier wie dort stärker noch als bisher zu informieren und einzubeziehen.«* (PM 21/2019) Ohne das Scannen und Online-Stellen der zugehörigen Sammlungsdokumentation (Inventarbuch, Briefe, Listen etc.) ist eine breite Beteiligung an der Forschung zu den Beständen kaum möglich. Diese wichtige Arbeit ist aber bisher nicht Bestandteil der Namibia-Initiative. Zu bedenken ist auch, dass die öffentliche Debatte mit den bereits Interessierten beginnt, denn diese sind Wissensträger und Multiplikatoren. Weiterhin könnte eine vierteljährlich erscheinende Online-Zeitschrift der »Namibia-Initiative« die laufende Arbeit dokumentieren, Ergebnisse diskutieren, Beiträge Dritter einbeziehen und für die geplanten Tagungen öffentlich um Vorträge werben (»Call for Papers«). Dadurch könnte eine öffentliche Debatte sofort und nicht erst nach der Publikation von Ergebnissen in zwei oder drei Jahren beginnen.

Systematische Schwächen, die in allen Völkerkundemuseen vorhanden und in ihrer Entstehungsgeschichte begründet sind, machen die vielfältigen und faszinierenden Bestände der weltweiten materiellen Kultur zu einem schwierigen Erbe. Der Erwerb vor Ort wurde schlecht do-

kumentiert und der Umfang der Bestände ist sehr groß. Die eingehenden Mengen führten zu Inventarisierungsfehlern, die bis heute nicht korrigiert wurden. Außerdem sind die Namen und biografischen Daten der Einlieferer unvollständig erfasst. Weiterhin entsprach damals die Ablage nicht den in Archiven gültigen Regeln. Im Linden-Museum ist bis heute die vorhandene Dokumentation nur teilweise gesichtet. Es kann weder eine Bestandsaufnahme vorlegen, noch wurde jemals eine Inventur gemacht. Damit ist der heutige Bestand unbekannt; dieser ist nicht mit Inventarbucheinträgen gleichzusetzen.

Diese systematischen Schwächen bedingen, dass zunächst aufwendige Fallstudien zu Ethnien/Regionen, Materialgruppen, Sammlern etc. durchzuführen sind, die den Objekterwerb in der Kolonialzeit klassifizieren. Erst dann sind durch Metastudien – als statistische Auswertungen einer ausreichenden Zahl von Fallstudien – wissenschaftlich relevante Ergebnisse zu erwarten. Übereinstimmend wird immer wieder festgestellt, dass diese Arbeit ganz am Anfang steht. Ob und wie die Kolonialgeschichte jeweils mit dem einzelnen Objekt verbindbar sein wird, kann also gar nicht bekannt sein, und dennoch wird derzeit vom unrechtmäßigen Erwerb der meisten oder einer Vielzahl der Objekte ausgegangen. Für diese Behauptung fehlt der postkolonialen Theorie eine empirische Grundlage, damit ist diese aus wissenschaftlicher Sicht nur ein Glaubensbekenntnis bzw. ist sie ideologisch.

Das eigentliche Nadelöhr der Provenienzforschung war und ist der Spezialist, der in Fallstudien vorhandene Fehler korrigieren kann. Dafür sind mehrere Jahre bzw. Jahrzehnte vergleichender Arbeit mit Objekten in den Depots vieler Museumssammlungen und die systematische Suche in Archiven nötig, denn das Objekt erschließt sich nicht allein durch Akten. Eigene Erfahrungen mit verschiedenen »Herkunftsgesellschaften« zeigen, dass historische Objekte nach drei bis vier Generationen den heute lebenden Nachfahren der Hersteller unbekannt sind. Dieser Kulturwandel wurde vielfach und weltweit von Ethnologen beschrieben. Das Wissen zu historischen Objekten war und ist ein weitgehend selbst Erarbeitetes, das auf der Kenntnis des verwendeten Materials, dem Nachvollziehen der Herstellung und dem Austausch mit der jeweiligen Herstellerkultur basiert. Diese Objekt-orientierte Forschung war und ist Teil der Ethnologie, vor allem in den Völkerkundemuseen – allerdings immer ein marginalisierter. Heute arbeiten nur noch wenige Dutzend

Ethnologen weltweit, deren Kenntnisse zu Objektgruppen und Regionen als fundiert bezeichnet werden können. Und damit sind wir bei der heutigen systematischen Schwäche der Sozial- und Kulturanthropologie: ihrer Objektferne.

Eine gründliche Untersuchung der beiden Objekte vor der Rückgabe fand nicht statt. Es wurden auch keine identischen Repliken für das Linden-Museum hergestellt. Die Bibel wurde zwar gescannt, aber kein 3-D-Digitalisat der Peitsche angefertigt.

A. DOKUMENTATION

vor 1907:

Vorbemerkungen zu einem Kolonialkrieg des deutschen Kaiserreiches

Wanderungsbewegungen im Südwesten Afrikas

Das Gebiet des heutigen Namibia wird in den Berichten früher Seefahrer des 15. und 16. Jahrhunderts als dünn besiedelt beschrieben. Hier lebten Jäger und Sammler, die San (Buschleute) und die Damara. Etwa seit dem 14. Jahrhundert wurden sie von den bantusprachigen Gruppen der Ovambo nach und nach in unwirtliche Gegenden abgedrängt. Ab dem 17. Jahrhundert wanderte das Hirtenvolk der Herero ein, und ab dem 18. Jahrhundert kamen Nama-Verbände aus Südafrika, die dort seit dem 17. Jahrhundert im Kontakt mit den Buren und anderen europäischen Siedlern teilweise Christen geworden waren und Lesen und Schreiben gelernt hatten. Die Orlam, Nachfahren von holländischen Siedlern und Nama-Frauen, bildeten eigene Verbände. Einer davon waren die Witbooi («Weißer Junge»), die um 1850 unter der Leitung von Kido Witbooi, dem Großvater von Hendrik, ins Land kamen. Sie ließen sich 1863 an einem Ort namens Kowesin nieder, der von einem Missionar der Rheinischen Missionsgesellschaft, Jacob Knauer (1827-unbekannt), den Namen Gibeon erhielt, eines alttestamentlichen Ortes nahe Jerusalem (el-Dschib). Herero, Nama und Orlam werden in der damaligen Literatur teilweise nicht unterschieden und abwertend als »Hottentotten« bezeichnet. Diese waren sich wiederum darin einig, dass San und Damara als »leibeigen« betrachtet und wie Rinder vererbt werden konnten.

Die verstärkte Zuwanderung führte im 19. Jahrhundert zu Konflikten und Kriegen um Wasserstellen und Weideflächen zwischen den Herero, Nama und Orlam.

Als die Herero auf ihr Gebiet drängten, verbündeten sich Nama und Orlam gegen diese, und nachdem sie gesiegt hatten, kam es zum Krieg zwischen den ehemaligen Partnern. Es verwundert daher nicht, dass aus Europa in dieser Zeit vor allem Waffen, Munition und Alkohol importiert und gegen (meist geraubtes) Vieh getauscht wurden. Nach zwei Überfällen einer Nama-Koalition unter Führung von Cornelis Oasib (um 1800-1867) auf Gibeon in den Jahren 1864 und 1865, bei denen die Häuser geplündert und zerstört sowie die Viehherden geraubt wurden, griffen die Nama im September 1866 zum dritten Mal an. Die Häuser waren gerade wieder aufgebaut und die Witbooi verließen Gibeon kampflos in der Hoffnung, dass die Nama den Ort unversehrt lassen würden. Doch Oasib ließ diesen erneut zerstören und nahm die dort verbliebenen Frauen und Kinder mit. Dies wiederum erregte die Witbooi aufs Äußerste und sie griffen so entschlossen an, dass die sich zurückziehenden Nama bei Rehoboth endgültig geschlagen wurden. Letztere akzeptierten nun die Vormachtstellung der Witbooi und im Dezember 1867 kam es zum »Frieden von Gibeon«.³

Die Nama und das deutsche Kaiserreich

Als Folge des Berliner Vertrages bemächtigte sich das Deutsche Kaiserreich 1884 der Region und nannte die neue Kolonie Deutsch-Südwestafrika. Einige Kapitäne der Herero schlossen einen »Schutzvertrag«. Bei den Witbooi war das anders: Sie bestanden auf ihrer Unabhängigkeit. Der Christ Hendrik Witbooi hatte messianische Visionen und hörte seit 1880 Stimmen. Er überwarf sich um 1885 mit seinem Vater Moses, da er Viehdiebstähle als unvereinbar mit der christlichen Ethik betrachtete, und zog – geleitet von alttestamentlichen Vorstellungen – auf der Suche nach dem gelobten Land mit seinen Anhängern nach Norden. Im Jahr 1890 gelang es ihm, Kaptein aller Witbooi zu werden. Da die militärische Präsenz in der Kolonie sehr gering war, verstrichen einige Jahre. Erst als Verstärkung eingetroffen war, überfielen am 12. April 1893 etwa hundert deutsche Soldaten und 50 afrikanische Verbündete unter dem Kommando von Curt Karl Bruno von François (1852-1931) die Siedlung Hornkranz, den Sitz von Hendrik Witbooi: Ein Verstoß gegen die allgemeine Order des Auswärtigen Amtes, keine kriegerischen Handlungen vorzunehmen. Die nationale und internationale Presse berichtete kritisch darüber, dass bei den heftigen Kämpfen etwa 80 Witbooi getötet worden waren, darunter viele Frauen. (Schildknecht 2000: 244 f.) Erbeutet wur-

de in Hornkranz unter anderem das aus Briefen und Journalen bestehende persönliche Archiv Witboois. Nach Verhandlungen kam es 1894 zu einem Friedens- und Schutzvertrag mit der Kolonialmacht, in dem sich die Witbooi zur aktiven Unterstützung der Schutztruppe verpflichteten. Dadurch waren auch Nama und Orlam ab Jahresbeginn 1904 als Hilfskräfte an dem Krieg gegen die Herero beteiligt. Nach den Kämpfen am Waterberg am 11. August 1904 fand eine Neuorientierung statt; und im Oktober begann der Aufstand der Nama und Orlam gegen die Kolonialmacht, der erst mit dem Tod Hendrik Witboois am 29. Oktober 1905 abebbte. Der Guerillakrieg einzelner Gruppen zog sich dann noch bis 1907 hin.⁴

Der Krieg der Herero gegen die Kolonialmacht

Im Januar 1904 begann der koordinierte Aufstand der Herero mit Angriffen auf die Eisenbahnlinien, Depots, Handelsstationen und Farmen. Missionare, Frauen und Kinder wurden weitgehend verschont, aber etwa 120 bis 130 deutsche Händler, Angestellte, Soldaten und Siedler ermordet. In einigen Zeitungen des Kaiserreiches erklang der Ruf nach sofortiger Aktivität und Bestrafung der Täter. In den folgenden Monaten konnten die Herero nur einen Teil des eroberten Geländes halten, doch fügten sie mit gut koordinierten Angriffen der Schutztruppe hohe Verluste zu. Allerdings hatten sie auch selbst Dutzende, wenn nicht Hunderte, Tote und Verwundete zu beklagen. Nach mehreren Kämpfen befand sich ab Juli 1904 eine niedrige fünfstellige Zahl von Herero mit Viehherden im Gebiet des Waterberges.⁵

Der Gouverneur, Oberst Theodor Leutwein (1849-1921), bevorzugte eine Verhandlungslösung, doch der Kaiser in Berlin legte dies als Schwäche aus, setzte auf militärische Stärke und beförderte Generalleutnant Adrian Diedrich Lothar von Trotha (1848-1920) zum neuen Befehlshaber und General mit dem Auftrag, den Aufstand der Herero militärisch niederzuschlagen. Trothas Ernennung war damals kontrovers. (Bley 1968: 199)⁶ Wegen seines Charakters war seine Berufung auch bei einigen Offizierskollegen der Schutztruppe umstritten. Ludwig von Estorff (1859-1943), damals Major in Deutsch-Südwestafrika und ab 1907 Kommandeur der Schutztruppe, schrieb später in seinen Erinnerungen: »[Hermann von] Wissmann, der ihn von Ostafrika her kannte, hatte sich seiner Ernennung widersetzt, aber er ward nicht gehört.« (Nuhn 1997: 201) Nach Trothas Ankunft in Swakopmund fand Mitte Juni ein Treffen mit Leutwein statt, der von da an nicht

mehr die militärische Führung innehatte, aber als Gouverneur vor Ort blieb.

Am 11. August 1904 kam es zu mehreren, räumlich verteilten Gefechten in dem Gebiet am Waterberg mit etwa 1.600 bis 2.000⁷ Soldaten der Kolonialmacht und etwa der dreifachen Zahl von Herero-Kriegern, die auch mit modernen Gewehren bewaffnet waren. Trotz zahlenmäßiger Überlegenheit und ihrer besseren Geländekenntnis, die sie geschickt nutzten, gelang es den Herero nicht die deutschen Truppenverbände entscheidend zu schlagen.⁸ Bei anbrechender Dunkelheit zogen sie sich unbemerkt in der Nacht des 11. auf den 12. August aus dem Gebiet zurück, ohne besiegt worden zu sein. Heinrich Vedder (1876-1972), Missionar und langjähriger Freund der Herero, der auch mit ihrer mündlichen Überlieferung vertraut war, schrieb 1928: »Die Herero wichen nicht [...] Die Dunkelheit machte dem Ringen ein Ende [...] Die Siegeshoffnung der Herero war erstorben [...] Freiwillige Übergabe? Dagegen bäumte sich ihr Stolz auf [...] Sie fanden im Osten eine breite Lücke, die nicht hatte geschlossen werden können [...] Da zog das ganze Volk in der Stille der Nacht nach Osten ab. [...] Am 13. August hatten aber die Herero einen solchen Vorsprung, dass ihre Hauptmacht nicht mehr eingeholt werden konnte.« (zitiert in Schneider-Waterberg 2018: 204) Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt Brigitte Lau: Die »Flucht der Herero nach Botswana [war] ein nationaler Exodus, eine Entscheidung, lieber Exil und Tod zu wählen als die Aussicht auf fortgesetzte koloniale Unterdrückung.« (zitiert in Schneider-Waterberg 2018: 169) Die Strategie Trothas, in einer entscheidenden Schlacht die Herero zu besiegen, war nicht aufgegangen.⁹ Die Herero kannten ihr Land und hatten diesen Vorteil geschickt genutzt.

Ein Teil verstreute sich in kleinen Verbänden im Land und versteckte sich. Ein anderer Teil, darunter der Anführer Samuel Maharero, zog unter erheblichen Strapazen und mit entsprechenden Verlusten durch das Omaheke Sandveld und beantragte ab September 1904 in der Kolonie »British Betschuanaland« Asyl. (Schneider-Waterberg 2018: 20) Verschiedene Abteilungen der Schutztruppe versuchten, Herero-Gruppen aufzuspüren, waren aber wegen dramatisch zunehmender Krankenzahlen, hoher Verluste von Pferden und der schlechter werdenden Versorgungslage weitgehend erfolglos. (Lau 1989: 166) Die Herero waren aus Trothas Sicht »spurlos verschwunden«.

Der Aufruf Trothas an die Herero

Am 2. Oktober 1904 verkündete Trotha in einem öffentlichen »Aufruf an das Volk der Herero«: »[...] Die Herero sind nicht mehr deutsche Untertanen. Sie haben gemordet und gestohlen, haben verwundeten Soldaten Ohren und Nasen und andere Körperteile abgeschnitten, und wollen jetzt aus Feigheit nicht mehr kämpfen. Ich sage dem Volk: Jeder, der einen der Kapitäne an eine meiner Stationen als Gefangenen abliefern, erhält tausend Mark, wer Samuel Maharero bringt, erhält fünftausend Mark. Das Volk der Herero muss jedoch das Land verlassen. Wenn das Volk dies nicht tut, so werde ich es mit dem Groot Rohr dazu zwingen. Innerhalb der Deutschen Grenzen wird jeder Herero mit und ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen, ich nehme keine Weiber oder Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volke zurück, oder lasse auf sie schießen. Dies sind meine Worte an das Volk der Herero. Der große General des mächtigen Deutschen Kaisers.« (Gründer 2012: 133)

Vollständig ist der »Aufruf« Trothas nur mit dem Zusatz, der für die Soldaten der Schutztruppe gedacht und diesen zu verlesen war: »Dieser Erlaß ist bei den Appells den Truppen mitzuteilen mit dem Hinzufügen, daß auch der Truppe, die einen der Kapitäne fängt, die entsprechende Belohnung zu teil wird und daß das Schießen auf Weiber und Kinder so zu verstehen ist, daß über sie hinweggeschossen wird, um sie zum Laufen zu zwingen. Ich nehme mit Bestimmtheit an, daß dieser Erlaß dazu führen wird, keine männlichen Gefangenen mehr zu machen, aber nicht zu Grausamkeiten gegen Weiber und Kinder ausartet. Diese werden schon fortlaufen, wenn zweimal über sie hinweggeschossen wird. Die Truppe wird sich des guten Rufes der deutschen Soldaten bewußt bleiben.« (Gründer 2012: 133)

Die Verbreitung des Aufrufs erfolgte, indem mehrere Kopien des auf Herero verfassten Schreibens einer Gruppe von etwa 30 freigelassenen Hereros – Alten, Frauen und Kindern – mitgegeben wurden. (Nuhn 1997: 283) Es ist fraglich, wie effektiv sich im Folgenden die Drohbärde Trothas unter den im Land verstreuten und versteckten Herero-Verbänden verbreiten konnte. Die militärische Wirkung in den nächsten zwei Monaten war jedenfalls gering, da es kaum zu Begegnungen zwischen Schutztruppe und Hereros kam.

Die Gegenkräfte vor Ort und in Berlin

Durch diesen »Aufruf«, der von einigen deutschen Historikern als »Vernichtungsbefehl« bezeichnet wird (Zimmerer 2018), verschärfte sich der Konflikt zwischen Landesverwaltung (Gouverneur Leutwein) und Militärführung (General Trotha). (Nuhn 1997: 284 f.) Als der Text

etwa sechs Wochen später (ab dem 2. Oktober) in Berlin vorlag, kam Reichskanzler Bernhard von Bülow (1849–1929) am 24. November zu dem Ergebnis, dass die »von Trotha geforderten Maßnahmen im Widerspruch zu den christlichen und menschlichen Prinzipien« stünden und die »vollständige und planmäßige Ausrottung der Herero alles durch die Forderungen der Gerechtigkeit und der Wiederherstellung der deutschen Autorität gebotene Maß überschreiten«. Zudem trage der Aufruf Trothas dazu bei, »dem deutschen Ansehen unter den zivilisierten Nationen Abbruch zu tun«.¹⁰

Nach eindringlichem Vortrag Bülows befahl Wilhelm II. die Rücknahme und am 9. Dezember 1904 erreichte der telegrafische Gegenbefehl des Berliner Generalstabes die Kolonie. Die Umsetzung vor Ort war im Oktober und November auch deshalb nicht möglich gewesen, da Anfang Oktober im Süden des Landes der Aufstand der Nama begonnen hatte und die Abteilungen der Schutztruppe mit der kleinteiligen Suche nach geflohenen Herero-Gruppen überfordert waren. Die sofortigen Gegenreaktionen in Deutschland und die zügige Außerkraftsetzung des Aufrufes zeigen, dass Trothas Haltung nicht geteilt wurde. Aus innenpolitischen Gründen wurden der Aufruf vom 2. Oktober und die Rücknahme vom 9. Dezember mit einer Pressesperre belegt. Der deutschen Öffentlichkeit wurde dadurch der Sachverhalt erst etwa ein Jahr später bekannt. (Schneider-Waterberg 2018: 113)

Leutwein trat von seinem Amt zurück und verließ das Land im Dezember 1904, damit war Trotha auch Gouverneur des Schutzgebietes. Der im November 1905 neu ernannte Gouverneur, Friedrich von Lindequist (1862–1945), hatte eindeutig klar gemacht, dass er den Posten erst nach der Ablösung Trothas antreten würde. Im November 1905 reiste Trotha nach Deutschland ab. (Nuhn 1997: 309)

Öffentliche Kritik und das Ende des Krieges

Im weiteren Verlauf verweigerte am 13. Dezember 1906 eine Reichtagsmehrheit den beantragten Nachtragshaushalt von 29 Millionen Reichsmark. Konservative und Nationalliberale traten für die Weiterführung des Kolonialkrieges ein, Kritik kam vor allem von der SPD, dem Zentrum und der polnischen Fraktion. Nach der verlorenen Abstimmung ließ Reichskanzler Bülow in Absprache mit Wilhelm II. den Reichstag auflösen. Am 25. Januar 1907 kam es zu Neuwahlen, die als »Hottentottenwahlen« bezeichnet wurden, da sie eine direkte Folge des Krieges waren und dieser auch den Wahlkampf inhaltlich be-

stimmte. Die Beteiligung war mit 84,7 % die bis dahin höchste. Für die beiden Parteien, die am deutlichsten Position gegen den Krieg bezogen hatten, war die Wahl erfolgreich. Die SPD erhielt fast eine halbe Million Stimmen mehr als bei der vorhergehenden Wahl und erreichte 29,9 % (1903: 31,7 %). Das Zentrum wurde von 19,4 % gewählt (1903: 19,7 %).

Es bleibt die Tatsache, dass bei den Kampfhandlungen viele Herero starben und auf der Flucht weitere verdursteten, verhungerten oder Krankheiten erlagen. Die genauen Zahlen sind unbekannt. Gesichert ist, dass in den seit Ende 1904 errichteten Lagern mehr als 5.000 Herero durch Krankheiten und Mangelernährung den Tod fanden. Es war ein blutiger Krieg mit zu vielen Opfern auf beiden Seiten, der die Herero dramatisch reduzierte. Ein von »den Deutschen« oder »von Deutschland« geplanter Völkermord war es nicht, das belegen die damaligen Gegenreaktionen der Jahre 1904 bis 1907 vor Ort und in Deutschland.

1893-1902: Bibel und Peitsche von Namibia nach Stuttgart

»mit der Bitte um gütige Ueberlassung Ihrer ethnographischen Gegenstände«

Karl von Linden, 1902

Die Familienbibel (Inv. Nr. IC 23567) und die Peitsche (Inv. Nr. IC 23566) kamen als Teil einer Schenkung im Jahr 1902 nach Stuttgart. Bei der Bibel handelt es sich um eine Übersetzung in die Nama-Sprache durch den Missionar Johann Georg Krönlein (1826-1892), die im Jahr 1866 im Berliner Verlag Wilhelm Hertz erschien.

Der Hinweis auf die Sammlung von Objekten aus der Südsee und Südwestafrika kam von Oberleutnant Philipp Kuhn (Lebensdaten unklar), einem Offizier der Schutztruppe.¹¹ Dieser schrieb aus Altenburg am 16. April 1902 an Karl von Linden (1838-1910), den damaligen Vorsitzenden des Württembergischen Vereins für Handelsgeographie:

»Altenburg, den 16. IV. 02

Hochverehrter Herr Graf!

Ich habe nun Euer Hochgeboren wieder einen Herrn gefunden, der alle möglichen schönen Sachen für das dortige Museum hat. Ich bin überzeugt, dass er, soviel ich merkte, dieselben an Stuttgart abzugeben bereit sein wird. Der Herr heißt: »Hofrat Wassmannsdorf«, war in Südwestafrika, hat aber auch viele Sa-

chen aus der Südsee pp. Also los an ihn!

Berufen Euer Hochgeboren sich nur auf mich. Er gibt sie ab, die Raritäten.

Adresse: Hofrat Wassmannsdorf, Berlin, Auswärtiges Amt!«

Das Schreiben von Linden an »Herrn Hofrat Wassmannsdorf, Berlin, Auswärtiges Amt« datiert dann auf den 18. April 1902.¹² Darin sind nicht nur die Ausstellungsräume des Museums und einige darin befindliche Objektgruppen beschrieben, auch die Sorgfalt der Etikettierung wird besonders hervorgehoben.

»Sehr geehrter Herr Hofrat!

Wenn ich in diesen Zeilen den Vorzug habe, Euer Hochwohlgeboren Interesse und Sympathie in einer wissenschaftlichen Angelegenheit in Anspruch zu nehmen, so geschieht dies infolge eines Winks des Herrn Oberleutnant Kuhn – Offizier der Kaiserl. Schutztruppe für Deutsch-Südwest-Afrika, welcher mir am 16./17. ds. Mts. die schriftliche Mitteilung gemacht hat, dass Euer Hochwohlgeboren im Besitze einer grösseren Sammlung aus der Südsee und dem eben genannten Schutzgebiete sich befinden und dass er mir rate, Euer Hochwohlgeboren Liberalität mit der Bitte um gütige Ueberlassung Ihrer ethnographischen Gegenstände an das von mir hier gegründete Museum für Völkerkunde anzurufen.

Vor 15 Jahren bin ich dem Gedanken nahe getreten, d[ie] in den hiesigen Staatssammlungen bezüglich der Ethnographie bestehende Lücke durch Gründung eines Museums für Völkerkunde auszufüllen.

Dieser Versuch ist über alle Erwartung gelungen, und ich stehe nun an der Spitze eines ausserordentlich blühenden Instituts, welches über 1.000 qm Grundfläche verfügt und in seinen ca. 35.000 Nummern betragenden Beständen sehr wertvolle, schöne, abgerundete Sammlungen – alles unter Glas und Rahmen gebracht – zeigt; es würde zu weit führen, eine genaue Beschreibung des Museums zu geben; ich begnüge mich mit der Anführung, dass der für Afrika bestimmte Saal eine Länge von 63 m hat und prächtige Sammlungen aus Aegypten, Abessinien, den Galla- und Somaliländern, sowie Madagaskar und Centralafrika zur Ausstellung bringt; meine Sammlungen aus den deutschen Schutzgebieten Afrikas sind sehr groß.

Die Südsee belagend glaube ich unbescheiden genug sein zu dürfen, um zu sagen, dass das in Berlin »Ausgestellte« nicht schöner und kaum reichhaltiger sein dürfte, als was hier zur Ausstellung gebracht ist; meine Schnitzereien beanspruchen allein schon 4 Schaukästen, je ein anderer ist, Masken zum Tanz von Neu-Guinea und Götzen von da gewidmet; zwei weitere Kästen bergen Masken aus anderen Gebieten; ich war sogar in der glücklichen Lage, 3 Originalboote von der Matty-Insel, den

Salomonen und Samoa zu erwerben, welche an Drahtseilen frei in der Luft schweben.

Neben einer sehr hübschen Ausstellung der Indianer Nordamerikas habe ich auch eine grossartige, meist in Federsachen bestehende Sammlung von 11 Chakostämmen in der Nähe des Parana und eine ziemlich große Sammlung vom Xingu, welchen sich eine grosse Sammlung aus Chile, insbesondere Araucanien anschliesst; die Bewunderung aller ist meine Gefässsammlung aus Peru – Grabfunde – und meine 3 Schilde in Federmosaik, sowie ein grosser Götze aus Nephrit aus der Zeit Montezumas.

Um Ihrer Hochwohlgeboren einen weiteren Einblick in die Bestände meines Museums und deren Behandlung zu geben, erlaube ich mir, den jüngst erschienen Geschäftsbericht zu geneigter Einsichtnahme zu übersenden.

Ich bemerke noch, dass jeder Gegenstand mit einer Etikette versehen ist, welche neben der Registernummer, der Originalnummer der Sammlung, den Namen des Gegenstands – wenn erhältlich, auch den der Eingeborenen, sowie den Namen des Geschenkgebers, enthält.

Sollten Euer Hochwohlgeboren auf Grund des Vorgetragenen die Ueberzeugung gewinnen, dass Ihre Sammlung, welche nach der Mitteilung des Herrn Oberleutnant Kuhn besonders schöne und seltene Sachen enthalten muss, in würdiger Umgebung in meinem Museum sich befände, so erlaube ich mir erneut die dringende Bitte, meinem Gesuch ein geneigtes Gehör zu schenken.

Ich bemerke noch, dass Seine Majestät der König das höchste und gnädigste Interesse an meinem Museum nimmt und demselben wiederholt Ausdruck zu geben geruht hat.

Empfangen Euer Hochwohlgeboren die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung und Ergebenheit.«

Am 25. Mai 1902 antwortete »P.[aul] Wassmannsdorf, Kais.[erlicher] Hofrat, Berlin« aus »Bad Kissingen«, dass eine Kiste unterwegs sei.¹³ Im »Inhaltsverzeichnis der dorthin (Württemb. Verein für Handelsgeographie), entsandten Kiste mit ethnologischen Gegenständen« vom Juni 1902 ist die Familienbibel die Nr. 5 und die Peitsche Nr. 4.

»No. 4 Peitsche von Kapitän Hendrik Wittbooi
No. 5 neues Testament (Hottentottensprache) früher demselben Kapitän gehörig

No 4 u. 5 erbeutet beim Sturm auf Hornkranz«.

In den Briefen von Kuhn und Linden werden weder die Peitsche noch die Bibel erwähnt, es ist nur von einer »Sammlung besonders schöner und seltener Sachen« die Rede. Auch der Brief Wassmannsdorfs enthält keine weiteren Informationen zu den beiden Stücken.¹⁴ Wegen

der handschriftlichen Vermerke wird davon ausgegangen, dass es sich um die Bibel Witboois handelt. (Forkl 2007: 111, 123) Bei der Peitsche gibt es außer dem Vermerk Wassmannsdorfs keine weiteren Belege. Die Erwerbsumstände beider Objekte vor 1902 sind unklar. Der Überfall auf Hornkranz datiert auf den 12. April 1893, und Wassmannsdorf war zwischen 1895 und 1898 »kommissarischer Intendant für die Schutztruppe und Chef der Finanzverwaltung« in »Deutsch-Südwestafrika«.¹⁵ (Grimme 2018: 25)

Derzeit liegen keine Dokumente vor, die belegen, wann und von wem Wassmannsdorf die Stücke erwarb. Diese Unsicherheit war noch in den Pressemitteilungen vom 13. November 2018 und 22. Februar 2019 enthalten: »Die Familienbibel und Peitsche aus dem Besitz Hendrik Witboois wurden sehr wahrscheinlich im Jahr 1893 von deutschen Kolonialtruppen bei einem Angriff auf Hornkranz, dem Hauptsitz Witboois, erbeutet.« (PM MWFK 018/2019) Einen Tag vor der Rückgabe war dann alles klar und so konnte am 28. Februar die »baden-württembergische Wissenschaftsministerin Theresia Bauer [...] die von deutschen Truppen im Jahr 1893 erbeutete Familienbibel und Peitsche [...] an den Staat Namibia zurückgeben.« (PM MWFK 021/2019)

2019: Peitsche und Bibel von Stuttgart nach Gibeon

»Unser erster Ansprechpartner ist der Staat«
– Objekte als nationale Symbole

Nach ersten Gesprächen, die im Jahr 2013 begannen, hat sich im Sommer 2018 die »Republik Namibia [...] über die

K&K: Wann wurde, von wem die offizielle Anfrage auf Rückgabe gestellt? Waren in diesen Jahren auf beiden Seiten immer die gleichen Personen einbezogen?

Petra Olschowski (Staatssekretärin MWK): »Den ersten Kontakt gab es bereits im Juni 2013. Damals hatte sich der (damalige) Botschafter wegen der Witbooi-Bibel an das Linden-Museum gewandt. Im Oktober 2013 fand hierzu ein erstes Gespräch des Ministeriums (MWK) mit dem Botschafter statt. Schriftliche Rückfragen des Ministeriums im Nachgang zum Gespräch, insbesondere auch zur Frage, an wen restituiert werden soll, blieben danach längere Zeit unbeantwortet. Die Stelle des namibischen Botschafters war eine gewisse Zeit vakant, bevor 2016 die Funktion mit Andreas B. D. Guibeb besetzt wurde. Im Juli und August 2018 gab es mehrere Schriftwechsel und Telefonate mit dem amtierenden Botschafter, der um Rückgabe der Witbooi-Bibel und der Peitsche bat. Die Botschaft nahm zu diesem Zeitpunkt erstmals eindeutig zur Frage Stellung, an wen die Objekte zurückgegeben werden sollen.« (Mail vom 3. April 2019)

deutsche Botschaft in Berlin an das baden-württembergische Wissenschaftsministerium gewandt und um Rückgabe [...] gebeten.« (PM MWFK 015/2019) Zur Vorbereitung reiste Staatssekretärin Petra Olschowski vom 29. September bis 3. Oktober 2018 mit einer Delegation nach Windhoek und traf dort Vertreter der Regierung Namibias und Angehörige der Familie Witbooi.

Die konkreten Vorbereitungen für die Rückgabe Ende Februar 2019 waren bereits in vollem Gange, als am Verfassungsgerichtshof Baden-Württembergs eine Klage auf »einstweilige Anordnung« eintraf, mit welcher die Nama Traditional Leaders Association (NTLA) die Übergabe im letzten Moment verhindern wollte. Der Clan der Witbooi ist kein Mitglied der 2007 gegründeten NTLA und so ist verständlich, dass in Stuttgart auch dringende Bitten eingingen, »unbedingt an den besprochenen Plänen festzuhalten, da viele ältere Angehörige der Witbooi und Nama die Bibel noch sehen möchten.« (PM MWFK 015/2019) Am 21. Februar wies der Verfassungsgerichtshof von Baden-Württemberg einstimmig den Antrag der NTLA zurück »die geplante Rückgabe von Bibel und Peitsche des Nama-Führers Hendrik Witbooi auszusetzen.« (PM MWFK 016/2019) Es waren einerseits formale Gründe, denn ein Hauptsacheverfahren (Verfassungsbeschwerde) war nicht anhängig (a) und die »Voraussetzungen für den Erlass einer einstweiligen Anordnung« waren nicht substantiiert dargelegt (b). Für den Verfassungsgerichtshof sprach »viel dafür, dass der Rechtsstreit eine Streitigkeit betrifft, die [...] innerhalb Namibias zu klären sein dürfte.« (1 VB 14/19)

Die Objekte haben für über tausend Nachkommen der Familie Witbooi auch eine persönliche Bedeutung, für Orlam- und Nama-Verbände vor allem eine sozial-historische und für den Staat Namibia eine nationale. In den Pressemitteilungen des Ministeriums heißt es, dass Hendrik Witbooi bis heute eine »zentrale Persönlichkeit« sei und als »nationales Symbol im Kampf gegen den Kolonialismus verehrt« werde. (PM MWFK 015/2019) Bibel und Peitsche seien in Namibia »nationale Kulturgüter, die von hervorgehobener kultureller Bedeutung für den Gesamtstaat sind.« (PM MWFK 015/2019) Das Ausbalancieren von persönlicher und nationaler Bedeutung wurde dadurch erleichtert, dass »Vertreter der Familie [...] bei den Gesprächen mit Staatssekretärin Olschowski ausdrücklich erklärten, dass sie [...] mit einer Abgabe der Objekte in staatliche Obhut einverstanden sind.« (PM MWFK 015/2019) Auch weil der öffentliche Zugang möglich sein sollte, wurde eine Rückgabe an den Staat Namibia bevorzugt. Um die persönliche Bedeu-

tung hervorzuheben, wurde als offizieller Übergabeort Gibeon, Stammsitz der Witbooi, im Süden Namibias ausgewählt.

K&K: Welche Erfahrungen haben Sie beim Ablauf gemacht?

Petra Olschowski: »Es gab auf beiden Seiten Klärungsbedarf. Die Hauptfrage war: An wen soll restituiert werden: die Familie Witbooi oder den Staat Namibia. Wir gehen davon aus, dass bei national bedeutenden Kulturgütern wie den Witbooi-Objekten grundsätzlich der Staat unser erster Ansprechpartner sein muss. Es war uns aber von Anfang an wichtig, darüber auch mit der Familie Witbooi zu sprechen. Hierbei hat sich gezeigt, dass die Vertreter der Familie mit einer Rückgabe an den Staat einverstanden waren. Diese Zustimmung wurde auch dadurch verdeutlicht, dass verschiedene Familienmitglieder der Witbooi bei der feierlichen Übergabezeremonie in Gibeon am 28. Februar 2019 aktiv beteiligt waren.

Vor dem Hintergrund unserer ganz frischen Erfahrungen mit der Rückgabe der Bibel und Peitsche Hendrik Witboois an Namibia möchte ich daher unterstreichen: Es muss unser Anliegen sein, bei der Rückgabe von Kulturgütern auch Vertreter der Herkunftsgesellschaften und – soweit Objekte einzelnen Personen zugeordnet werden können – betroffene Familien in das Verfahren einzubeziehen.« (Mail vom 3. April 2019)

Im Linden-Museum Stuttgart waren die beiden Stücke mit erläuternder Sammlungsdokumentation vom 10. Dezember 2018 bis Mitte Februar 2019 ausgestellt. Eine Verabschiedungszeremonie für die schwäbische oder deutsche Öffentlichkeit fand nicht statt.

Da die Rückgabe als »Ereignis von größter nationaler Bedeutung« eingestuft war, reisten die Wissenschaftsministerin, Theresia Bauer, und die Staatssekretärin, Petra Olschowski, mit einer rund 20-köpfigen Delegation aus Politik, Kunst und Wissenschaft sowie Medienvertretern nach Namibia. (PM MWFK 018/2019) Bibel und Peitsche wanderten am 27. Februar »in einer Prozession von Windhoek in den Süden Namibias [...] mit Stationen in Rehoboth, Kalkrand und Mariental. An allen Orten warteten Hunderte von Menschen aller Generationen, um Bibel und Peitsche zu begrüßen.« (PM MWFK 021/2019) Die genannten Städte haben ca. 29.000, etwa 3.000 und ca. 12.000 Einwohner, ein Teil der Menschen war also anderweitig beschäftigt.

An der Übergabezeremonie am 28. Februar in Gibeon nahmen rund 3.000 Menschen teil. (Abb. 5) Während des Staatsaktes erhielt der Präsident Namibias, Hage Geingob, von Wissenschaftsministerin Theresia Bauer die beiden Stücke (Abb. 4) – »in Anwesenheit des Gründungspräsidenten der Republik, Dr. Sam Nujoma, und dem ehemaligen Präsidenten Hifikepunye Pohamba, dem Parlamentspräsidenten Peter

Katjavivi, der Premierministerin Saara Kuugongelwa-Amadhila sowie weiteren Mitgliedern der Regierung und des Parlaments, Vertretern der Herkunftsgesellschaft und der Familie Witbooi.« (PM MWFK 021/2019) Das Original der Familienbibel erhielt der Staat und zwei hochwertige Repliken wurden an die Familie Witbooi und an einen Nama-Verband überreicht. Von Gibeon aus soll die Bibel zunächst ins Nationalarchiv kommen, wo auch Briefe Witboois aufbewahrt werden, und die »Peitsche ins Nationalmuseum, bis in Gibeon ein Museum gebaut wurde.« (PM MWFK 018/2019)



Abb. 4 Theresia Bauer und Hage Geingob bei Übergabe der Peitsche



Abb. 5 Teilnehmer der Übergabezeremonie in Gibeon am 28. Februar 2019

2019: Interview¹⁶ mit Petra Olschowski, Bündnis 90/Die Grünen (Abb. 3, zweite von rechts) Staatssekretärin im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst (Baden-Württemberg)

K&K: Welche Gremien waren an der Entscheidung zur Rückgabe der beiden Objekte beteiligt?

Petra Olschowski: »Zunächst hatte sich der Ministerrat des Landes in einem Kabinettsbeschluss für eine Rückgabe ausgesprochen. Dann hat der Landtag entschieden, im Rahmen des Nachtragshaushaltes zum Haushalt 2018/19 die erforderliche haushaltsrechtliche Ermächtigung für die Rückgabe aufzunehmen. Erfreulich war hierbei der überparteilich hohe Konsens zur Rückgabe der beiden Objekte.«

K&K: Welche Überlegungen waren grundlegend für die Entscheidung, was sprach für eine Rückgabe?

Petra Olschowski: »Es waren drei Fragen zu beantworten: Unter welchen Umständen wurden die Objekte damals erworben? Welche Bedeutung haben diese heute für Namibia? An wen sind die Stücke zurückzugeben? Es liegt einer der sehr seltenen Fälle vor, dass sowohl der damalige Eigentümer als auch seine heutigen Nachfahren eindeutig bekannt sind. Die Erwerbsumstände lassen vermuten, dass beide Stücke im Rahmen von Kriegshandlungen in das Eigentum des Sammlers kamen. Selbst wenn es nach damaliger Rechtslage kein unrechtmäßiger Erwerb war, und somit rechtskräftig Eigentum erworben wurde, kamen wir zu dem Ergebnis, dass es in diesem Fall aus heutiger Sicht eine moralische Verpflichtung zur Rückgabe gibt. Die Bibel und die Peitsche haben einen sehr hohen Symbolwert für die Menschen und für die gesamte Republik Namibia.«

K&K: Sind die derzeitigen Regelungen ausreichend oder wären bei weiteren Rückgaben neue Verordnungen oder Gesetze hilfreich?

Petra Olschowski: »Jede Restitution ist eine Einzelfallentscheidung. Die Untersuchung der Sammlungsgeschichte lohnt sich und wir müssen uns die Objekte genau ansehen. Nicht die schnelle Rückgabe, sondern die schnelle Reaktion, die sofortige Aufarbeitung der Provenienz und den Beginn kooperativer Projekte halte ich für entscheidend. Wichtig ist, glaubwürdig zu

sein und ernsthaft und schnell zu arbeiten. Es geht ja nicht nur um die Geschichte der afrikanischen Länder, sondern auch um unsere eigene. Das gibt jungen Menschen hier wie dort die Möglichkeit, sich gemeinsam mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Wir befürworten eine allgemeine haushaltsrechtliche Ermächtigung für die Rückgabe von belasteten Kulturgütern aus kolonialem Kontext, wie wir sie für den Bereich des NS-Raubgutes bereits haben – auch als Signal. Für weitergehende gesetzliche Regelungen sehen wir keinen Bedarf.«

K&K: Was wäre Ihr Vorschlag, wenn die Anzahl zunehmen sollte?

Petra Olschowski: »Ich vermute, dass es bei zukünftigen Rückgabeanfragen meist um für die Herkunftsstaaten besonders symbolträchtige Objekte gehen wird. Die teilweise geäußerte Sorge, unsere ethnologischen Museen würden leergefegt, teile ich nicht.«

K&K: Hat die mediale Stimmungslage pro Restitution die Entscheidung beeinflusst?

Petra Olschowski: »Wir waren bereits intensiv im Gespräch mit Namibia über die Rückgabe der Kulturgüter, bevor das Thema in Deutschland über den Savoy/Sarr-Bericht an Fahrt aufgenommen und diese Aufmerksamkeit bekommen hat – wofür ich dankbar bin.«

K&K: Vor welchen Herausforderungen stand aus Ihrer Sicht das Linden-Museum bei dem Restitutionsprojekt?

Petra Olschowski: »Die Inventarlisten waren rudimentär und der Wissensstand zur Sammlungsgeschichte der Objekte musste erst erarbeitet werden, was mit der lückenhaften Dokumentation nur teilweise gelang. Wir müssen die Digitalisierung vorantreiben, jedes Objekt sollte mit mehreren Fotos und der gescannten Dokumentation online einsehbar sein. Erst dies ermöglicht weltweit den Zugriff auf die Sammlungsbestände und maximale Transparenz. Sehr wichtig war die offene Haltung im Museum, denn nicht alles kann allein erarbeitet werden. Die an den Universitäten Tübingen vorhandene Fachkompetenz konnte bei dem Projekt 'Schwieriges Erbe' eingebunden werden. Das war auch für das Linden-Museum eine Riesenchance mehr über die eigene Geschichte zu erfahren. Bei derartigen Projekten brauchen wir aber auch die einheimischen Spezialisten und die Partnerschaft mit den jeweiligen afrikanischen Ländern.«

K&K: Gibt es einen Zeitplan bis wann die Digitalisierung und die Bestandeserfassung der Objekte im Linden-Museum abgeschlossen sein wird? Gibt es eine Kostenschätzung?

(Das Linden-Museum hat etwa 160.000 Objekte, die Kosten würden bei etwa 6 bis 8 Millionen Euro liegen.)¹⁷

Petra Olschowski: »Das ist heute schwer zu bemessen. Wir stehen hier ganz am Anfang. Klar ist, dass die große Aufgabe, die Sammlungen zugänglich zu machen, von den Museen nur mit zusätzlichen Ressourcen zu leisten ist. Wichtig ist, dass wir jetzt sofort starten.«

K&K: Für welchen Zeitraum ist die Provenienzforschung im Linden-Museum derzeit ausgelegt?

Petra Olschowski: »Aktuell arbeiten im Linden-Museum zwei Wissenschaftler intensiv an der Aufarbeitung der Provenienz von Kulturgütern, die in kolonialem Kontext erworben wurden; der eine zu Namibia und Kamerun, gefördert vom Land Baden-Württemberg, und der andere mit breiterem Fokus, gefördert von der Kulturstiftung des Bundes. Hierfür stellen wir aktuell jährlich rund 35.000 Euro zusätzlich zur Verfügung.«

K&K: Können zwei bis drei Jahre ausreichend sein, wenn historische Netzwerke in Dutzenden von Ländern und Hunderten Regionen zu rekonstruieren sind sowie Wissen zu Materialien, Techniken und Objekttypen von mehreren tausend Ethnien zu erarbeiten ist? Besteht nicht die Gefahr, dass mit den eingearbeiteten Wissenschaftlern nach wenigen Jahren auch das Wissen wieder verschwindet?

Petra Olschowski: »Wie gesagt: Wir haben jetzt den ersten Schritt getan. Mein Ziel ist, dass wir diesen Weg der Aufarbeitung unseres kolonialen Erbes konsequent weitergehen und auch für die anhaltende wissenschaftliche Expertise sorgen.«

K&K: Eigentümer der Sammlungen sind überwiegend Bundesländer und Kommunen, welche Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit dem Bund sehen Sie?

Petra Olschowski: »Wir haben vor wenigen Wochen in der neuen Kulturministerkonferenz gemeinsam mit der Beauftragten des Bundes für Kultur und Medien und dem Auswärtigen Amt sowie mit den kommunalen Spitzenverbänden Eckpunkte für den Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten beschlossen. Darin bekennen wir uns zur historischen Verantwortung im Zusammenhang mit der deutschen Kolonialherrschaft und dazu, die Kolonialgeschichte als Teil unserer gemeinsamen gesellschaftlichen Erinnerungskultur aufzuarbeiten.«

Wir haben uns darauf verständigt, die Herkunftsgeschichte von Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten umfassend aufzuarbeiten und alle Objekte, die sich in Deutschland befinden, zu dokumentieren und zu veröffentlichen. Menschen aus Herkunftsstaaten und Herkunftsgesellschaften sollen die Möglichkeit bekommen, sich über die Bestände zu informieren und Hilfestellung zu erhalten. Wir wollen auch die Voraussetzungen für Rückführungen von menschlichen Überresten und für Rückführungen von Kulturgütern schaffen, deren Aneignung in rechtlich und ethisch heute nicht mehr vertretbarer Weise erfolgte. Nun müssen diese Eckpunkte in konkrete Schritte übersetzt werden.«

2016-2018: Provenienzforschung im Linden-Museum

Das Projekt »Schwieriges Erbe« startete im März 2016 und war im Rahmen der Exzellenzinitiative der Universität Tübingen finanziert. Der Projektantrag nennt drei Probleme, »die eine systematische Provenienzforschung zu Objekten aus kolonialen Kontexten erschweren: eine lückenhafte Objekt- und Sammlungsdokumentation in den Museen, der Umfang ethnografischer Sammlungsbestände und [...] Fragen der moralisch-ethischen Bewertung von Erwerbskontexten.« (Grimme 2018: 57) Mit der Auswertung der Inventarbücher und der Museumsdatenbank zu den Beständen aus drei Regionen wurde im Oktober 2016 begonnen und 18 Monate später der Abschlussbericht vorgelegt.

Projektbeteiligte und Ziele

Das Linden-Museum arbeitete mit zwei Instituten der Eberhard Karls Universität Tübingen zusammen: dem Asien-Orient-Institut (Gabriele Alex) und dem Ludwig-Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaft (Thomas Thiemeyer). Alex ist Ethnologin und hat zum Thema medizinischer Pluralismus und Diversität in Indien und zur Ethnologie der Kindheit geforscht. Thiemeyer beschäftigt sich mit Museumsforschung und Fragen der deutschen Erinnerungskultur aus volkswissenschaftlich-kulturwissenschaftlicher Perspektive. Einbezogen waren weiterhin zwei Kuratoren des Linden-Museums. Sandra Ferracuti ist für den gesamten Kontinent Afrika und Ulrich Menter für ganz Ozeanien zuständig.

Ziel des Projektes war laut Pressemitteilung des Linden-Museums vom 2. Februar 2016 »den museologischen und wissenschaftlichen Umgang mit kolonialzeitlichen Objekten in ethnologischen Museen« zu untersuchen. Die »Herkunft und Biografien von Sammlungen und Sammlungsobjekten, die

im kolonialen Zusammenhang in Museen« gelangten, sollten festgestellt werden, und dabei wollten sich die Beteiligten »der Herausforderung des Museums im Kontext gesellschaftlicher Diversität« stellen. Außerdem sollten »zudem externe Wissenschaftler aus den Bereichen Museologie, Ethnologie sowie weiteren Sozial- und Geisteswissenschaften sowie Aktivistengruppen und Vereine, die eine weitreichende postkoloniale Reflexion in der deutschen Gesellschaft einfordern, kooperativ« eingebunden werden. (PM LM, 2. Februar 2016)

Zwölf Professoren¹⁸ werden als »Beteiligte Wissenschaftler« genannt und weitere zehn Akademiker als »Externe Kooperationspartner«. (PM LM März/2016)

Öffentlicher Auftakt war die Tagung »Schwieriges Erbe. Koloniale Objekte – Postkoloniales Wissen« am 24. April 2017. Hier referierten Historiker zum »Kolonialismus seit dem Ersten Weltkrieg« (z. B. Andreas Eckert) sowie Kultur- und Sozialanthropologen zu Themen wie »Museum und postkoloniale Kritik« (Friedrich von Bose) und »Dezentrierung europäischer Museen durch transkulturelle Zusammenarbeit« (Phillipp Schorch). Zwar waren einzelne Objekte oder Sammler des Stuttgarter Museums kein Thema, aber zum »Umgang mit kolonialzeitlichen Objekten« konnten alle etwas sagen.

Zwischen Oktober 2016 und März 2018 war dann die Ethnologin und Historikerin Gesa Grimme mit den Auswertungen beschäftigt und verfasste den Abschlussbericht.

Interview¹⁹ mit Gabriele Alex und Thomas Thiemeyer (Universität Tübingen)

K&K: Warum der Titel »schwieriges Erbe«?

Thomas Thiemeyer: Den Titel haben wir gewählt, um darauf hinzuweisen, dass ethnologische Bestände aktuell stark in der Kritik stehen aufgrund ihrer unklaren Provenienzen. Die Herkunft vieler Objekte aus kolonialen Kontexten macht sie verdächtig, aus direkten oder zumindest mittelbaren Gewaltkontexten zu stammen.

Gabriele Alex: Schwierig ist es aber auch, einen neuen zeitgerechten Umgang mit den Objekten zu entwickeln, z. B. die Techniken der Provenienzforschung für Objektgruppen und Einzelobjekte und neue Präsentationsformen zu entwickeln.

K&K: Wurden die 2016 formulierten Ziele erreicht? Was ließ sich nicht erreichen?

Thomas Thiemeyer: Wesentliche Ziele wurden erreicht: Wir haben deutlich bessere Kenntnisse der Provenienzen von drei Be-

ständen des Linden-Museums dank der Provenienzforschung, die eine der ersten systematischen Auswertungen ganzer Bestände in Deutschland war. Zudem haben wir ein besseres Verständnis der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten rund um das Thema Kolonialismus in Deutschland bekommen und neue gesellschaftliche Zusammenhänge herstellen können. Schließlich hat sich in Tübingen um das Projekt herum eine Gruppe von Wissenschaftlern unterschiedlicher Disziplinen gebildet, die den kolonialen Spuren an unserer Uni nachgehen und sich mit der aktuellen europäischen Debatte weiter beschäftigen werden. Das ist für die Nachhaltigkeit ganz wichtig.

K&K: Sind zusätzlich zum Abschlussbericht weitere Publikationen geplant?

Thomas Thiemeyer: Es gab bereits Publikationen, zuletzt einen Aufsatz zu den Stuttgarter Restitutionen in der Zeitschrift *Merkur* (Mai 2019). Ein größerer Essay erscheint in der Sommer-Ausgabe der Zeitschrift *Critical Inquiry* aus Chicago. Im Herbst erscheint zudem ein ‚Forum‘ zum Thema in der Zeitschrift für Volkskunde. Und das Thema wird uns weiter beschäftigen, insbesondere mit Blick auf Baden-Württemberg, wo die Landesregierung gerade eine groß angelegte Afrikastrategie auf den Weg bringt.

K&K: Wie war die Zusammenarbeit mit den »Beteiligten Wissenschaftlern« und den »Externen Kooperationspartnern«? Welche konkreten Ergebnisse sind durch wen eingeflossen?

Thomas Thiemeyer: Die KollegInnen waren in ganz unterschiedlichem Maße beteiligt – über Vorträge, Beratungen, Workshops oder die dauerhafte Mitarbeit im Projektteam. Insbesondere die Kollegen aus Tübingen aus anderen Disziplinen haben sich langfristig eingebracht und bilden jetzt den Kern der oben erwähnten Arbeitsgruppe, die sich mit dem Thema Kolonialismus weiter beschäftigt.

K&K: Wie war die Zusammenarbeit mit dem Linden-Museum?

Thomas Thiemeyer: Die Zusammenarbeit war sehr konstruktiv, wenngleich es etwas gedauert hat, bis sich die Universitäts- und die Museumswelt aneinander gewöhnt hatten. Wie immer bei solchen Kooperationen braucht es ein bisschen, bis die unterschiedlichen institutionellen Logiken zusammenfinden und die diversen Erkenntnisinteressen klar sind. Dafür hatten wir mit Jan Hinrichsen zum Glück einen Projektkoordinator, der das mit viel Einfühlungsvermögen moderiert hat. Die Zusammenarbeit war aber von Beginn an sehr offen und nicht von Miss-

trauen geprägt. Ich denke, beide Seiten haben viel voneinander gelernt. Für mich z. B. war der Blick der Kuratoren auf ihre Bestände wichtig. Auch war mir zuvor nicht klar, an wie vielen Stellen es bereits Kontakte zwischen dem Linden-Museum und den Herkunftsgesellschaften gab und wie intensiv die Debatte innerhalb der ethnologischen Museen inzwischen geführt wird.

Gabriele Alex: Sehr erfolgreich war die Internationale Konferenz ‚Schwieriges Erbe: Koloniale Objekte - Postkoloniales Wissen‘, die 2017 im Linden-Museum ausgetragen wurde. Durch die Diskussion mit Wissenschaftlern, Kuratoren und Source Communities wurde das Thema breit diskutiert. Durch die intensive Beschäftigung mit der Tübinger Sammlung und der des Linden-Museums hat sich gezeigt, wie eng verzahnt die Geschichte beider Sammlungen ist. Die Archivlage für die Tübinger Sammlung ist schwierig, wir sind noch im Prozess der Digitalisierung.«

K&K: Welche empirischen Beweise für koloniale Gewalt wurden gefunden? Bei welchen Objekten gelang der Nachweis eines Raubes?

Thomas Thiemeyer: Es gibt einige Bestände, die aufgrund der Biografie ihres Objektgebers als Raubgut zu bewerten sind. Das sind für Namibia etwa die 17 Objekte der Sammlung des Oberleutnants Buttlar-Brandenfels, die aus dem Krieg gegen die Herero stammen. Vor allem bei Körperschmuck und Hausrat, den Buttlar-Brandenfels nach Kämpfen mitgenommen hatte, ist der Gewaltkontext evident – etwa bei dem Hals- und Beinschmuck (Inv. Nr. 054061, 054065), der von einer Frau stammt, die beim Angriff von einer Granate getötet worden war. Ein anderer Beinschmuck (054066) stammt von einer verwundeten Frau, die man gefangen genommen hatte. Allerdings gibt es nur sehr selten Informationen der Bestandsbildner zum Erwerb einzelner Objekte. Das heißt aber nicht, dass sie deshalb unproblematisch sind.

Ziel der Provenienzforschung war es aber nicht, die Sammlungen reinzuwaschen, sondern sie – jenseits der Schuldfragen – besser zu verstehen. Die Forschungen zeigten, dass die Bestände in ganz unterschiedliche koloniale Strukturen eingebunden waren, die nicht nur den Erwerb betrafen. Gesa Grimme schreibt dazu im Bericht: „Nicht allein ihr Erwerb, sondern auch der Transport und die spätere Verwendung in den Museen sind als Ausdruck der kolonialen Machtverhältnisse zu verstehen.“ Es zeigen sich Verflechtungen, Machtasymmetrien und viele Ambivalenzen. Klar ist aber: Ohne koloniale Strukturen hätte eine Sammlung wie die von Lindens in diesem Umfang nicht entstehen können.«

2018: Der Abschlussbericht

Die Untersuchung basiert auf den Inventarbucheinträgen zu drei regionalen Objektbeständen aus den ehemaligen deutschen Kolonien »Deutsch-Südwestafrika« (ca. 2.200), »Kamerun« (ca. 16.500) und »Deutsch-Neuguinea« (ca. 6.600). Insgesamt sind es ca. 25.300 Inventarnummern. (Grimme 2018: 10) »Sie verteilen sich auf ca. 640 einzelne Konvolute von Objekten [...] die] von 314 Personen und Institutionen überlassen wurden.« (Grimme 2018: 18) Ob und in welchem Zustand die einzelnen Objekte vorhanden sind, wurde nicht geprüft.

Methode

Da im Linden-Museum die Daten zu den Einliefernden nie systematisch erfasst wurden, sind deren Lebensdaten und Arbeitsbereiche nur in wenigen Fällen dokumentiert. Sehr häufig ist nicht einmal der Vorname bekannt. Daher waren zunächst die biografischen Informationen zu prüfen und zu ergänzen. »Von zentraler Bedeutung« war für Grimme, »ob sich die Objektgeber*innen in den Herkunftsregionen ihrer Sammlungen aufhielten und welchen Anteil sie an deren Kolonialisierung hatten.« (Grimme 2018: 9)²⁰ Weitere Informationen zu den »ermittelten Namen« wie »Adressen, Lebensdaten, Aufenthaltsorte und Details zum Lebensverlauf« (Grimme 2018: 14), finden sich in den Eingangsakten und den »Zuwachsbüchern«. (Grimme 2018: 13) Letztere sind Journale, in denen chronologisch Erwerbsdaten eingetragen wurden, z. B. Name und erworbene Objektzahl.

Die Eingangsakten sind auf zwei Standorte verteilt: das Linden-Museum und das Staatsarchiv in Ludwigsburg. Im Museum wurden im Laufe der Zeit zu einigen Einlieferern Handakten angelegt, die Listen und Briefe enthalten können. Diese Blätter wurden der Sammlungsdokumentation entnommen, die sich im Staatsarchiv Ludwigsburg befindet und wohl noch mehr Dokumente enthält, bisher aber nicht systematisch gesichtet wurde.²¹

Eine weitere Quelle sind die Jahrbücher²², die bis 1910 (Tod Lindens) jährlich erschienen und die »Auskunft zu Vereinsmitgliedern, den Tätigkeiten des Vereins, der Entwicklung der Bibliothek und den im Berichtszeitraum eingegangenen Sammlungen geben.« (Grimme 2018: 14) Die Eingangsakten im Museum und die Jahrbücher wurden von Grimme nicht systematisch ausgewertet, und gänzlich unbekannt sind die möglichen Bestände im Staatsarchiv. Denn in »Anbetracht dieser Materialfülle und 314 zu recher-

chierenden Personen konzentrierte sich die Prüfung der Korrespondenzen in erster Linie auf die Ermittlung der oben genannten Rahmendaten.« (Grimme 2018: 14)

Nach der namentlichen Identifizierung war die »Anzahl der Konvolute und Objekte« je Einlieferer festzustellen, was ohne die bereits vorhandenen Einträge in der Museumsdatenbank in der verfügbaren Zeit nahezu unmöglich gewesen wäre. (Grimme 2018: 13) Weiterhin wurden die Zeiträume festgestellt, »in denen [die] Objektgeber*innen für das Museum aktiv waren« und diese in fünf Abschnitte²³ eingeteilt: »vor 1900«, »1900-1920«, »1920-1950«, »1950-1990« und »nach 1990«. (Grimme 2018: 15) Die Personen wurden in elf Kategorien sortiert: »Militär«, »Kolonialverwaltung & -politik«, »Mission«, »Forschungsreisen«, »Kolonialwirtschaft«, »Ethnographica-Handel & -Tausch«, »Erben«, »Privatsammlung«, »Einzelobjekte/Kleinstbestand«, »Linden-Museum« und »Zuordnung nicht möglich«. (Grimme 2018: 15 f.) Die ersten fünf Kategorien basieren auf Berufsgruppen oder Tätigkeiten, bei denen auf einen Erwerb vor Ort zwischen 1884-1915 geschlossen werden kann, während bei den folgenden sechs Kategorien ein solcher primärer Bezug fehlt. Der zeitliche Bezug müsste hier jeweils pro Einlieferer herausgearbeitet werden.

Ergebnisse

Zwischen 1884 und 1920 gelangten aus den drei Regionen »knapp 91 % – ca. 23.200 Objekte [...] in die Sammlung des Vereins«. (Grimme 2018: 18) Da die Ergebnisse regional ähnlich sind, wird hier nur auf das Beispiel Kamerun Bezug genommen. Grimme nennt für den obigen Zeitraum ebenfalls 91 % (Grimme 2018: 31) und verweist auf den großen Anteil »an Jagd- und Kriegswaffen: Pfeile, Speere, Dolche, Messer und Gewehre machen ca. 40 % der Objekte aus.« (Grimme 2018: 32) Etwas niedrigere Waffenzahlen wurden mit Hilfe der Museumsdatenbank auch bei den Beständen zu Namibia und zum Bismarck-Archipel ermittelt.

Weiterhin ist Grimme der Meinung, dass sich »der im Projekt gewählte akteurzentrierte Ansatz [bewährte], mit dem auch große Objektzusammenhänge wie der ca. 16.500 umfassende Kamerun-Bestand in relativ kurzer Zeit geprüft werden konnten.« (Grimme 2018: 58) Insgesamt sind mit dem Ansatz etwa 74 % der Objekte Personen zugeordnet, die in die Kategorien »Militär« (35 %), »Kolonialwirtschaft« (21 %) und »Kolonialverwaltung & -politik« (18 %) sortiert wurden. »Aufenthalte in den deutschen Kolonialgebieten lassen sich [...] für 131 der 206 bis 1920 aktiven Objektgeber*innen be-

legen.« (Grimme 2018: 19) Zu einem grundsätzlichen Problem dieser Kategorienbildung heißt es: »Persönliche und berufliche Veränderungen im Lebensverlauf sowie einander überlappende Kategorien [...] lassen sich derzeit nicht abbilden.« (Grimme 2018: 57) Unklar bleibt, von wie vielen Personen mit derartigen »Veränderungen im Lebensverlauf« auszugehen ist. Wenn es viele waren, und danach sieht es aus, dann ist dies ein wesentliches Argument gegen eine solche Kategorisierung.

An mehreren Stellen verweist Grimme darauf, dass »tiefergehende Forschungen zu einzelnen Aspekten angesichts der kurzen Projektlaufzeit von 18 Monaten und der Zielsetzung, zunächst einen Sammlungsüberblick zu erstellen, nur in Ansätzen möglich« waren. (Grimme 2018: 58) Trotzdem erhebt sie den Anspruch, dass die »damit erfolgende Strukturierung der Bestände nach Eingangszeiträumen und Betätigungsfeldern der Akteure [...] zugleich deren Neukategorisierung nach kolonialhistorischen Gesichtspunkten« erlaubt. Die Einteilung nach Tätigkeits- bzw. Berufsgruppen soll »ein erster Überblick zu den kolonialen Hintergründen der bearbeiteten Bestände [sein], mit dem sich Sammlungen, Objektgruppen; Akteure und Themen identifizieren lassen, zu denen besonders dringlicher Forschungsbedarf besteht.« (Grimme 2018: 57) Ähnliches findet sich eine Seite vorher: »Der hier erprobte Ansatz zur Provenienzforschung dient als Erstcheck, mit dem sich Zusammenhänge zwischen Sammlungsentstehung und kolonialen Strukturen herausarbeiten lassen. Den Erwerbskontexten der Sammlungen wurde sich dabei über die Biografien der Objektgeber*innen angenähert.« (Grimme 2018: 56)

Damit stellt Grimme Ergebnisse in Aussicht, die sie – nach eigenen Worten – mit der von ihr gewählten Methode nicht erzielen kann. Mit Objektgruppen hat sie sich nicht befasst und Einzelbiografien oder Fallstudien zu Sammlungen hat sie nicht erarbeitet, denn »von einer eingehenden Prüfung der Korrespondenz mit den Objektgeber*innen [wurde] aufgrund des Umfangs der zu bearbeitenden Bestände abgesehen«. (Grimme 2018: 57) Wie also könnte etwas Substanzielles zur »Sammlungsentstehung und kolonialen Strukturen« und den »Erwerbskontexten der Sammlungen« gesagt werden?

Wegen der oben genannten »lückenhaften Objekt- und Sammlungsdokumentation in den Museen« wird sich in nur ganz wenigen Fällen der Erwerbskontext rekonstruieren lassen. Grimme schreibt, dass »das vorhandene Material eine Erarbeitung von Einzelprovenienzen nur selten erlaubt – die datumsgenauen Angaben von Buttlar-Brandenfels zur Erbeutung der [17] Objekte seiner Sammlung bleiben eine

Ausnahme.« (Grimme 2018: 57) Obwohl dieser Fall außergewöhnlich ist, konnte der »Vorname im Rahmen des Projekts bisher nicht ermittelt werden«. (Grimme 2018: 27, Fußnote 42, 44).²⁴ Trotz der richtigen Feststellung, dass »das vorhandene Material eine Erarbeitung von Einzelprovenienzen nur selten erlaubt«, kommt Grimme zu einer optimistischen Einschätzung proaktiver Provenienzforschung. »Hierzu gehören die Benennung von Beständen, die für eine gemeinsame Bearbeitung mit Partnern aus ihren Herkunftsregionen vorzusehen sind, aber auch für solche, bei denen eine Sondierung der Rückgabemöglichkeiten – beispielsweise die Recherche geeigneter Ansprechpartner*innen und möglicher Erben – geboten scheint.« (2018: 59)

Was bedeutet Herkunftsregion? Sind damit die Nachfahren der Hersteller/ Nutzer oder die Vertreter einer Sprachgruppe/Ethnie gemeint? Damit stellt sich auch die Frage, wer die Objekte im Inventarbuch und in der Museumsdatenbank regional zugeordnet hat und, ob diese Zuordnung richtig ist.

ab 2019: Die Namibia-Initiative – Geplante Kooperationsprojekte

In ihrer Rede in Windhoek am Mittwoch, dem 27. Februar, verkündete Wissenschaftsministerin Theresia Bauer: »Die Rückgabe kolonialer Kulturgüter ist für uns der Ausgangspunkt für einen intensiven Dialog und neue, starke Partnerschaften mit den Herkunftsgesellschaften. Das ist der baden-württembergische Weg [...]. Wir wollen die gemeinsame Kolonialgeschichte auch gemeinsam aufarbeiten und heute ein neues Kapitel der Zusammenarbeit aufschlagen.« (PM MWFK 020/2019) Weiterhin heißt es: »Das Land bindet die erste Rückgabe kolonialer Kulturgüter aus einem Museum in Baden-Württemberg an Namibia in eine Gesamtstrategie ein, zum Umgang mit seinem kolonialen Erbe: die Namibia-Initiative.« (PM MWFK 020/2019) Das Ziel ist, »einen langfristigen Dialog zu etablieren und dabei Wissen, Erfahrungen und Interpretationen auszutauschen.« (PM 20/2019) Mit unterschiedlichen Partnern sollen in den nächsten zwei bis drei Jahren vier Themenbereiche bearbeitet werden:

- die historische Aufarbeitung und Vermittlung im Schulunterricht,
- der Umgang mit musealen Sammlungsgegenständen,
- Kolonialismus in der Literatur,
- zeitgenössische künstlerische Perspektiven auf das koloniale Erbe.

Eine der zentralen Fragen ist »die gemeinsame Erschlie-

ßung, Aufarbeitung und Zugänglichmachung von Sammlungen und Archiven, historischen Fotos und Dokumenten sowie deren digitale Präsentation.« (PM 20/2019) In einem ersten Schritt steht für diese länderübergreifende Kooperation von Museen, Hochschulen und Archiven ein Gesamtbetrag von 1,25 Millionen Euro zur Verfügung.

Provenienzforschung im Linden-Museum

Seit Oktober 2018 sind zwei Wissenschaftler mit der weiteren Aufarbeitung der Sammlungsgeschichte befasst. Der Ethnologe Christoph Rippe widmet sich Namibia und der Historiker Markus Himmelsbach ist für weitere Regionen Afrikas und Ozeaniens zuständig. Erstere Stelle (70 % Arbeitszeit) ist vom Land Baden-Württemberg zunächst auf zwei Jahre finanziert und die zweite (100 % Arbeitszeit) von der Kulturstiftung des Bundes auf drei Jahre ausgelegt.

Der Bestand aus Namibia liegt laut Inventarbuch bei etwa 2.220 Objekten, bestehend aus 92 Konvoluten von 68 Einlieferern. Mit den Einträgen in der Museumsdatenbank können etwa 25 % der Objekte den Herero (ca. 560 Objekte), ca. 22 % den Ovambo (ca. 495 Objekte), ca. 20 % den San ca. 460 Objekte und ca. 100 Objekte den Nama (4,5 %) zugeordnet werden. Der Anteil an Jagd- und Kriegswaffen liegt bei etwa 22,5 %, wobei es sich insbesondere um Pfeile und Pfeilspitzen (ca. 430 Objekte) handelt. (Grimme 2018: 23)

Die Projektskizze des Linden-Museums vom März 2019 sieht drei Phasen vor. »Nach einer ersten Sondierung der Sammlung durch das National Museum of Namibia und die dokumentarische Aufnahme der Sammlungen werden jeweils zwei Vertreter der Nama und Herero eingeladen, mit der Afrikanistin Sandra Ferracuti und dem Provenienzforscher Christoph Rippe an den Sammlungen zu arbeiten.« Weiterhin sollen in dieser ersten Phase von einer Person (100 % Stelle) innerhalb eines Jahres alle 2.220 Inventarnummern fotografisch erfasst werden und »im Rahmen des Projektes ‚Neue Wege ins Museum II‘ online gestellt werden.« In der zweiten Phase werden sich jeweils zehn Studenten der Universitäten Namibia und Tübingen in zwei »Workshops gemeinsam den Sammlungen und deren Kontexten widmen«. In Stuttgart werden »die Ergebnisse aus der ersten Projektphase behandelt« und die Studenten sich mit »neuen musealen Wegen der Präsentation von Geschichte und Gegenwart« befassen. In Windhoek sind dann die »historischen Sammlungen aus dem Nationalmuseum« der Ausgangspunkt. »Hier sollen ebenfalls die Kontexte der Objekte erarbeitet und über deren Rol-

le in den Narrativen des Museums diskutiert werden. An beiden Workshops beteiligt sind jeweils zwei Vertreter von Heritage Watch (Nama) und Ovaherero Genocide Foundation (Herero) um eine Brücke zu den Communities zu schaffen.« Während der dritten Phase ist eine gemeinsame Feldforschung dieser namibischen Studenten bei Nama- und Herero-Gruppen in Zusammenarbeit mit der Museum Association of Namibia, der Ovaherero Genocide Foundation und Heritage Watch geplant, »um die Ergebnisse aus der Sammlungs-Bearbeitung und der Workshops mit den Communities zu teilen und neue Sichtweisen einzuarbeiten, die dann an das Linden-Museum Stuttgart zurückgespiegelt werden.« Als Ergebnisse für die Öffentlichkeit sind eine deutsch-namibische Publikation geplant und eine Ausstellung im Jahr 2023, die »sowohl in Stuttgart als auch in Windhoek mit Objekten aus beiden Sammlungen gezeigt werden soll.«

Austausch und Know-how-Transfer zwischen Archiven

Partner: Nationalarchiv Namibia, Landesarchiv Baden-Württemberg

Ziel: Die historischen Quellen des Nationalarchivs dauerhaft zu sichern und den Zugang zu ihnen zu verbessern.

Themen: Langzeitarchivierung digitaler Dokumente und Online-Präsentation

»Das Landesarchiv berät das Nationalarchiv beim Ausbau der technischen Infrastruktur. Es wird ein Austausch- und Schulungsprogramm für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des namibischen Nationalarchivs im Landesarchiv und im Bundesarchiv geben – ein ausdrücklicher Wunsch von namibischer Seite. Es geht dabei um Archivmanagement, Bestandserhaltung, Restaurierung und Digitalisierung, Online-Präsentation von Zugangsdaten und Dokumenten sowie Ausstellungstechnik.« (PM 20/2019)

Kolonialismus im Unterricht

Partner: Pädagogische Hochschule und Universität (beide Freiburg), Universität von Namibia und das National Institute for Educational Development in Okahandja

Ziel: Das Entwickeln neuer Konzepte der Lehrerbildung.

Themen: Die Zeit des Kolonialismus ist bisher in Schulbüchern und im Unterricht in Deutschland unterrepräsentiert. »Was lernen angehende Lehrkräfte bereits im Studium über die Kolonialgeschichte und wie vermitteln sie ihr Wissen? Es geht insbesondere darum, die Perspektive von Repräsentanten der Herkunftsgesellschaften und der Wissenschaft einzubeziehen.« (PM 20/2019)

Kolonialismus in der Literatur

Partner: Universität von Namibia, Deutsches Literaturarchiv Marbach

Ziel: Die Erforschung der Rolle der Deutschen Kolonialliteratur.

Themen: Die öffentliche »Aufarbeitung der Geschichte deutscher Namibia-Projektionen und Afrika-Phantasmen von der Zeit des Kaiserreichs (ca. 1880-1918) bis in die Gegenwart. Wichtige Etappen werden eine Ausstellung sein, in der das Thema gemeinsam öffentlich präsentiert und diskutiert wird, eine wissenschaftliche Tagung und eine Autorentagung, begleitend sind Veranstaltungen in Baden-Württemberg und in Namibia geplant.« (PM 20/2019)

Zeitgenössische künstlerische Perspektiven auf das koloniale Erbe

Partner: Akademie Schloss Solitude, deutsche und namibische Kuratoren

Ziel: Durch die Auseinandersetzung mit Fragen des kolonialen Erbes soll die Grundlage für die Zukunft gegenseitiger Kulturbeziehungen geschaffen werden.

Themen: Geplant ist »eine von deutschen und namibischen Kuratoren gemeinsam gestaltete Konferenzreihe, die zeitgenössische künstlerische und wissenschaftliche Perspektiven in den Vordergrund stellt. Um die Kunstszene beider Länder zu verbinden und interkulturelle Netzwerke aufzubauen, soll ein Stipendienprogramm für Kunst und Literatur/Journalismus eingerichtet werden mit wechselseitigen Stipendien nach Namibia und an die Akademie Schloss Solitude.« (PM 20/2019)

Koloniale und postkoloniale Wissenschaft

Partner: Universität Namibia (soziologisches Institut), Universität Freiburg (ethnologisches Institut)

Ziel: Der Austausch von Studierenden über koloniale und postkoloniale Wissenschaft.

Themen: »Dies ist ein Baustein der Afrika-Aktivitäten der Universität, die aktuell ein neues Zentrum für Afrika-Studien aufbaut. Mit ihrem Freiburg Institute for Advanced Studies (FRIAS) und dem Arnold-Bergstraesser-Institut für kulturwissenschaftliche Forschung (ABI) hat die Universität bereits den Zuschlag für das "Merian International Centre for Advanced Studies in Africa" bekommen und ist damit ein wichtiger Knotenpunkt der Afrikaforschung in Deutschland.« (PM 20/2019)

B. KOMMENTAR

Methodische Vorbemerkungen

Systematische Schwächen, die in allen Völkerkundemuseen vorhanden und in ihrer Entstehungsgeschichte begründet sind, machen die vielfältigen und faszierenden Bestände der weltweiten materiellen Kultur zu einem schwierigen Erbe. Zunächst ist durch aufwendige Fallstudien zu Ethnien/Regionen, Materialgruppen, Sammlern etc. der Objekterwerb in der Kolonialzeit zu klassifizieren. Erst dann sind durch Metastudien – als statistische Auswertungen einer ausreichenden Zahl von Fallstudien – wissenschaftlich relevante Ergebnisse zu erwarten. Der Objekt-orientiert arbeitende Wissenschaftler war stets eine marginalisierte Spezies in der Ethnologie. Heute arbeiten nur noch wenige Dutzend Ethnologen weltweit, deren Kenntnisse zu Objektgruppen und Regionen als fundiert bezeichnet werden können. Damit sind wir bei der heutigen systematischen Schwäche der Sozial- und Kulturanthropologie: ihrer Objektferne. Das eigentliche Nadelöhr der Provenienzforschung war und ist der Spezialist, der in Fallstudien vorhandene Fehler korrigieren kann.

Objekt-orientierte Provenienzforschung

Untersuchungen zum Objekterwerb basieren wesentlich auf den primären Quellen der Völkerkundemuseen, die meist nicht publiziert und sehr unterschiedlich aufgebaut sind: Inventarbücher, Eingangsjournale, Karteikarten, Objektlisten, Briefe etc. Durch die Erschließung dieser Bestände entstehen Objektbiographien und Fallstudien zu Sammlern. (Vgl. Schlothauer 2015; Schultz 2016)²⁵ Dabei ist nicht nur das Material und die Herstellung der Objekte zu untersuchen, sondern es sind auch die Veränderungen in Form von Alterung und die Verfälschungen durch Restaurierungen, Insektenfrass etc. zu beschreiben. (Vgl. Kunst&Kontext Nr. 13, 2017) Weiterhin ist die bisherige regionale Zuordnung und Klassifizierung in Objekttypen zu überprüfen. Letztendlich stellt sich auch eine qualitative Frage: Handelt es sich um eine Kopie, eine Fälschung, eine Replik oder ein Original? Publiizierte Einzelbetrachtungen zu Objekten liegen erst in so geringer Zahl vor, dass das bisherige Detailwissen zu über 99 % der Objekte und zur Mehrzahl der Sammler in den deutschen Völkerkundemuseen als sehr gering bezeichnet werden muss. Das gilt auch für die Mehrzahl der ausgestellten Stücke.

Systematische Schwächen europäischer Völkerkundemuseen

Die erste Projektphase in Stuttgart (2016-2018) war auch mit Strukturproblemen konfrontiert, die in der Entstehungsgeschichte der Völkerkundemuseen begründet sind. Provenienzforschung ist in den allermeisten Fällen eine Rekonstruktion der Erwerbs- und Sammlungsgeschichte von Objekten, die von mindestens fünf systematischen Schwächen erschwert wird. Zwei davon sind im Projektantrag des Jahres 2016 genannt: Der Erwerb vor Ort ist schlecht dokumentiert und der Umfang der Bestände ist sehr groß. Die eingehenden Mengen führten zu Inventarisierungsfehlern, die bis heute nicht korrigiert sind. Eine weitere Schwäche ist im Abschlussbericht für das Linden-Museum festgestellt und kann nach den Erfahrungen des Autors wie folgt verallgemeinert werden: In keinem Völkerkundemuseum Europas wurden die Namen und biografischen Daten der Einlieferer fortlaufend seit Museumsgründung erfasst. Teilweise ist nicht einmal der volle Name bekannt. Die fünfte Schwäche ist bisher (so gut wie gar) nicht thematisiert: Die Ablage entsprach (und entspricht meist bis heute) nicht den in Archiven gültigen Regeln. Dadurch ist vieles durcheinander und wohl auch einiges verloren. Teilweise gelangte die Dokumentation in verschiedene Archive und zusammengehörende Vorgänge finden sich in unterschiedlichen Ordnern. In einigen Fällen wurde das Ordnungssystem in der Museumsgeschichte mehrfach geändert und sehr selten ist eine zitierfähige Aktenstruktur mit Einzelblattnummerierung vorhanden. (Eine Ausnahme ist das Archiv des Ethnologischen Museums Berlin.)

Diese systematischen Schwächen bedingen, dass zunächst aufwendige Fallstudien zu Ethnien/Regionen, Materialgruppen, Sammlern etc. durchzuführen sind, die den Objekterwerb in der Kolonialzeit klassifizieren. Erst dann sind durch Metastudien – als statistische Auswertungen einer ausreichenden Zahl von Fallstudien – wissenschaftlich relevante Ergebnisse zu erwarten. Übereinstimmend wird immer wieder festgestellt, dass diese Arbeit ganz am Anfang steht. Ob und wie die Kolonialgeschichte jeweils mit dem einzelnen Objekt verbindbar sein wird, kann also gar nicht bekannt sein, und dennoch wird derzeit vom unrechtmäßigen Erwerb der meisten oder einer Vielzahl der Objekte ausgegangen. Für diese Behauptung fehlt der postkolonialen Theorie eine empirische Grundlage, damit ist diese aus wissenschaftlicher Sicht nur ein Glaubensbekenntnis bzw. ist sie ideologisch.

2016-2018:

Schwieriges Erbe – schwieriger Start

In der ersten Projektphase der Provenienzforschung wurden in Stuttgart die Inventarbucheinträge nach Sammlern ausgewertet und die primären Quellen »gesichtet«. Dieses Vorgehen hat zwei Nachteile. Erstens zeigen bisherige Fallstudien, dass die Einträge in Inventarbüchern und Museumsdatenbanken einer Überprüfung bedürfen und nicht als zuverlässig gelten können. Um dies zu beurteilen, müssen auch die Objekte selbst einbezogen und untersucht werden. Zweitens ist mit einer »ersten Durchsicht« von Akten ein Verständnis der verwirrenden Vielfalt von Akteuren und Beteiligten nicht möglich. Die Ereignisse, die Motive und Interessen von Personen, die gegenseitigen Abhängigkeiten sowie der Einfluss unterschiedlicher Lebensweisen und -welten erschließen sich erst nach jahrelanger Arbeit. Weiterhin könnte ein längerer Aufenthalt in der »Herkunftsregion« zu Beginn eines Projektes dazu führen, dass dort vorhandene heutige Interessen von Anfang an berücksichtigt sind.

Archivstudie ohne Objekte

Die gewählte Methode bestimmt die Ergebnisse des Abschlussberichtes. Grimmes Auswertung ist eine Statistik, welche die Namen von Einlieferern mit der Anzahl ihnen zugeordneter Inventarnummern verbindet und zeitlich sortiert. Es wurde ausschließlich mit schriftlichem Material gearbeitet, die Objekte selbst waren nicht einbezogen und deren Vorhandensein wurde nicht geprüft. Die häufige Gleichsetzung der Begriffe »Inventarnummern« und »Objekte« berücksichtigt nicht, dass in den Inventarbüchern unter einer Nummer mehrere Objekte summiert sein können. Weiterhin ist zu bedenken, dass das Linden-Museum in der Vergangenheit viel und häufig getauscht und verkauft hat. Es ist davon auszugehen, dass die Inventarbucheinträge (SOLL) nicht mit dem vorhandenen Bestand (IST) übereinstimmen. Eine Inventur mit einer Veröffentlichung des Fehlbestandes gibt es nicht. Weiterhin ist nicht von der Richtigkeit der Klassifizierungen (Region, Objekttyp) in der Museumsdatenbank auszugehen, da hier im Wesentlichen die Inventarbucheinträge abgeschrieben wurden. Aus diesen Gründen sollte die Untersuchung des Objektes am Anfang jeder Provenienzforschung stehen: Ist es vorhanden? Passt die Beschreibung zum Objekt? Welche Veränderungen und

Verfälschungen sind seit Museumseingang feststellbar? Stimmen die Klassifizierungen?

Methodische Mängel des »akteurzentrierten Ansatzes«

Die Kategorisierung nach Berufsgruppen berücksichtigt den Wechsel von Tätigkeiten in den Lebensläufen nicht. Eine Schätzung um wie viele Personen es sich handelt, liegt nicht vor. Wenn es viele waren, und danach sieht es aus, dann ist dies ein wesentliches Argument gegen eine solche Kategorisierung. Weiterhin ist Grimmes Klassifizierung nach Tätigkeit/Berufsgruppe nicht prüfbar, denn im Anhang des Berichtes finden sich keine entsprechenden Namenslisten der Sammler. Im Ergebnis stehen mehrere Berufsgruppen unter Generalverdacht, allerdings wird darauf hingewiesen, dass detaillierte Einzelbiografien nötig sind. Eine wissenschaftliche Studie zur »Sammlungsentstehung und kolonialen Strukturen« kann der Bericht wegen der gewählten Methode nicht sein. Auch die »Biografien der Einlieferer« sind so rudimentär, dass von einer Annäherung an die »Erwerbskontexte der Sammlungen« nicht gesprochen werden kann. Vielmehr kommentiert Grimme zufällig beim Querlesen der Eingangsakten gefundene Beispiele, ohne allerdings über das nötige Detailwissen zu verfügen.

Behauptungen

Die gewählte Methode, der Zeitmangel und die geringen Vorkenntnisse zur Geschichte der drei Regionen haben jeweils ihren Anteil daran, dass sich im Abschlussbericht Vorurteile, Mißverständnisse und Fehlinterpretationen häufen, wenn es um konkrete Personen und Beispiele geht. Historische Arbeiten beruhen in der Regel auf langwierigen Studien primärer Quellen, doch in diesem Fall »ließen sich schon bei der ersten Durchsicht von Briefwechseln und Sammlungslisten [...] erste Kontextinformationen zum Objekterwerb entnehmen.« (Grimme 2018: 57) Damit ist Grimme zu überraschend weitreichenden Behauptungen in der Lage: »Zur Beantwortung der übergeordneten Frage nach der Bewertung der Erwerbsumstände liefert die Provenienzforschung zu Objekten aus kolonialen Kontexten wichtige Grundlagen. Dabei geht es nicht allein um die Identifizierung expliziter Gewaltkontexte und die Überprüfung der Sammlungsbestände auf ihre rechtmäßige oder unrechtmäßige Erwerbung. Sie zeigt vielmehr das Spektrum kolonialer Gewalt auf, mit dem die Objekte behaftet sind. Nicht allein ihr Erwerb sondern auch der Transport und die spätere Verwendung in den Museen sind als Ausdruck der kolonialen Machtverhältnissen

zu verstehen.« (Grimme 2018: 59)

Für diese Verallgemeinerung reicht Grimme ein Brief. Es handelt sich um eine »große Schlitztrommel, dessen [sic] Transport zur Küste [Jesco Eugen Bernhard Wilhelm von] Puttkamer [1876-1959] von Linden ausführlich schildert: ‚Die Trommel wurde ihrer Größe und Schwere wegen von 120 Trägern, von mir angeworben, zur Küste getragen, von den 30 Trägern zur Zeit tragen und alle halbe Stunde abgelöst werden mussten. Ich hatte an den beiden Seiten lange zähe Baumstämme angeschient und trugen rechts 15 Träger und links 15 Träger zu gleicher Zeit.‘ [...] Die Beschreibung verdeutlicht darauf [sic], dass nicht allein der Erwerb der Objekte im Zusammenhang mit kolonialer Machtausübung steht sondern auch ihr Transport.« (Grimme 2018: 41) Mit Sicherheit war der Transport schwere körperliche Arbeit. Dann sind allerdings die wesentlichen Fragen: Wie wurden die Träger angeworben, wie wurden sie bezahlt und hielten sie die Honorierung für angemessen? Interessant ist, dass die Entlohnungsvariante offensichtlich von vornherein ausgeschlossen wird.

Das folgende Beispiel zeigt, dass Grimme völkerkundliche Erkenntnisse nicht einbezieht. »[Hans] Dominik [1872-1945], der langjährige Stationsleiter von Jaunde, war für sein brutales Vorgehen bekannt. [...] Er ließ sich von den ihm unterstellten Soldaten, die Köpfe getöteter Feinde bringen« (Grimme 2018: 37) In Fußnote 69 verweist sie auf dessen Buch »Kamerun. Sieben Kriegs- und Friedensjahre« und die Textstelle: »Andu brachte mit seinen Haussa-Leuten wohl sechs Köpfe«. (Dominik 1901: 125) Übersehen hat Grimme eine Textstelle auf Seite 98: »aber bald kommen die Soldaten einzeln zurück, ohne einen Kopf mitzubringen, wie sie sicher täten, wenn einer der verhassten Gegner gefallen wäre, denn dies Zeichen des Triumphes läßt sich kein wahrer Wey-Junge nehmen. Hat seine Kugel den Gegner gestreckt, so ist sofort das haarscharfe Messer heraus mit zwei Schnitten ist der Kopf vom Rumpfe getrennt und in der Hand des Siegers, der ihn frohlockend den Kameraden zeigt.« (Dominik 1911: 98) Kurz gesagt: Das Abschneiden des Kopfes getöteter Gegner nach dem Kampf war keine europäische Sitte dieser Zeit, lässt sich aber in mehreren Regionen Afrikas nachweisen, so auch in Kamerun. (Schlothauer 2012) Eugen Zintgraff (1858-1897) berichtet im Jahr 1889 von den Bali des Kameruner Graslandes: »Eine ausschließlich männliche Haartracht ist ein kleiner, buckelartiger Schopfauf dem Wirbel. Er wird durch Zusammenflechten der Wirbelhaare hergestellt und dieser Haarkegel alsdann durch kleine, daran befestigte Metallplättchen, Kaurimuscheln, Antilopenhörnchen, kleine Klingeln und der-

gleichen Zierrath verschönt. Dieser Schopf soll den Feinden in der Schlacht eine bequeme Handhabe bieten, um dem gefallenen Bali nach Siegerbrauch den Kopf abzuschneiden und ihn alsdann vermittels dieses Schopfes wie an einem Henkel im Triumph nach Hause zu tragen. Denn es gilt als eine Schande wenn dem Erschlagenen behufs besserer Beförderung des Kopfes Lippen oder Ohren zum Durchstechen eines Speerschaftes aufgeschlitzt werden.» (1895: 208)

Das Verständnis der damaligen Museumsstrukturen wird noch lange und gründliche Archivrecherchen erfordern. Grimme kommt aber schon jetzt zu dem Ergebnis: »Mit der Berücksichtigung aller am Aufbau der Regionalbestände beteiligten Stifter*innen, ihrer Verbindungen zu den übrigen Sammlungsgebieten und ihrer Interaktion mit den Museumsverantwortlichen wurde zugleich der Funktionsweise von Lindens Netzwerk nachgespürt und gefragt, wie das Museum koloniale Strukturen aktiv zum Sammlungsaufbau nutzte. Mit diesem Vorgehen sollen sowohl Verflechtungen zwischen kolonialen Strukturen und der Aneignung ethnografischer Objekte als auch die Verstrickungen der Museen in die Mechanismen kolonialer Macht erfasst werden.« (Grimme 2018: 10) Es mag sein, dass »nachgespürt und gefragt« wurde, doch an prüfbareren Belegen für die behaupteten »Verflechtungen«, »Aneignungen« und »Verstrickungen« mangelt es.

Ziele erreicht?

Ziele des »Projektes Schwieriges Erbe« waren die Feststellung der »Herkunft und Biografien von Sammlungen und Sammlungsobjekten, die im kolonialen Zusammenhang in Museen« gelangten (PM LM, 2. Februar 2016) sowie die Aufdeckung von »Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Bestandsstrukturen hinsichtlich Objektarten, Eingangszeiträumen und Erwerbsumständen«. (Grimme 2018: 10) Diese Ziele waren mit der gewählten Methode nicht erreichbar. In Objektarten wurde nicht systematisch unterschieden und die Erwerbsumstände wurden nicht im Detail untersucht. Wer Objektarten klassifizieren will, der muss im Depot die Objekte untersuchen, was mehr als nur Grundkenntnisse zu Material und Technik erfordert. Auch die bisherige regionale Zuordnung sollte bei gründlicher Arbeit überprüft werden. Wer die Erwerbsumstände nicht nur interpretieren oder über diese spekulieren möchte, sondern sie rekonstruiert, der muss mit primären Quellen in vielen Archiven arbeiten, denn die Dokumentationen befinden sich nicht an einem Ort. Provenienzforschung ist zunächst eine reisende und erst dann eine sitzende Tätigkeit.

Zu hohe Ansprüche an den Nachwuchs

Der Autor war einer der Tagungsteilnehmer im April 2017 und staunte darüber, wie wenig die ReferentInnen über einzelne Objekte und Sammler zu sagen hatten.²⁶ Eine nachträgliche Prüfung ergab, dass keine(r) von ihnen eine »Biografie von Sammlungen und Sammlungsobjekten in Museen« publiziert hatte. Auch eine langjährige Spezialisierung auf die Geschichte eines der drei ausgewählten Länder oder einer dort lebenden Ethnie war nicht feststellbar. Der Titel der Tagung war daher (ungewollt) richtig: das konnte nur schwierig werden. Dem akademischen Schaulaufen folgte eine einsame Solonummer.²⁷ Es ist unfair, den akademischen Nachwuchs durch zu hoch gesteckte Ansprüche und geistreiche Vorgaben zu überfordern, wenn praktisches Arbeiten gefordert und nur kleine Schritte möglich sind. Der Autor kritisiert also weniger die Verfasserin des Abschlussberichtes. Ihre Arbeit wurde von der Afrika-Kuratorin Ferracuti, von der Direktorin de Castro und den beiden Tübinger Professoren Alex und Thiemeyer gelesen und ist daher als gemeinsames Ergebnis zu betrachten. Gänzlich unklar bleibt die Mitarbeit der »beteiligten Wissenschaftler« und »externen Kooperationspartner« (siehe Fußnote 18), auch der Abschlussbericht gibt auf deren Einfluss keinen Hinweis.

2019-2021: Die Namibia-Initiative und das Linden-Museum

Für die einseitige Orientierung deutscher Vergangenheitsbewältigung auf die Herero und die Nama fehlt eine sachliche und gegenwartsorientierte Begründung. Immerhin sind mit dem bisherigen Konzept ca. 88 % der heutigen Bevölkerung Namibias und etwa 70 % der Objekte der Namibia-Sammlung des Linden-Museums ausgeschlossen. Der Autor plädiert für eine Gesamtbetrachtung aller ca. 2.200 Objekte aus Namibia und die Beteiligung weiterer Gruppen (z. B. Ovambo, San, Damara, »white«) in den Workshops.

Beteiligte in Namibia

Obwohl der Anlass vergangenheitsorientiert ist, richten sich die meisten Projekte der Namibia-Initiative an den heutigen Staat und sind für alle Bevölkerungsgruppen offen. Nur das Projekt des Linden-Museums beschränkt sich auf zwei Ethnien (Herero, Nama), die einen Bevölkerungsanteil in Namibia von etwa 12 % haben und von denen nur etwa 30 % der Objekte in der Stuttgarter Samm-

lung sind. Warum werden die Ovambo, die Damara und die San nicht eingeladen? Lebten diese nicht auch zur Kolonialzeit in Deutsch-Südwestafrika? Von ihnen sind mehr als 45 % der Objekte und ihr Anteil an der namibischen Bevölkerung liegt bei etwa 60 %. Empfehlenswert ist der Einbezug aller Objekte auch deshalb, weil davon auszugehen ist, dass etliche Objekte bislang der falschen Ethnie zugeordnet sind. Keineswegs reicht es, Inventarbucheintragungen ungeprüft fortzuschreiben, die etwa hundert Jahren alt sind.

Fotografische Bestandsaufnahme, Thesaurus und Copyright

Innerhalb eines Jahres sollen alle Objekte fotografisch erfasst und online gestellt werden. Spätestens dann kann weltweit jeder Interessierte mit dem Stuttgarter Bestand arbeiten. Dies alles ist jedoch nur ein halber Schritt, wenn die vorhandenen Akten, das Inventarbuch und die weitere relevante Sammlungsdokumentation nicht gescannt und online gestellt werden.

Aus Sicht der späteren Nutzer stellen sich folgende Fragen: Welche Arbeitsanweisungen und qualitative Vorgaben sind für diese Erfassung formuliert? Aus welcher Perspektive wird das Objekt gezeigt? Gibt es mehrere Fotos von verschiedenen Seiten und Detailaufnahmen? Wird auch gemessen, gewogen und der Zustand aus restauratorischer Sicht erfasst? Welche Vorgaben der Restauratoren gibt es für diese Erfassung und wie sind diese Fachleute einbezogen? Da in der Regel Völkerkundemuseen dazu neigen, alles selbst erfinden zu wollen und die Erfahrungen Dritter nicht oder nur oberflächlich einbezogen werden, sei an dieser Stelle auf die bisher durchdachteste und beste Bestandsaufnahme in Deutschland hingewiesen: die des Rautenstrauch-Joest-Museum Köln. (Peraldi/Schlothauer 2017)

Weiterhin werden bei der Erfassung in der Datenbank auch Suchbegriffe zu definieren sein (Thesaurus), denn die Schreibweise von Ethnien und die indigenen Bezeichnungen sind meist nicht einheitlich, und die Objekttypen können unterschiedlich klassifiziert werden. Entscheidend ist dann für die zukünftige Arbeit von Forschern, in welcher Auflösung die Fotos Online sein werden und, ob diese für wissenschaftliche Publikationen verwendbar sind. Derzeit verlangen die meisten deutschen Museen – selbst bei wissenschaftlichen Büchern – Gebühren pro Foto (Copyright), die dann auf Antrag durch die Direktorin erlassen werden können. Eine gene-

relle Kostenbefreiung bei wissenschaftlichen Publikationen wäre eine für alle zeitsparende Entscheidung. Da auch in Zukunft eigene Arbeitsfotos von Dokumenten und Objekten nötig sein werden, ist der Zugang zu ermöglichen und die Verwendung von Arbeitsfotos zu regeln.²⁸

2019-2021: Die Namibia-Initiative – Transparenz und Offenheit

Laut der Pressemitteilung des Ministeriums zur Namibia-Initiative ist gewünscht, »dass die Kolonialzeit und das Thema Umgang mit unserem kolonialen Erbe nicht nur in Fachkreisen ankommt. Wir haben die Aufgabe, die Öffentlichkeit hier wie dort stärker noch als bisher zu informieren und einzubeziehen. [...] Transparenz und Offenheit sind zentral im Umgang mit unserem kolonialen Erbe.« (PM 21/2019) Wer diesen Anspruch erhebt, bezieht proaktiv alle schon am Thema Interessierten beider Länder ein und erschließt deren Wissen für die Öffentlichkeit, denn diese Personen sind Multiplikatoren. So beginnt die öffentliche Diskussion (mit dem Start der Namibia-Initiative) heute und findet nicht erst mit der Publikation von Ergebnissen in zwei Jahren statt. Die Einladungen zu den geplanten Tagungen werden öffentlich sein, so dass jeder Interessierte einen Beitrag oder Vortrag anmelden kann (»Call for Papers«). Dadurch wird die Öffentlichkeit (anders als bisher) eine vielfältige Diskussion erleben und wesentliche Fragen werden nicht ausgespart. Die beteiligten Wissenschaftler werden in einer vierteljährlich erscheinenden Online-Zeitschrift die jeweiligen Aktivitäten ankündigen, erste Ergebnisse zur Diskussion stellen und Beiträge Dritter einbeziehen. Gegensätzliche Standpunkte werden als Mehrheits- und Minderheitsvotum gekennzeichnet.



Abb. 6 Militärkapelle bei der Übergabezeremonie

Fazit: Nadelöhr Spezialist

Das eigentliche Nadelöhr der Provenienzforschung war und ist der Spezialist, der in seinen Fallstudien die in der Museumsdokumentation vorhandenen Fehler erkennen und korrigieren kann. Dafür sind mehrere Jahre bzw. Jahrzehnte vergleichender Arbeit mit Objekten in den Depots vieler Museumssammlungen und die systematische Suche in Archiven nötig, denn das Objekt erschließt sich nicht allein durch Akten. Eigene Erfahrungen mit verschiedenen »Herkunftsgesellschaften« zeigen, dass historische Objekte nach drei bis vier Generationen den heute lebenden Nachfahren der Hersteller unbekannt sein können. Der dafür verantwortliche Kulturwandel wurde vielfach und weltweit von Ethnologen beschrieben. Das Wissen zu historischen Objekten war und ist ein weitgehend selbst Erarbeitetes, das auf der Kenntnis des verwendeten Materials, dem Nachvollziehen der Herstellung und dem Austausch mit der jeweiligen Herstellerkultur basiert. Diese Objekt-orientierte Forschung war und ist ein marginalisierter Teil der universitären Ethnologie. Heute arbeiten nur noch wenige Dutzend Ethnologen weltweit, deren Kenntnisse zu Objektgrup-

pen und Regionen als fundiert bezeichnet werden können. Da heute an den Universitäten fast ausschließlich Sozial- und Kulturanthropologen ausgebildet werden, die dann als Kuratorinnen in den Museen arbeiten, sind wir bei einer heutigen systematischen Schwäche angekommen: der Objektferne. (Schlothauer 2017) Diese hat, wie sich in der Restitutionsdebatte zeigt, gravierende Folgen. Wären die Kenntnisse größer, dann würde nicht über abstrakte Themen, sondern über konkrete Objekte gesprochen.

Der weitestmögliche Zugang zu den Archiven und zu den Objekten für Jeden war ein politisches Ziel, das im Musée du quai Branly umgesetzt ist, und könnte ein Ergebnis der Namibia-Initiative sein. Provenienzforschung ist nicht nur eine Aufgabe der Museen, sondern muss für alle Interessierten möglich sein. Das hat drei Vorteile: das Spektrum der Themen, die Anzahl bearbeiteter Objekte und Sammler und die Vielfalt der Interpretationen werden größer sein als bisher.

Text *Andreas Schlothauer*

Fotos *Shawn van Eeden*

ANMERKUNGEN

- 1 Das Museum wird vom Bundesland Baden-Württemberg und der Stadt Stuttgart gemeinsam getragen.
- 2 Der folgende Text basiert nicht auf dem eigenen Studium von Primärquellen. Die verwendete Literatur ist unten genannt. Diese wurde mit verschiedenen Beiträgen bei Wikipedia verglichen um das dortige (leicht zugängliche) Ergebnis kontroverser wissenschaftlicher Diskussion zu prüfen. Die Suchbegriffe waren: »Herero-Aufstand«, »Hornkranz«, »Hendrik Witbooi« und »Schlacht am Waterberg«.
- 3 Die Zusammenfassung basiert auf Steinmetz 2007: 100 f. und Moritz 1999.
- 4 Die Zusammenfassung dieses Abschnittes beruht im wesentlichen auf Nuhn 1997.
- 5 Die genaue Zahl ist nicht bekannt. Da verschiedene Schätzungen von etwa 5.000 bis 6.000 Herero-Kriegern ausgehen, die von ihren Familien begleitet wurden, kann die Gesamtzahl etwa 20.000 bis 50.000 gewesen sein.
- 6 »Die Entscheidung fiel bei einem gemeinsamen Vortrag der rivalisierenden Ressorts bei Wilhelm II. Kolonialdirektor Stübel wollte, daß Leutwein die militärische Leitung behalte, da, wie anschließend in der Kolonialabteilung berichtet wurde, dann am ehesten eine ‚sachgemäße‘ Behandlung der Landes- und Eingeborenensitten zu erwarten sei. Der Kriegsminister schlug den Grafen von Gayl vor. Der Chef des Generalstabes empfahl den früheren Kommandeur der Schutztruppen in Ostafrika, General von Trotha.« (Bley 1968: 199)
- 7 Die Zahl der Soldaten, die am 11. August an den Kämpfen beteiligt waren, ist unterschiedlich angegeben. Auch gibt es keine auf empirischen Daten basierende Schätzung der in den Kämpfen gefallenen Herero.
- 8 Die Landkarten bei Schneider-Waterberg geben einen Eindruck der flächigen Verteilung der gegnerischen Verbände. (2018: 186, 191)
- 9 »Mein anfänglich gefasster und immer festgehaltener Plan für die Operationen war der, die Hereromasse, die am Waterberg saß, zu umklammern, und die Masse durch einen gleichzeitig geführten Schlag zu vernichten, dann einzelne Stationen zu bilden, um die abgeströmten Teile zu suchen und zu entwaffnen«. (Schneider-Waterberg 2018: 200) Dort ist der Bericht Trothas an Alfred Graf von Schlieffen, Generalstab der Armee in Berlin, zitiert.
- 10 Der Brief Bülow's ist auch bei Wikipedia zitiert (»Völkermord an den Herero und Nama«, 15. April, 2019). In Fußnote 68 ist die Quelle genannt: RKA 2089, Bl. 3-11, Bülow an Wilhelm II., 24. November 1904. Bei Nuhn ist wie folgt zusammengefasst:
 »1. Eine Politik der totalen Vernichtung sei unchristlich
 2. Die Trothaschen Maßnahmen seien undurchführbar
 3. Die Vernichtungspolitik sei wirtschaftlich sinnlos
 4. Die Proklamation würde dem deutschen Ansehen unter den zivilisierten Nationen Abbruch tun.« (1997: 303)
- 11 Siehe Freiburg-postkolonial.de, 16. April 2019. Im Tagebuch von Missionar Johannes Spiecker findet sich für Sonntag den 19. März 1906 der Eintrag: »Bei Tisch [...] war Oberleutnant Kuhn von Karibib und ein Major Trott, der einen sehr angenehmen Eindruck machte. Beide sind Freunde der Eingeborenen und treten für eine menschliche Behandlung derselben ein. Leider ist das bei den wenigsten Offizieren der Fall, doch habe ich schon eine ganze Anzahl netter Offiziere kennengelernt.« (Spiecker 2013: 206) Kuhn ist auch Verfasser des Büchleins »Südwest wie's lacht und weint: Eindrücke und Ausblicke, Berlin 1914 und des Buches »Die militärische Jugenderziehung. Ein Ratgeber auch für Offiziere und Unteroffiziere, Bayreuth 1916«.
- 12 Im Inventarbuch heißt es vor Inventarnummer IC 23563: »Geschenk des Herrn P. Wassmannsdorf Kais. Hofrat, Berlin Juni 1902«. Es handelt sich um Paul Wassmannsdorf. Verschiedene Begegnungen mit ihm sind für die 1880er-Jahre in dem Buch von Otto Franke erwähnt: »Erinnerungen aus zwei Welten, Randglossen zur eigenen Lebensgeschichte!«, Berlin 1954, S. 28, 35, 39.
- 13 In der Akte des Linden-Museums »Wassmannsdorf P. Hofrat, Auswärtiges Amt Berlin, Liste 528, Buch V, S. 319, 06.1902, Korrespondenz von 04.1902 bis 05.1902« befinden sich die genannten drei Briefe und eine Eingangsliste.
- 14 Insgesamt waren es 34 Nummern bzw. 44 Objekte aus Togo, Deutsch-Südwestafrika und Westafrika sowie vom Bismarck-Archipel, den Marshall-Inseln und aus Papua-Neuguinea. Die Einträge ab Seite 39 im Inventarbuch »16234-27989« des Linden-Museums zu Sammlung »P. Wassmannsdorf« lauten:
 keine Inv. Nr., No. 1, Barten von einem [...] Walfisch
 IC 23563, Orig. No. 2, Strohhut, Lagosarbeit
 IC 23564, Orig. No. 2, Strohschale
 IC 23565, Orig. No. 3, Patronentasche, Dahomearbeit Behälter für 12 Pulverladungen und kl. Behälter für Zündhütchen
 IC 23566, Orig. No. 4, Peitsche von Kapitän Hendrik Wittbooi, Hottentotten
 IC 23567, Orig. No. 5, neues Testament (Hottentottensprache) früher demselben Kapitän gehörig No 4 u. 5 erbeutet beim Sturm auf Hornkranz, -
 IC 23568, Orig. No. 6, Ovambo Kiri, Dt. S. W. Afrika
 IC 23569, Orig. No. 7, -" Messer in Holzscheide, -"
 IC 23570, Orig. No. 8, Haussa Messer in Lederscheide, W. -"
 IC 23571, Orig. No. 9, Bronze (Messing) Axt, Haussaarbeit, -"
 IC 23722, Orig. No. 10, eiserne Axt mit braunem Stiel, Togoarbeit, -"
 IC 23573, Orig. No. 11, hölzerne Axt, Vogelkopfdarstellung -", -"
 IC 23574, Orig. No. 12, Wittboi Tabakpfeife aus grünem Stein, Hottentotten
 IC 23575, Orig. No. 12, -", -"
 IC 23576, Orig. No. 12, -", -"
 IC 23577, Orig. No. 13, ?? schwarze Halskette in Gibeon von Wittboi Hottentotten erworben, -"
 IC 23578, Orig. No. 14, silberner Fingerring mit Einlagen, Wittboi Arbeit, -"
 IC 23579, Orig. No. 15, messingener -", -", -"
 IC 23580, Orig. No. 16, Perlenfussband von Bergdamaras gefertigt, Dt. S. W. Afrika
 IC 23581, Orig. No. 16, -", -", -"
 IC 23582, Orig. No. 17, Grasarmband der Buschleute, -"
 IC 23583, Orig. No. 17, -", -", -"
 IC 23584, Orig. No. 18, eiserner Armring der Hottentotten u. Damaras, -"
 IC 23585, Orig. No. 18, eiserner Armring der Hottentotten u. Damaras, -"
 IC 23586, Orig. No. 18, -", -", -"
 IC 23587, Orig. No. 19, schwarzer Armring mit Kupferverzierung wahrscheinlich Ovambo Arbeit, -"
 IC 23588, Orig. No. 20, weiße Schneckenschnur aus präparierten kleinen Muscheln hergestellt, Bismarck Archipel
 (ROT: Stempel+Handschrift »ABGEGEB. D. TAUSCHV-VERKEHRAM: 12.12.67 AN Msm. f. Völkerk. Köln)
 IC 23589, Orig. No. 21, Armring aus Perlmutter, Marshall Inseln
 IC 23590, Orig. No. 21, -", -"
 IC 23591, Orig. No. 21, -", -"
 IC 23592, Orig. No. 21, -", -"
 IC 23593, Orig. No. 21, -", -"
 IC 23594, Orig. No. 21, -", -"
 IC 23595, Orig. No. 22, Gurkenähnliche Frucht, ? ausgehöhlt zur Aufbereitung von Kalk der mit Blättern zusammen gekaut wird (Betelkalkbüchse), Bismarck Archipel
 IC 23596, Orig. No. 23, Kamm aus Palmholz für Männer, Astrolabe-Bay
 IC 23597, Orig. No. 24, -" Bambus -", -"
 IC 23598, Orig. No. 25, Armring, aus einer großen Muschel gefertigt -"
 IC 23599, Orig. No. 26, Häuptlings Brustschmuck aus einer Muschel geschliffen mit aufgelegter Verzierung aus Schildpatt, Admiralitäts-I.
 IC 23600, Orig. No. 27, Stirnschmuck mit Federn verziert und mit Perlmutter besetzt, Admiralitäts-Ins.
 IC 23601, Orig. No. 28, Halsschmuck mit Zähnen und Perlen besetzt, Neu Guinea
 IC 23602, Orig. No. 29, Maske (Schwarz: Duala) wahrscheinlich , Kamerun

IC 23603, Orig. No. 30, Häuptlingsmütze aus Ziegenfell, Herero
IC 23604, Orig. No. 33, Fetisch, Krokodilschädel aus, Togo
IC 23605, Orig. No. 34, Behälter für 2 Thonpfeifen, Togo Arbeit –“

15 Grimme bezieht sich in Fußnote 37 auf folgende Quelle: »Deutsches Kolonialblatt 6 (1895): 649; ebd. 9 (1898): 296.

16 Das Interview mit Staatssekretärin Petra Olschowski fand am 31. Januar 2019 in Stuttgart statt. Die Mitschrift wurde mit weiteren Fragen am 8. Februar geschickt und von der Pressestelle des MWFK im März ergänzt und freigegeben. Die endgültige Version datiert auf den 15. Mai 2019.

17 Die Schätzung beruht auf den Erfahrungen des Rautenstrauch-Joest-Museums in Köln. Dort wurden knapp 66.000 Objekte in zwei Jahren gemessen, gewogen, klassifiziert, fotografiert und in der Datenbank erfasst. Unter der Anleitung der fünf RestauratorInnen des Museums arbeiteten knapp 30 Angestellte, was insgesamt ca. 2,5 Millionen Euro kostete. (Peraldi/Schlothauer 2017).

18 Genannt sind die folgenden Personen.

»**Beteiligte Wissenschaftler** Eberhard Karls Universität Tübingen Prof. Dr. Jochen von **Bernstorff** LL.M., Rechtswissenschaft; Prof. Dr. Renate **Dürr**, Neuere Geschichte; Prof. Dr. Heidrun **Eichner**, Islamwissenschaften; Dr. Vibha **Joshi**, Ethnologie; Prof. Dr. Dorothee **Kimmich**, Germanistik; Dr. Sabine **Klocke**-Daffa, Ethnologie; Jun. Prof. Dr. You **Jae Lee**, Koreanistik; Prof. Dr. Boris **Nieswand**, Soziologie; Prof. Dr. Thomas **Pothast**, Zentrum für Ethik; Prof. Dr. Markus **Rieger**-Ladich, Erziehungswissenschaften; Prof. Dr. Ernst **Seidl**, MUT; Prof. Dr. Jörn **Staecker**, Mittelalterarchäologie

Externe Kooperationspartner

Prof. Dr. Wiebke **Ahrndt**, Vize-Präsidentin des Deutschen Museum-bundes und Direktorin Überseemuseum Bremen; Dr. Tina **Brüderlin**, Leiterin ethnologische Sammlung, Museum Natur und Mensch, Städtische Museen Freiburg; Dr. Marian **Burchard**, Max-Planck Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften; Dr. Iris **Edenheiser**, Wiss. Sammlungsleiterin Weltkulturen und ihre Umwelt, Reiss-Engelhorn-Museen Mannheim; Prof. Dr. Rebekka **Habermas**, Universität Göttingen/Geschichte; Prof. Dr. Hans Peter **Hahn**, Universität Frankfurt/Ethnologie; Prof. apl. Dr. Holger **Jebens**, Frobenius Institut, Universität Frankfurt; Prof. Dr. Pamela **Klassen**, Religious Studies, University of Toronto; Dr. Crispin **Paines**, University College London; Prof. Dr. Steve **Vertovec**, Direktor am Max-Planck Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften, Göttingen.« (PM LM März 2016)

18 Das Gespräch mit Gabriele Alex und Thomas Thiemeyer fand am 31. Januar 2019 in Tübingen statt. Die Mitschrift wurde mit weiteren Fragen am 8. April geschickt und von beiden ergänzt. Die endgültige Version datiert auf den 30. April 2019.

20 Die Sammlerbiografien wurden nicht in der Museumsdatenbank IMDAS, sondern in »einer eigens erstellten access-Datenbank« hinterlegt. (Grimme 2018: 9) Begründet wird dies mit der kurzen Projektlaufzeit von 18 Monaten. Andererseits »sollten auch die Anforderungen einer Provenienzforschung zu Objekten aus kolonialen Kontexten an Datenbankstrukturen und Datenmanagement geprüft werden, wofür eine möglichst freie und flexible Gestaltung von Formularen und Feldern nötig war.« (Grimme 2018: 17)

21 »Zur weiteren Bearbeitung der genannten Objektgeber*innen und ihrer Sammlungen im Namibia-Bestand muss zunächst überprüft werden, ob neben den eventuell im Museum selbst noch vorhandenen Korrespondenzsplittern der Archivbestand Linden-Museum im Staatsarchiv Ludwigsburg umfassendere Unterlagen zu ihnen enthält.« (Grimme 2018: 31)

22 »Zwischen 1911 und 1932 [erschieden] nur noch unregelmäßig drei Bände der Jahrbücher. Ihre Herausgabe wurde nach 1932 bis zum Anfang der 1950er-Jahre ganz unterbrochen.« (Grimme 2018: 14) Seit dem Jahr 1951 erscheint einmal jährlich die Zeitschrift »Tribus«, in der auch Artikel zu Objekten und Sammlern veröffentlicht werden.

23 »Ausschlaggebend für die Einordnung ist dabei, in welchem Zeitraum die Mehrzahl der Objekte einer Stifter*in aufgenommen wurde.« (Grimme 2018: 15)

24 »Aus der Korrespondenz geht hervor, dass Buttlar-Brandenfels bereits in China am Krieg gegen die Boxerbewegung zwischen 1900 und 1901 teilgenommen hatte (Linden-Museum Stuttgart, Korrespondenzmappe Buttlar-Brandenfels). Ebd., Objektliste zu Konvolut 0822, Eintrag 3.« (Grimme 2018: 27) In zwei Büchern ist »Leutnant Buttlar« bzw. »Oberleutnant [Treusch] von Buttlar-Brandenfels« als Adjutant von Major von Estorff genannt. (Leutwein 1907: 499; Großer Generalstab 1906: 75, 77, 99, 215)

25 Der Autor hat nach Diskussionen mit postkolonialen Aktivisten von NoHumboldt21 in den Jahren 2013-2015 eine Fallstudie zum Sammler Gustav Conrau und den Figuren der Bangwa erarbeitet. (Schlothauer 2015) Beispielhaft wurden in Kunst&Kontext Nr. 12 gemeinsam mit vier Schweizer Museen die Bestände aus Afrika und Ozeanien erschlossen, die in den 1920er- und 1930er-Jahren von der Kunsthändlerfamilie Arther Speyer erworben wurden. (Schultz 2016)

26 Da in den Jahren 2016 und 2017 mehrere ähnliche Tagungen stattfanden, widmete sich Kunst&Kontext Nr. 13 dem Thema »Kopie – Fälschung – Verfälschung«. Die Anmerkungen im »Vorab« hatten direkten Bezug auf das Erleben der Stuttgarter Tagung. (Schlothauer 2017)

27 Auch von den drei Projektleiterinnen (Alex, deCastro, Thiemeyer) gibt es keine wissenschaftlich relevante Publikation (Objektbiografie, Fallstudie), die sich mit Objekten, Teilsammlungen oder Sammlern eines afrikanischen Landes oder Papua-Neuguineas befasst. Auch Forschungsaufenthalte in mehreren afrikanischen Ländern oder langjährige Arbeit zu Objekten und Sammlungen aus Afrika sind nicht genannt. Entsprechende Publikationen zur materiellen Kultur oder Sammlungsgeschichte fehlen. Die für ganz Afrika verantwortliche Stuttgarter Kuratorin Sandra Ferracuti hat in Mosambik gearbeitet, möglicherweise reichten jedoch ihre Deutschkenntnisse nicht um den Inhalt des Abschlussberichtes beurteilen zu können.

28 Der Autor konnte im Rahmen der Recherche für diesen Artikel lediglich das Inventarbuch und die angefragte Sammlungsakte einsehen. Scans oder Fotos der relevanten Seiten zu machen, war nicht erlaubt. Vor etwa zehn Jahren war dies deutlich einfacher. Damals durfte der Autor etwa 1.500 Objekte und Hunderte von Aktenseiten fotografieren.

LITERATUR

Bley, Helmut: Kolonialherrschaft und Sozialstruktur in Deutsch-Südwestafrika 1884-1914, Hamburg 1968

Dominik, Hans: Kamerun. Sechs Kriegs- und Friedensjahre in deutschen Tropen, Berlin 1911

Forkl, Hermann: Von Kapstadt bis Windhuk: "Hottentotten" oder Khoekhoen? Die Rehabilitierung einer Volksgruppe, Stuttgart 2007

Grill, Bartholomäus: »Gewisse Ungewissheiten«, in: Der Spiegel Nr. 24, 11. Juni 2016, S.54-59

Großer Generalstab (Hrsg.): Die Kämpfe der deutschen Truppen in Südwestafrika. Der Feldzug gegen die Hereros. 1. Band, Berlin 1906

Grimme, Gesa: Provenienzforschung im Projekt »Schwieriges Erbe: Zum Umgang mit kolonialzeitlichen Objekten in ethnologischen Mu-

seen«, Stuttgart 2018

Gründer, Horst: Geschichte der deutschen Kolonien, Paderborn 2012

Kußmaul, Friedrich: Linden-Museum-Stuttgart. Rückblick – Umschau – Ausblick, in: Tribus 24, 1975, S. 17-65.

Lau, Brigitte: Ungewisse Gewissheiten: Der Herero-Deutsche Krieg von 1904, [Windhoek 1989], in: Schneider-Waterberg, Hinrich: Der Wahrheit eine Gasse. Zur Geschichte des Hererokrieges in Deutsch-Südwestafrika 1904-1907, Swakopmund 2017, S. 154-176

Leutwein, Theodor: Elf Jahre Gouverneur in Deutsch-Südwestafrika, Berlin 1907

Moritz, Ernst: Die ältesten Reiseberichte über Namibia 1760-1842, Windhoek 1999 [1914-1918]

Nuhn, Walter: Sturm über Südwest. Der Hereroaufstand von 1904. Ein düsteres Kapitel der deutschen kolonialen Vergangenheit Namibias, Augsburg 1997

Peraldi, Audrey, Andreas Schlothauer: Das Rautenstrauch-Joest-Museum – Kulturen der Welt in Köln. Mehr als ein Humboldt Forum, in: Kunst&Kontext Nr. 14, S. 48-59

Schildknecht, Jörg: Bismarck, Südwestafrika und die Kongokonferenz: Die völkerrechtlichen Grundlagen der effektiven Okkupation und ihre Nebenpflichten am Beispiel des Erwerbs der ersten deutschen Kolonie, Münster 2000

Schlothauer, Andreas: Kopffagd und Schädelkult in West-Afrika, in: Wilfried Rosendahl, Alfred Wiczorek (Hrsg.): Schädelkult: Kopf und Schädel in der Kulturgeschichte des Menschen, Regensburg 2011, S. 116-123

--- Die Kamerun-Sammlung von Gustav Conrau im Ethnologischen Museum Berlin, in: Kunst&Kontext Nr. 9, 2015, S. 20-31

--- Thema: Fälschung – Kopie – Verfälschung – Alterung, in: Kunst&Kontext Nr. 12, 2017, S. 5-6

--- Die erste Restitution des Ethnologischen Museums Berlin – gute Absicht und falsche Begründung?, Report RCMC 2018.02.AM, 19.6. 2018

Schneider-Waterberg, Hinrich R.: Der Wahrheit eine Gasse. Zur Geschichte des Hererokrieges in Deutsch-Südwestafrika 1904-1907, Swakopmund 2018

Schultz, Martin (et al.): Arthur Speyer und die Schweizer Museen, in: Kunst&Kontext Nr. 12, 2016, S. 5-33

Spiecker, Johannes: Mein Tagebuch: Erfahrungen eines deutschen Missionars in Deutsch-Südwestafrika 1905-1907, Berlin 2013

Steinmetz, Georg: The Devil's Handwriting: Precoloniality and the German Colonial State in Qingdao, Samoa and Southwest Africa, Chicago/London 2007

Zimmerer, Jürgen und Joachim Zeller (Hrsg.): Völkermord in Deutsch-Südwestafrika. Der Kolonialkrieg (1904-1908) in Namibia und seine Folgen, Berlin 2003

--- Habitus der Kolonialherren, Süddeutsche Zeitung 24. Januar 2018

Zintgraff, Eugen: Nordkamerun, Berlin 1895

Pressemitteilungen des Linden-Museums

PM LM Februar/2016, 2. Februar 2016

PM LM März/2016, 3. März 2016

Flyer der Tagung »Schwieriges Erbe«, 24. April 2017

Pressemitteilungen des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg

PM MWFK 15/2019, 18. Februar 2019

PM MWFK 16/2019, 21. Februar 2019

PM MWFK 18/2019, 22. Februar 2019

PM MWFK 21/2019, 28. Februar 2019

Verfassungsgericht

1 VB 14/19

Anzeige

SOCKEL UND HALTERUNGEN AUS STAHL



FÜR HOLZFIGUREN, MASKEN, BRONZEN UND TERRAKOTTEN STÄNDER FÜR TÜREN UND SCHILDE

GRUNDPLATTE AUS 4 MM STAHLBLECH
HALTER UND STIFTE AUS RUNDSTAHL/STAHLDRAHT VERSCHWEISST
MATT-SCHWARZ LACKIERT, STANDFLÄCHE MIT VELOURSFILZ

INDIVIDUELLE ANFERTIGUNG VON STAND-UND WANDHALTERUNGEN
AUSSTELLUNGSSOCKEL, VITRINEN, RESTAURIERUNGEN

KONTAKT: HERMANN BECKER
TELEFON: 02151/ 521131 • MAIL: HB@BECKER-STAHLMOEBEL.DE

Deutscher Museumsbund –

Leitfaden zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten

Im Juni 2018 veröffentlichte der Deutsche Museumsbund e. V. einen etwa 130-seitigen Leitfaden, dessen Erstellung von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien gefördert worden war. Dieser soll für verschiedene Museumstypen relevant sein, und die Zusammensetzung der 14-köpfigen Arbeitsgruppe unter Leitung der Ethnologin Wiebke Ahrndt war entsprechend gemischt. Vier Mitglieder dieser Gruppe arbeiten in einem Museum mit völkerkundlichen Sammlungen.¹

Der Leitfaden ist kein einheitliches Werk. Er offenbart die Kluft zwischen den mit Objekten arbeitenden Museumskuratoren (z. B. H. Thode-Arora, J. Fine) und den theoretisierenden Globalhistorikern (z. B. L. Förster, J. Zimmerer)², woraus sich auch ein inhaltlicher Widerspruch ergibt. Einerseits soll die Rekonstruktion vielfältiger konkreter Erwerbsgeschichten zu den einzelnen Objekten wissenschaftliches Ziel sein, andererseits kennt die postkoloniale Theorie schon heute die Antwort: Die Gegenstände wurden widerrechtlich erworben.

Aus dieser Dominanz einer Theorie bei gleichzeitigem Mangel an empirischer Forschung resultieren zwei Grundfehler: eine unscharfe regionale und zeitliche Festlegung des Geltungsbereiches sowie eine Kategorienbildung, die nicht von den vorhandenen Objekten und Objekttypen ausgeht. Die Museumsbestände und deren vielfältige Sammlungsgeschichten waren offensichtlich zu wenig bekannt, jedenfalls blieb die sehr unterschiedliche Archivlage in den verschiedenen Jahrhunderten unberücksichtigt.

Europa und die Welt – 600 Jahre unter Generalverdacht?

Der Leitfaden stellt zumindest den Zeitabschnitt »zwischen dem 17. und dem frühen 20. Jahrhundert« unter Generalverdacht, der an mehreren Stellen bis in das 15. Jahrhundert zurückreicht.

Zitat 1: »Objekte, die einem kolonialen Kontext zugeordnet werden können, stammen somit aus der ganzen Welt, nicht allein aus den ehemaligen deutschen Kolonien.« (S. 6)

Zitat 2: »Welche zeitliche und geografische Eingrenzung hat der Leitfaden? Keine. Koloniale Kontexte waren in verschiedenen Regionen und Ländern zu verschiedenen Zeiten gegeben.« (S. 11)

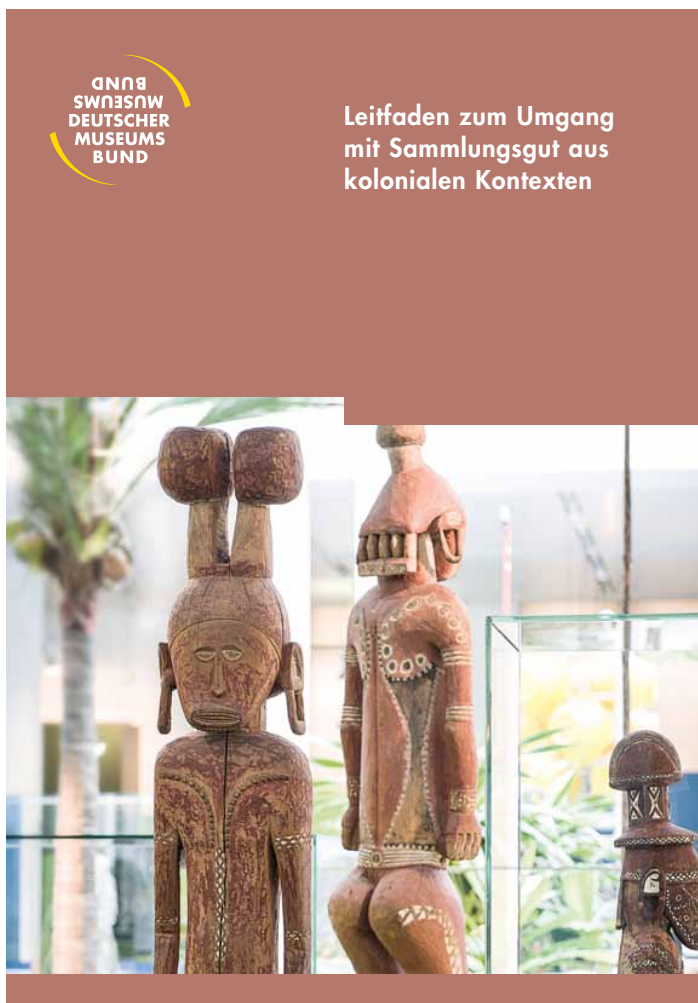


Abb. 1 Cover Leitfaden

Zitat 3: »Kolonisierung begann oftmals mit der Exploration von Gebieten, der Anbahnung von Handelskontakten oder der Missionierung.« (S. 11)

Zitat 4: »Koloniale Kontexte enden also weder 1918/19, als das Deutsche Reich seine Kolonien verlor, noch in den 1960er Jahren mit der Dekolonisierung weiter Teile Afrikas. Auch ist der Anfang nicht erst 1884 zu sehen, sondern fließend seit etwa dem 15. Jahrhundert, als die Europäer die Welt entdeckten und z.B. die spanische Kolonialherrschaft in Amerika begann.« (S. 13)

Zitat 5: »Der europäische Kolonialismus, das Ausgreifen über große Teile des Globus und deren allmähliche Unterwerfung unter Abgesandte Europas sowie die Überwindung dieser Unterwerfung, bildet das Signum der letzten Jahrtausendhälfte. Dieser Prozess umfasst mehr als 600 Jahre, die gesamte Welt und hinterließ Spuren in allen Bereichen von Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik.« (S. 24)

Zitat 6: »Kolonialismus ist – grundsätzlich gesprochen – ein Herrschaftsverhältnis, bei dem die kolonisierten Menschen in ihrer Selbstbestimmung beschränkt, fremdbestimmt und zur Anpassung an die (vor allem wirtschaftlichen und politischen) Bedürfnisse und Interessen der Kolonisierenden gezwungen werden.« (S. 11)

Bei dieser Definitionsbreite reicht es, dass ein hellhäutiger Mensch einen Fuß auf außereuropäischen Boden setzte, um »kolonialen Kontext« oder »Kolonisierung« unterstellen zu können. (Unverständlich bleibt, warum dann der Zeitraum nicht mindestens bis in die Zeit der Kreuzzüge ausgedehnt wurde.) Unvereinbar mit der erforderlichen Einzelfallprüfung ist deshalb die vorgeschlagene Kategorienbildung, denn so gut wie jedes Objekt wird im »kolonialen Kontext« gesammelt worden sein.

»3. Kategorien kolonialer Kontexte

Kategorie 1: Objekte aus formalen Kolonialherrschaften

Kategorie 2: Objekte aus kolonialen Kontexten außerhalb formaler Kolonialherrschaften

Kategorie 3: Rezeptionsobjekte aus kolonialen Kontexten.« (S. 16-24)

Fehlende empirische Basis

Den Definitionen fehlt eine empirische Basis in Form von Fallstudien. Weder die Bestände in den Museen noch

die – historisch bedingt – sehr unterschiedlichen Sammlungsdokumentationen sind systematisch berücksichtigt. Denn es gibt derzeit keine zusammenfassenden Metastudien zum Thema »Objekterwerb im Kolonialismus«. So bildet die postkoloniale Theorie eine Art hyper-theoretischen Nebel, der den Blick auf die konkreten Objekte mit ihrer Sammlungsgeschichte und die Fallstudien zum meist gravierenden Kulturwandel der Ethnien verschleiert und ausblendet.

Von den Objekten aus betrachtet gibt es außerdem keine Notwendigkeit für eine in zeitlicher Hinsicht derart gedehnte Definition, denn es gibt kaum außereuropäische Objekte in den Museen, die zwischen 1500 und 1800 gesammelt wurden und heute noch vorhanden sind. Auch ist offensichtlich nicht bekannt, dass die Archivlage sehr unterschiedlich ist. Grob gesagt, ist der Objekterwerb ab etwa den 1950er-Jahren häufiger dokumentiert, zwischen etwa 1880 und 1950 ist dies sehr selten der Fall, und für die Zeit vor 1880 bedarf es der wissenschaftlich mühsamen und aufwendigen Rekonstruktion der Herkunftsregion. Bei Objekten, die sich schon um 1800 in Europa befanden, ist eine weitere Hauptfrage, in welchen Vorgängersammlungen sich diese nachweisen lassen. Eine – hiermit vorweggenommene – Antwort wird sein, dass bei sehr vielen vor 1900 gesammelten Objekten die regionalen Zuordnungen bis heute ungenau oder falsch sind. Fallstudien zu Teilbeständen des Amazonas-Gebietes haben gezeigt, dass dies auf 30 bis 50 % der Stücke zutrifft. (Schlothauer 2013, 2015, 2019)

Der Leitfaden als Auftrag?

»Auf der Grundlage des Leitfadens ist jedes Museum und jede Sammlung gehalten, einen eigenen Standpunkt und eigene Richtlinien für den Umgang mit Objekten aus kolonialen Kontexten zu formulieren. Darüber hinaus sind die Museen aufgerufen – unabhängig davon, ob sie Objekte aus kolonialen Kontexten in ihren Sammlungen haben – sich mit dem Thema Kolonialismus in ihrer Ausstellungs- und Vermittlungsarbeit aktiv auseinanderzusetzen.« (S. 8)

Es bleibt abzuwarten, ob der folgende Absatz umgesetzt wird: »In einigen öffentlichen Debatten wird jeglicher Sammlungserwerb im kolonialen Kontext per se als Unrecht angesehen. Dies wird damit begründet, dass es unter Kolonialherrschaften bzw. in kolonialen Strukturen ein derartiges Machtgefälle zwischen Beherrschten und Herrschern gegeben habe, dass eine Rechtmäßigkeit beim Erwerb von Objekten schlechthin un-

denkbar sei. Dem vorliegenden Leitfaden liegt die Überzeugung zugrunde, dass die Vielzahl von historischen und lokalen Aneignungs- und Aushandlungsprozessen einzubeziehen ist. Es soll für die große Bandbreite sensibilisiert werden.« (S. 15)

Es steht zu befürchten, dass dieser »Aufruf« zu einer Flut ähnlich bis gleich konstruierter Zusammenhänge und gerade nicht zu einem differenzierten Verstehen der Vergangenheit führen wird. In den Medien dominieren bereits seit Langem einfache und einseitige postkoloniale Legenden, die nicht auf differenzierter wissenschaftlicher Analyse basieren. Da sich Politiker – aus Zeitgründen – bevorzugt mithilfe der Feuilletons informieren, sind auch sie von den einfachen Legenden infiziert. Deshalb werden junge Wissenschaftler und Kuratoren in Zukunft eine Menge Rückgrat benötigen, um vom veröffentlichten Zeitgeist nicht erdrückt zu werden. Handelte es sich bei ihnen um finanziell unabhängige Unternehmer, könnten sie selbstständig agieren, sodass die mediale Einseitigkeit weniger einflussreich wäre. Wer allerdings mit einem befristeten Vertrag angestellt ist, dessen Freiheitsgrade sind begrenzt. Ein Museum ist eine Behörde und jeder dort Arbeitende politisch-administrativer Einflussnahme ausgesetzt.

Die Ausstellungen der letzten Jahre weisen einen klaren Trend auf: Es werden vor allem Beispiele für unrechtmäßigen Erwerb präsentiert. Da dies selten am konkreten Objekt mit der vorhandenen Sammlungsdokumentation gelingt, dominieren in den Texten diffuse Hinweise auf einen ‚Kontext kolonialer Gewalt‘.³ Nicht das Verständnis einzelner Menschen und der jeweils einmaligen Erwerbssituation steht im Vordergrund, sondern eine einfältige Interpretation aus heutiger Sicht. Dies dürfte durch den Leitfaden weiter manifestiert werden.

Methodische Mängel

Dessen Methodik ist unbefriedigend. Selbst wenn auf Fallstudien Bezug genommen wird, ist so unscharf zitiert, dass eine Prüfung unmöglich ist.

Zitat 1: »So dürfen manche Objekte beispielsweise nicht von Frauen, nicht-initiierten oder rangniedrigen Personen betrachtet oder berührt werden (z.B. Schwirrhölzer australischer Aborigines, bestimmte hinduistische Götterstatuen für Angehörige der Gesellschaftsgruppe der »Unberührbaren«). [...] Nach Auffassung mancher Herkunftsgesellschaften, etwa aus Ozeanien, wohnt allen Objekten, die z.B. mit der Religion, den Vorfahren

oder Herrschaftsinsignien zu tun haben, Mana inne, die potentiell gefährlich sein kann und Rituale vor dem Umgang mit den Objekten erfordert.« (S. 9)

Zitat 2: »Für einige Gesellschaften ist auch die Abbildung Verstorbener sensibel, was für den Zugang zu historischen Film- und Fotosammlungen relevant sein kann.« (S. 10)

Es ist nicht einzusehen, warum die wissenschaftliche Methodik genauen Zitierens in einem Leitfaden nicht einzuhalten sein sollte, zumal ohnehin schon mit Fußnoten gearbeitet wird. Bisweilen wird die Quelle zitiert, in einem Fall ist dann eine »persönliche Mitteilung« einzige Basis der Behauptung.⁴ Diese Kritik mag beim ersten Lesen kleinlich erscheinen, aber mit dieser Arbeitsweise wird eine wesentliche Grundlage von Wissenschaftlichkeit verlassen: Die Prüfbarkeit des Geschriebenen. Der Leitfaden produziert auf diesem Weg scheinbar allgemeingültige Wahrheiten, ohne dabei auf die jeweils konträre Diskussion einzugehen.

Das Objekt als Störfaktor

Objekte kommen im Leitfaden entweder als Gruppe (»sensibel«) oder als Summe (»Sammlungen«) vor.

Zitat 1: »Objekte aus kolonialen Kontexten sind historisch sensible Objekte, mit deren Geschichte und Charakter sich Museen auseinandersetzen müssen. Ihr Erwerb war oftmals mit Ausübung von Gewalt und/oder ausgeprägten Abhängigkeitsverhältnissen verbunden.« (S. 11)

Zitat 2: »Zu kulturell sensiblen Objekten in Museen zählen menschliche Überreste, religiöse und zeremonielle Objekte und Herrschaftszeichen. Ihnen kommt meist eine besondere Bedeutung zu, weshalb der Umgang mit ihnen in der Herkunftsgesellschaft begründeten Zu- und Umgangsbeschränkungen unterliegt.« (S. 9)

Zur Erkennbarkeit dieser Merkmale heißt es: »Allein die Zuordnung eines Objekts zu einem kolonialen Kontext ist unter Umständen nicht leicht vorzunehmen.« (S. 7) Die praktische Schwierigkeit besteht also darin, den »kolonialen Kontext« oder »kulturell Sensibles« am Objekt selbst zu erkennen. Da es sich nicht um materielle Eigenschaften handelt, führt dies zu einem Wildwuchs von Interpretationen und Spekulationen. Denn das Objekt ist bis heute

ein Störfaktor im Universitäts- und Museumsbetrieb. Nur eine verschwindend kleine Zahl von Spezialisten ist noch dazu in der Lage, ein Objekt zeitlich und regional einzuordnen, ohne vorher die Dokumentation zu kennen. (Diese Fähigkeit begrenzt sich dann jeweils auf eine bestimmte Ethnie bzw. Region oder Materialgruppe.)

Der Nachweis des »kolonialen Kontextes« ist also wesentlich von der zugehörigen Dokumentation abhängig und setzt eine zuverlässige Verbindung des Objektes mit seiner Inventarnummer voraus. In der wechselhaften Geschichte der Museen wurden in der Vergangenheit z. B. Etiketten entfernt, Inventarbücher fehlerhaft abgeschrieben und Nummern aus Versehen vertauscht. Die zweifelsfreie Feststellung der Identität von Objekt und Inventarnummer ist daher die erste Aufgabe, die allerdings im Leitfaden überhaupt nicht thematisiert wird.

Objekttypen statt Kategorien

Eine Gliederung nach Objekttypen wäre praktisch brauchbarer gewesen als die Bildung von »Kategorien kolonialer Kontexte«. Denn in den völkerkundlichen Sammlungen findet sich vor allem Belangloses und Unwichtiges. Dies zeigt sich auch daran, dass die Museen in den letzten hundert Jahren den überwiegenden Teil ihrer Bestände nie ausgestellt haben und nur sehr wenige Objekte im Detail beschrieben und mit Fotos publiziert sind. Das Thema »kolonialer Kontext« an Materialproben, Modellen, Alltagsgeräten, Werkzeugen und Haushaltswaren zu diskutieren, erscheint doch etwas übertrieben, und dies wird bisher auch nicht gemacht. Der Gedanke findet sich in ähnlicher Form auch im Leitfaden, hat sich aber bei der Kategorienbildung und der Empfehlung zur Vorgehensweise nicht ausgewirkt. *»Es sei allerdings angemerkt, dass kulturell sensible Objekte nur einen Teil der Sammlungen ausmachen. Vielmehr finden sich in den Sammlungen Objekte der Alltagskultur [...], ergänzt um offensichtliche Souvenirs und Modelle aller Art.«* (S. 10)

Die Objekte werden in ihrer undifferenzierten Gesamtheit zu Symbolen verklärt: *»Der Leitfaden ist in der Erkenntnis entstanden, dass Objekte aus kolonialen Kontexten außer ihrer direkten Objektgeschichte noch eine weitere historische Komponente besitzen. Sie sind Zeitzeugen eines Wertesystems, bei dem sich aufgrund einer angenommenen Höherwertigkeit die Kolonialherren über andere Staaten und deren Bevölkerungen oder einzelne Bevölkerungsteile erhoben, diese benutzten und unterdrückten.«* (S. 6)

Gleichzeitig soll dann aber auch beachtet werden, *»dass die besondere Bedeutung kulturell sensibler Objekte in der Regel nicht in den kolonialen Kontexten begründet liegt, sondern vorrangig im Objekt selbst und damit in seiner Bedeutung für die Herkunftsgesellschaft.«* (S. 10) Dieser übergroße Spagat ist vermutlich ein »Konsens« der unterschiedlichen Fraktionen, die den Leitfaden gemeinsam verabschieden mussten.

Fazit

Die Definitionen zum »kolonialen Kontext« sind zu ungenau und für die praktische Forschung am einzelnen Objekt und an den Sammlungen nicht hilfreich. Hierdurch kann der Leitfaden nur bedeutungslos bleiben, wird aber auf jeden Fall die verantwortlichen Kuratorinnen und Museumsmitarbeiter derart »sensibilisieren«, dass sie in Ausstellungstexten auf eine diffuse koloniale Gewaltsituation beim Erwerb hinweisen und besonders nach Objekten fahnden werden, deren Dokumentation eine solche Konstruktion zulässt. Damit werden nicht das Verstehen und die Aufarbeitung des Alltags der einzelnen Menschen in den Kolonien in den Vordergrund gerückt, sondern die dogmatische Interpretation aus heutiger Sicht. Die Vielfalt der Meinungen, der Motive und des individuellen Handelns wird dabei ausgeblendet. Es wäre besser gewesen, sich zeitlich und regional auf die deutschen Kolonien zwischen 1884 und ca. 1915 zu beschränken.

Der Leitfaden des Museumsbundes zu menschlichen Überresten⁵ hat nicht etwa zu einer Aus- und Weiterbildungswelle geführt, die den KuratorInnen heute ein selbstständiges naturwissenschaftliches Erkennen verschiedener menschlicher Überreste, z. B. Zähne, Haare, verschiedene Knochen, ermöglichen würde. Die Sensibilität mag nun größer sein, aber es fehlt an praktischer Umsetzung. Kein Museum hat bisher einen Katalog aller betroffenen Objekte vorgelegt, und die Publikationen zu konkreten Stücken sind nach wie vor gering. Weiterhin stand nur in wenigen Ausstellungen der letzten Jahre die Vermittlung indigen-historischer Kontexte im Vordergrund, sehr viel häufiger wurde eine zensierende Grundhaltung praktiziert. Menschliche Überreste wurden entweder gar nicht mehr gezeigt oder nach Vorstellungen europäischer Pietät verhüllt (Halbdunkel, schummriges Glas). Der alltägliche Umgang der Hersteller mit Ahnenschädeln, Zahnketten, etc. und der Stolz historisch-indi-

gener Kopffäger (Mundurukú, Jivaro, Naga, etc.) wurden und werden zeitgemäß korrigiert. Dem Ende ihrer Kultur bzw. der teilweise gewaltsamen Auslöschung der Menschen folgt – aus Sicht des Autors – eine Verleugnung ihrer Werte. Das Ergebnis ist eine Verfälschung bis hin zur Zensur der Vergangenheit.⁶

Im Leitfaden heißt es: »Postkoloniale Perspektiven setzen auf eine kritische und differenzierte Auseinandersetzung mit Rollenbildern und Machtstrukturen, die ihren Ursprung im Kolonialismus haben.« (S. 13) Wünschenswert wäre auch eine kritische Auseinandersetzung mit der fehlenden empirischen Grundlage der bisher verbreiteten Legenden zum ‚Objekterwerb im Kolonialismus‘. Denn hier verbirgt sich ein zu wenig beachtetes Risiko: Wenn am Anfang gegenwärtiger Fragestellungen und zukünftiger Forschung eine moralische Weltdeutung steht, kann dies nicht ohne Einfluss auf die Ergebnisse bleiben. Die Wissenschaft hat damit ihre ergebnisoffene, neutral fragende Position aufgegeben. Der Schritt zu Ideologie und Dogma ist dann nur noch ein kleiner – oder er wurde schon zurückgelegt.

Ausblick – Deutscher Museumsbund fordert dauerhafte Stärkung der Museen

Die erste Phase hat der Museumsbund im Mai 2018 mit der Vorlage des Leitfadens abgeschlossen, anschließend folgte die zweite Phase: Dessen Diskussion mit zwölf Museumsmitarbeitern aus acht außereuropäischen Staaten (Australien, Bolivien, Namibia, Neuseeland, Nigeria, Samoa, Tansania, USA/Alaska). Die überarbeitete zweite Version des Leitfadens wurde am 1. Juli 2019 auf einer Pressekonferenz im Überseemuseum Bremen vorgestellt. Damit hat die dritte Phase weiterer Diskussion und Überarbeitung begonnen, die im Sommer 2020 enden soll. Erst dann wird der endgültige Leitfaden vorgelegt. Inzwischen werden auch erste Diskussionsbeiträge (derzeit vier) zum Leitfaden auf der Internetseite des Museumsbundes präsentiert. Nicht entschieden ist bisher, ob auf einer Tagung ein direkter Austausch der unterschiedlichen Erfahrungen und Ansätze möglich sein wird.

Während der Pressekonferenz formulierte der Präsident des Museumsbundes und Direktor des Badischen Landesmuseums Karlsruhe, Eckart Köhne, klare Forderungen an die Träger der Museen: »Im Zentrum stehen dabei eine hinreichende, dauerhafte Finanzierung und eine entsprechende personelle Ausstattung für die Provenienzforschung. Dazu gehören neben Wissenschaftlern auch Restauratoren,

Sammlungsverwalter, Fotografen und EDV-Spezialisten.« Wichtig ist Köhne, dass diese Stellen langfristig gesichert sind. »Kurzfristige Projekte helfen hier kaum.« Die wissenschaftlichen Ergebnisse müssten außerdem »zeitnah publiziert und über das Internet weltweit verfügbar gemacht werden«. (PM, 1. Juli 2019)

Interview mit Wiebke Ahrndt, Direktorin des Überseemuseums Bremen

Kunst&Kontext: Welche Änderungen finden sich in der zweiten Version des Leitfadens?

Wiebke Ahrndt: In der überarbeiteten Fassung befinden sich Ergänzungen und Änderungen, die auf der Basis eines internen Workshops mit Museumsfachleuten aus elf verschiedenen Herkunftsgesellschaften erarbeitet wurden. So fokussiert sich dieser Leitfaden u.a. auf eine stärkere Sensibilisierung für nicht-europäische Perspektiven. Dazu tragen auch zwei Fachbeiträge externer Experten bei, die die Bedeutung von Objekten für Herkunftsgesellschaften sowie Dekolonisierungsmöglichkeiten im Sammlungs- und Ausstellungsmanagement thematisieren. Zudem wurden weitergehende Überlegungen zum Thema Rückgabe ergänzt.

Kunst&Kontext: Welche neuen Abschnitte wurden aufgenommen?

Wiebke Ahrndt: Es wurden insgesamt drei Kapitel ergänzt und eines in größeren Teilen umformuliert:

1. In ihrem Beitrag legt Rosita Kaahani Worl, Präsidentin des Sealaska Heritage Institute in Juneau (Alaska), dar, dass zeremonielle Gegenstände und Clan-Insignien nach wie vor eine wichtige Rolle im zeremoniellen Leben der Tlingit spielen. Der Beitrag sensibilisiert die Leser für die herausragende kulturelle Bedeutung dieser Gegenstände und verdeutlicht die von uns im Leitfaden nochmals präzisierende Definition für kulturell sensible Objekte. Die Debatte hierüber förderte zudem die Überarbeitung des Rückgabekapitels.

2. Safua Akeli Amaama von der Universität von Samoa, Zoe Rimmer, Senior Curator für indigene Kulturen des Tasmanian Museum and Art Gallery in Australien, Nehoa Hilma Kautondokwa von ICOM Namibia und Fulimalo Pereira, Curator Pacific vom Auckland Museum in Neuseeland, haben gemeinsam einen Artikel über die zentralen Fragen bei der Dekolonisierung des Sammlungs- und Ausstellungsmanagements geschrieben. Die Beiträge haben das Ziel, den Dialog der Zusammenarbeit weiter zu vertiefen. Dieser Dialog wird helfen, so die Autorinnen, nationale und internationale Debatten zu formen. Das Kapitel

hat uns in unseren Statements zu Digitalisierung und internationalen Zusammenarbeit sehr bestärkt. Für beide Bereiche ist eine deutlich verbesserte Ausstattung der Museen unerlässlich.

3. Ein weiterer Beitrag über Fragen zu außereuropäischen Rechtssystemen ergänzt das Kapitel zum deutschen und britischen Kolonialrecht. Dadurch wird die Beantwortung von Fragen der Legalität, von Recht und Unrecht nicht leichter, es wird aber deutlich, dass es geboten ist, für die Erwerbungskontexte von einer Situation des Rechtpluralismus auszugehen.

4. Das Kapitel zum Thema Rückgabe wurde in Teilen neu formuliert. Rückgaben von Kulturgut aus kolonialen Kontexten sollten, so unsere Empfehlung, sowohl dann in Erwägung gezogen werden, wenn die Erwerbsumstände aus heutiger Sicht als Unrecht erscheinen, als auch dann, wenn es sich um ein Objekt handelt, das zum Zeitpunkt, als es aus der Herkunftsgesellschaft entfernt wurde, für diese von besonderer religiöser oder kultureller Bedeutung war und diese Bedeutung bis heute behalten oder auch wiedererlangt hat.

Kunst&Kontext: Nach welchen Kriterien wurden die Experten ausgewählt?

Wiebke Ahrndt: Die internationalen Expertinnen und Experten kommen aus elf verschiedenen Herkunftsgesellschaften. Sie sind überwiegend an Museen tätig, und zwar in den Fachgebieten, die für das in Frage stehende Sammlungsgut relevant sind. Vertreterinnen aus ehemals deutschen Kolonien sind ebenso dabei, wie Expertinnen aus Ländern, die in der Dekolonisierung der Museumsarbeit weiter sind als wir. Eine Auflistung findet sich am Ende des Leitfadens.

Kunst&Kontext: Welche konkreten Restitutionsforderungen an deutsche Museen bezüglich Kulturgütern (keine menschlichen Überreste) sind Ihnen derzeit bekannt?

Wiebke Ahrndt: Die Restitutionsforderungen werden direkt an die betroffenen Museen gestellt und nicht zentral gesammelt. Daher ist nicht bekannt, welche konkreten Restitutionsforderungen momentan bearbeitet werden.

Text **Andreas Schlothauer**

ANMERKUNGEN

1 **Wiebke Ahrndt**, Hans-Jörg Czech, **Jonathan Fine**, Larissa Förster, Michael Geißdorf, Matthias Glaubrecht, Katarina Horst, Melanie Kölling, Silke Reuther, **Anja Schaluschke**, Carola Thielecke, **Hilke Thode-Arora**, Anne Wesche, Jürgen Zimmerer (S. 132) Der Unterstrich kennzeichnet die Mitarbeiter ethnologischer Museen.

2 Thode-Aurora/Fine (S. 57-63), Förster (S. 39-41), Zimmerer (S. 24-35).

3 Auffälligstes Beispiel war die Ausstellung des Historischen Museums »Deutscher Kolonialismus« (2016/17).

4 »Fotografien, Zeichnungen (Fußnote 2) [...] können ggf. aus ethischen Gründen ebenfalls als kulturell sensible Objekte verstanden werden.« **Fußnote 2:** »Während der Hamburger Südsee-Expedition zeichnete beispielsweise Elisabeth Krämer-Bannow bestimmte Tatauiermuster mikronesischer Frauen ab. Deren Veröffentlichung wird auch von heutigen mikronesischen Frauen als Affront und Vertrauensbruch bewertet (pers. Mitteilung Susanne Kühling).« (S. 10)

5 »Empfehlungen zum Umgang mit menschlichen Überresten in Museen und Sammlungen«, Deutscher Museumsbund 2013

6 Eine Ausnahme ist z. B. das Weltmuseum Wien, das seit der Wiedereröffnung im Jahr 2017 in einer Vitrine eine mumifizierte Schädeltrophäe und den zugehörigen Federschmuck der Mundurukú zeigt. Eine weitere Ausnahme ist die Ausstellung von mehreren Schrumpfköpfen in der Dauerausstellung des Historischen und Völkerkundemuseum St. Gallen seit 2015. Beide Beispiele sind nicht in Deutschland.

LITERATUR

Schlothauer, Andreas: Amazonischer Federschmuck in den Sammlungen der rem Mannheim. Eine systematische Sammlungsbearbeitung 2003-2012, in: Kunst&Kontext Nr. 6, 2013, S. 54-60

--- Amazonas Federschmuck Museum Volkenkunde Leiden: eine systematische Sammlungsbearbeitung 2007-2014 (www.andreasschlothauer.com, online seit 2015)

--- Humboldt und die Folgen. »Brasilianischer« Federschmuck in der Königlichen Kunstkammer zu Berlin (1800-1856), in: Kunst&Kontext Nr. 17, 2019, S. 71-95

Leitfaden des Deutschen Museumsbundes (Online-Version) www.museumsbund.de, Suchbegriff »Leitfaden«

Pressemitteilungen

Deutscher Museumsbund fordert anlässlich der Neuauflage des Leitfadens zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten eine dauerhafte Stärkung der Museen, PM des Deutschen Museumsbund vom 1. Juli 2019

Le rapport Sarr-Savoy.

À qui profitent les restitutions ?

« Restituer la patrimoine africain », c'est ce que souhaitent Bénédicte Savoy et Felwine Sarr, les deux auteurs de l'ouvrage publié en novembre 2018 et qui « reprend à quelques détails près » les termes du rapport (Sarr/Savoy 2018 : 9)¹ commandé par le président français Emmanuel Macron après son désormais célèbre discours à Ouagadougou (Gouv-fr 1 ; Peraldi 2018 : 32-37).

Plus de six mois après ce rapport, où en est le projet

de restitution annoncé par Emmanuel Macron ? Quelles propositions des auteurs a-t-il retenu ? Que va-t-il restituer et comment ?

Petit rappel des événements précédents

À Ouagadougou, le 28 novembre 2017, le président français déclarait : « Je ne peux accepter qu'une large part du patrimoine culturel de plusieurs pays africains soit en France. [...] Le patrimoine africain doit être mis en valeur à Paris mais aussi à Dakar, à Lagos, à Cotonou, ce sera une de mes priorités. Je veux que d'ici cinq ans les conditions soient réunies pour des restitutions temporaires ou définitives du patrimoine africain en Afrique. » (Gouv-fr 1)

En mars 2018, il chargeait Bénédicte Savoy et Felwine Sarr, qu'il qualifie de « personnalités incontestables et [...] intellectuellement engagées sur ces questions » de mener un « travail de réflexion et de consultation afin de faire des propositions concrètes » et les remerciait d'avoir accepté de mener ce projet qui lui « tient tout particulièrement à cœur » (Gouv-fr 2).

Presque un an jour pour jour après le discours du président français au Burkina Fasso, les auteurs remettaient leur rapport à Emmanuel Macron. Dans ce rapport rédigé « entre Dakar, Berlin et Paris au cours de l'été 2018 » (Sarr/Savoy 2018 : 15), ils y décrivent son allocution à Ouagadougou comme l'ouverture d'une fenêtre historique et comme le début d'« une nouvelle ère dans les relations culturelles entre l'Afrique et la France » (Sarr/Savoy 2018 : 137). Le président français a « salué le travail de réflexion mémorielle sur la colonisation, qui offre un nouvel éclairage sur les circonstances des « captations patrimoniales » et sur la spécificité du cas du patrimoine africain » (Gouv-fr 3). Il semblerait donc que le président ait apprécié le travail des auteurs. S'il confirme ce qu'il est écrit dans l'ouvrage, voici les raisons et les solutions qu'il pourrait utiliser pour son projet de restitution.



Fig. 1 Statue anthropomorphe, Bénin, Musée du quai Branly, N° Inv. 71.1893.45.1

Les auteurs

Felwine Sarr (*1972, Sénégal) est écrivain et universitaire, agrégé d'économie.

Le dernier ouvrage de Felwine Sarr avant le rapport et publié en 2017 est intitulé *Habiter le monde, essai de politique relationnelle*. La culture n'est pas thématifiée dans cet ouvrage. *Afrotopia*, publié en 2016 est une « pensée portant sur le continent Africain » (Sarr/Savoy 2018 : 9). Or, le patrimoine artistique africain est à peine évoqué. Le mot « art » et le mot « musée » n'apparaissant que dans les deux citations que voici :

« La pensée, la littérature, la musique, la peinture, les arts visuels, le cinéma, les séries télévisées, la mode, les chants populaires, l'architecture et l'élan des villes sont des espaces où se dessinent et se configurent les formes à venir de la vie individuelle et sociale. » (Sarr 2016 : 134). Et plus loin : « Il nous faut des lieux de mémoires, des musées, des parcours créés par des designers africains pour donner corps à notre histoire vécue et envisagée » (Sarr 2016 : 145).

Bénédicte Savoy (*1972, Paris), professeur à l'université de Berlin et de Paris.

Les recherches de B. Savoy se portent principalement sur l'histoire de l'Europe, et notamment sur l'époque napoléonienne. Le (seul?) texte publié par l'universitaire concernant des objets extra-européens se trouve dans son discours inaugural² au Collège de France. L'auteur y évoque l'arrivée des bronzes du Nigeria en Europe et une sculpture Bamiléké de sa collection personnelle, achetée dans une galerie berlinoise.

Les fondements du rapport

« Le projet de restitution engagé par la France s'inscrit dans une triple logique de réparation, de rééquilibrage de la géographie culturelle mondiale, mais aussi et surtout de nouveau départ » (Sarr/Savoy 2018 : 15)

Lors de son discours à Ouagadougou, Emmanuel Macron avait proposé des restitutions temporaires ou définitives (Gouv-fr 1). Plus tard, il avait évoqué son souhait de travailler sur « une plus grande circulation des oeuvres » et « des prêts issus de collections françaises » avec le président béninois Patrice Talon (Gouv-fr 2).

Or, pour B. Savoy et F. Sarr, les prêts ne sont que des solutions temporaires aux restitutions permanentes. Ils citent un extrait de la circulaire que leur a remise le président et qui souligne sa volonté de « lancer une action déterminée en faveur de la circulation des œuvres et du partage des connaissances collectives des contextes dans lesquels ces œuvres ont été créées, mais aussi prises, parfois pillées, sauvées ou détruites » et qui « pourra prendre différentes formes, jusqu'à des modifications pérennes des inventaires nationaux et des restitutions » (Sarr/Savoy

2018 : 49-59). Le rapport ne porte donc que sur un projet global de restitution définitive.

La première et principale raison invoquée par les auteurs est qu'entre 90 % et 95 % du patrimoine africain se trouverait hors d'Afrique. « C'est ce constat, cet abîme entre le nombre d'objets en Europe et en Afrique même, qui définit et mesure la spécificité du cas africain » (Sarr/Savoy 2018 : 14).

La deuxième raison invoquée est l'origine des collections dont les objets « qui pour une grande part ont été arrachés à leurs cultures d'origine par la violence du colonialisme, qui ont pérégriné à leur corps défendant » (Sarr/Savoy 2018 : 137). Les auteurs évoquent différentes « formes historiques de spoliations » (Sarr/Savoy : 87) : Les « butins » (Sarr/Savoy 2018 : 88) spoliés à l'occasion de « violences de guerre », les « missions d'exploration » et « raids » scientifiques » (Sarr/Savoy 2018 : 94) qui ont permis l'acquisitions « de nombreux objets des collections des musées [...] par la violence ou la ruse, ou dans des conditions iniques liées notamment à l'asymétrie du contexte colonial » » (Sarr/Savoy 2018 : 122-123).

Une troisième raison est d'ordre « politique, symbolique, philosophique et relationnel » : « Les restitutions, par la mise en désordre des anciennes modalités relationnelles qu'elles entraînent, préfigurent une nouvelle cosmologie où la captation patrimoniale, mœurs d'un autre temps, cède la place à une nouvelle mise en relation du monde, qui se base sur la reconnaissance de notre interdépendance mutuelle et du caractère fondamentalement relationnel de nos identités » (Sarr/Savoy 2018 : 139).

Une analyse euro-centriste

Dans le premier chapitre, les auteurs évoquent l'« aliénation » et l'« équilibre psychologique brisé » par le départ d'« objets-repères ». Ils comparent la captation patrimoniale au « viol, à la prise d'otages, à l'emprisonnement ou la déportation d'intellectuels » (Sarr/Savoy 2018 : 19-20). Pour illustrer leur propos, les auteurs citent l'historien grec Polybe (2^{ème} siècle av. JC), le juriste et philosophe allemand Carl Heinrich Heydenreich (18^{ème} siècle), l'auteur latin Cicéron (1^{er} siècle av. JC), l'auteur grec Hippolyte Mazier du Heaume (19^{ème} siècle) et le duc de Wellington, militaire et homme d'État britannique (18^{ème}-19^{ème} siècle). Tous ces exemples font référence à la spoliation d'œuvres d'art en Europe dans l'Antiquité et à la Révolution française. Aucun ne s'appuie sur des événements qui ont eu

lieu en Afrique, pendant la colonisation.

Une analyse plus psychologique qu'historique

Ce n'est que plus loin dans leur ouvrage que les auteurs se concentrent sur l'Afrique et se lancent dans une analyse psycho-historique de tout un continent : « Les mémoires de la situation coloniale influent sur la présence au monde des peuples africains contemporains. [...] Sortir des représentations et des impensés liés à ce passé exige un travail sur l'histoire et les imaginaires d'une relation qui, elle-même, reste à être décolonisée [...]. Envisager les futurs possibles nécessite de solder les séquelles de la situation coloniale. S'il accompagne le retour d'objets emblématiques, le travail de mémoire peut agir comme un opérateur de reconstruction de l'identité des sujets et des communautés. Lorsque le collectif considère le passé comme un « problème à résoudre », surtout si celui-ci a laissé des traumatismes (violence, guerres, génocides,...), un travail de réappropriation et de négociation vis-à-vis de ce passé est nécessaire afin que s'enclenchent une cure et un processus de résilience » (Sarr/Savoy 2018 : 61-62). Ils s'appuient sur les ouvrages de Marc Bloch (historien français), de Lynn Hunt (historienne américaine) et de Karima Lazali (psychanalyste algérienne) pour décrire ce que ressentent les « jeunes générations d'Africains, qui n'ont pas vécu le moment colonial mais qui sont héritières d'une histoire transmise par fragments et d'une mémoire occultée par un récit tronqué, [et qui] demeurent otages d'une histoire irrecevable, car non travaillé par la parole et la représentation » (Savoy/Sarr 2018 : 63). La jeunesse africaine serait ainsi dans la « honte d'exister ».

L'argumentaire repose ainsi sur une analyse de sentiments. Si les Africains doivent récupérer leur patrimoine, c'est parce qu'ils ont été soumis (Sarr/Savoy 2018 : 88, 95), humiliés (Sarr/Savoy 2018 : 91), traumatisés (Sarr/Savoy 2018 : 62, 63). Et si les Européens ne veulent pas rendre d'objets, c'est parce que « le simple mot de « restitution » suscite un réflexe de défense et de repli » (Sarr/Savoy 2018 : 33), que cela les met en « colère » et suscite des « revendications » (Sarr/Savoy 2018 : 74).

Les restitutions pourraient donc participer à un « processus de résilience » ou un travail de reconstruction de l'histoire (Sarr/Savoy 2018 : 62-64). L'absence des objets en Afrique étant considérée comme un « membre man-

quant », leur restitution permettrait d'« apaiser la douleur, bien réelle, causée par le membre fantôme » (Sarr/Savoy 2018 : 64-70) et serait « un juste travail historiographique » pour « une nouvelle éthique relationnelle » (Sarr/Savoy 2018 : 69).

Patrice Talon, le grand oublié du rapport

Puisque le projet de restitution des œuvres concerne en premier lieu le Bénin (Peraldi 2018 : 14-41), les auteurs auraient pu citer les projets du président Patrice Talon. Lors d'une rencontre au Bénin avec la chefferie traditionnelle en août 2018, celui-ci apporte une analyse de l'histoire africaine moins axée sur la souffrance et beaucoup plus tournée vers le développement (économique) : « le peuple noir et les pays d'Afrique ont déjà tourné cette page [esclavage, ndlr], même si nous aimons rappeler le rôle qui a été le nôtre dans l'évolution du monde. Mais aujourd'hui, il s'agit de nous construire, il s'agit de nous affirmer, de prendre notre place sur cette terre de compétition. [...] Le Bénin a décidé d'investir dans le tourisme, parce qu'aujourd'hui, chaque pays vit de ses potentiels, de son talent et de ses atouts. Nous avons noté que notre pays possède beaucoup d'atouts touristiques et le gouvernement actuel a décidé de s'engager à investir dans le tourisme. [...] Révéler au monde ce qu'a été Ouidah et dont l'esclavage n'est pas pour nous une dynamique de revendications ni de lamentations mais va être désormais une dynamique - excusez-moi - commerciale. » (Gouv-bj 1).

Lors de la Conférence de l'UNESCO intitulée « Circulation des biens culturels et patrimoine en partage » (1^{er} juin, au siège de l'UNESCO à Paris), le président béninois explique ce que la restitution des biens culturels apporterait à son pays : « Depuis deux ans en effet, le Bénin s'est engagé dans un important programme de développement du secteur de la culture et du tourisme pour augmenter son potentiel d'attractivité d'investissement dans un secteur réputé porteur de développement socio-économique. Au-delà des questions d'ordre politique, historique, sociologique ou philosophique la restitution, le partage et la circulation des biens culturels sont désormais pour le Bénin un moyen de lutte contre la pauvreté, un facteur de création d'emploi et de richesses, un outils de développement socio-économique. » (Gouv-bj 2).

Des chiffres non vérifiés

Les auteurs fondent la spécificité du cas africain sur une supposition (Sarr/Savoy 2018 : 14) : Ils citent comme source Alain Godonou (allocution au Forum de l'UNESCO sur la mémoire et l'universalité, le 5.2.2007) qui « pense qu'on peut dire [...] que 90 à 95 % du patrimoine africain sont à l'extérieur du continent » (Sarr/Savoy 2018 : 14) et Stéphane Martin, directeur du quai Branly, pour qui « la presque la totalité » de ce qui a été enlevé du sol africain est dispersé sur le reste du monde (entretien publié dans le Figaro, le 6.12.2017). C'est donc sur une appréciation de deux personnes que se fonde le rapport. Comment une supposition et non pas une analyse précise peut-elle servir au développement d'un argumentaire ?

Les musées européens et africains n'ont pas tous fait ou fini leur inventaire. Les auteurs reconnaissent d'ailleurs en fin d'ouvrage qu'il n'existe à ce jour pas de cartographie précise ou de répertoire centralisé du patrimoine africain en France, ce qui aurait représenté un outil de travail essentiel dans le cadre de la rédaction du présent rapport (Sarr/Savoy 2018 : 158). Comment ce pourcentage a-t-il donc pu être calculé ? Il faudrait également prendre en compte les différents types d'objets conservés dans les musées européens. Ces derniers calculent l'importance de leur collection en numéro d'inventaire. Cela peut-être une œuvre d'art ou un objet de prestige. Mais cela peut être aussi des objets du quotidien comme des habits, des outils de travail, des calebasses ou des poteries, par exemple. D'autres pièces peuvent être aussi des copies, des commandes ou des faux, anciens ou récents. Chaque fragment ou échantillon de matières premières (coton, graines, poudre, etc) se voit aussi attribuer un numéro. Les collections regorgent également d'un très grand nombre d'armes et d'instruments de musique. Enfin, plusieurs œuvres d'artistes contemporains viennent parfois actualiser des collections plutôt anciennes. Les auteurs ont-ils dressé un inventaire de tous ces objets dans leur divers lieux de conservation en Afrique pour pouvoir dire que le patrimoine culturel y est quasi-inexistant ? Ont-ils pris en compte les sites archéologiques africains et leurs objets ?

Quant aux chiffres donnés sur les musées européens, ils n'en sont pas plus fiables. Les auteurs établissent des cartes dont ils doutent eux-mêmes. La première carte propose une répartition des institutions muséales en Afrique sub-saharienne mais il est précisé que les musées présen-

tés sur cette carte ne sont pas tous en mesure « d'accueillir les œuvres dans de bonnes conditions » (Sarr/Savoy 2018 : 57). Or, cette distinction n'est pas visible sur la carte. La seconde carte tente d'établir le nombre d'objets provenant d'Afrique au sud du Sahara conservés dans les universités et musées français tout en indiquant que pour certaines villes « les inventaires sont indisponibles à ce jour » (Sarr/Savoy 2018 : 76). Enfin, les troisième et quatrième cartes (Sarr/Savoy 2018 : 79, 83, 84, 85) montrent une répartition des objets de l'unité patrimoniale « Afrique » du musée du quai Branly d'après les frontières actuelles. Il serait intéressant de savoir sur quels critères les auteurs restitueraient vers tel ou tel pays des objets créés par des peuples répartis sur plusieurs pays, ou qui auraient migré. De plus, ces cartes servent de support pour analyser les méthodes d'acquisition en France alors qu'elles ne sont représentatives que des collections parisiennes. Pourrait-on faire la même analyse à partir des collections marseillaises ou des collections lyonnaises ?

Des sources non citées

Les auteurs indiquent qu'ils ont mené des recherches dans les archives et travaillé au plus près des collections (Savoy/Sarr 2018 : 10). Il est parfois possible d'en douter car ils ne citent pas toujours leurs sources complètement. Voici l'extrait d'une lettre rédigée par Felix von Luschan : « Au début de l'année 1897, le directeur du musée ethnologique de Berlin se réjouit d'une « expédition punitive prévue contre les Ngolo (top secret !) à laquelle doit participer l'un de ses élèves » » (Savoy/Sarr 2018 : 24-25). Les auteurs, qui ont traduit cette citation, n'indiquent pas la référence du document d'archive dont ce passage est extrait. Il est seulement précisé : « Lettre de Felix von Luschan, Archives du musée ethnologique de Berlin, 1897 ». Cette information ne permet malheureusement pas de retrouver le document dans les archives de Berlin (Cult 1). Pour retrouver le document, il aurait fallu avoir son référencement, qui se présente sous la forme suivante : Acte I B 18 Afrika = I/MV 718, Microfilm 009 et auquel il aurait fallu rajouter le numéro de la page (présent sur chaque document). Il se pourrait que les auteurs aient puisé cette citation dans l'article de Lorenz Rollhäuser paru en avril 2018 dans le quotidien allemand TAZ³. Dans l'article de L. Rollhäuser et dans le document original, il est question d'un auditeur, et non d'un élève, qui participerait à l'expédition. Il s'agit du lieutenant von Arnim⁴. Luschan n'est à

l'époque pas non plus directeur, mais assistant de direction⁵. Il aurait été intéressant de vérifier si cette expédition avait été une expédition « punitive », comme l'écrit Luschan, si elle avait bien eu lieu, et si des objets avaient été ramenés de cette expédition.

D'autres informations sont encore plus surprenantes : « Plusieurs entretiens menés dans le cadre de la mission nous ont permis, documents à l'appui, de comprendre comment depuis de nombreuses années et jusqu'à l'heure actuelle est pour partie organisée l'exportation illicite de biens précieux originaires d'Afrique de l'Ouest, du Mali et du Nigeria notamment. » (Sarr/Savoy 2018 : 102-103). Si les auteurs sont en possession de tels documents, ne devraient-ils pas les remettre aux autorités compétentes ?

Les auteurs écrivent avoir « échangé avec plus de cent cinquante personnes » (Savoy/Sarr 2018 : 16) mais ils ne retranscrivent que très peu leurs arguments, préférant établir une liste de chansons, de titres de films, de noms d'artistes contemporains ou de galeristes (Sarr/Sarr 2018 : 42-48) qui illustrent leur propos. Ils citeront donc les propositions de l'artiste Kader Attia pour « décoloniser les collections ». Dans le domaine cinématographiques, les auteurs citent *Black Panther* qui évoque sur moins de 2 minutes l'origine des collections africaines du Museum of Great Britain (et non pas du British Museum, comme l'indiquent les auteurs)⁶. Rappelons que ce film est une fiction américaine dans laquelle des personnages entrent au musée pour récupérer une arme⁷ dans le but de l'utiliser au combat. Il faudrait s'interroger sur la pertinence et l'exhaustivité des exemples cités par les auteurs. Pourquoi ne pas citer des responsables culturels africains lorsque l'on parle d'objets patrimoniaux et historiques ? Pourquoi ne pas analyser, photographier les musées visités, les décrire, faire une étude des politiques culturelles menées par les différents pays africains ? Pourquoi ne pas essayer de comprendre et surtout d'entendre ce que les personnes en charges de collections publiques, non seulement les responsables politiques, mais aussi et surtout ceux qui travaillent sur le terrain, dans les musées, avec les objets des collections ont à dire sur ce sujet ?

Une étude des collections peu approfondie

Concernant l'origine des collections, les auteurs évoquent certes différentes méthodes de collecte, mais ils s'étendent tout particulièrement sur les méthodes vio-

lentes ou non consenties. Il suffit d'analyser la construction du rapport pour s'en convaincre. Les premiers chapitres consacrés à la collecte d'objets africains portent les titres suivants : « Les captations patrimoniales : un crime contre les peuples » (Sarr/Savoy 2018 : 19), « butins de guerre et légalité des prises » (Sarr/Savoy 2018 : 20), « nés d'une ère de violence » (Sarr/Savoy 2018 : 26).

Près de cinq pages sont consacrées aux butins de guerre (Sarr/Savoy 2018 : 22-26). Puis, quelques autres pages viennent apporter un éclairage tout particulier sur l'anthropologie et l'ethnographie (Sarr/Savoy 2018 : 26-30), décrites comme « apport scientifique (...) aux projets coloniaux de leurs gouvernements respectifs » (Sarr/Savoy 2018 : 26). Les acquisitions réalisées pendant les missions scientifiques s'apparentent à des perquisitions, des achats forcés réalisés sous la menace de représailles (Sarr/Savoy 2018 : 98) et les grands musées d'Europe sont « les dépositaires d'une dynamique d'appropriation souvent violente » (Sarr/Savoy 2018 : 30). Enfin, les objets rapportés par les missionnaires en Europe ont pour but, d'après les auteurs, de « donner à voir le courage des missionnaires et les dangers auxquels ils s'exposent ; pour rappeler combien est importante la mission civilisatrice de l'Église dans les ténèbres africaines » (Sarr/Savoy 2018 : 28-29). Ils précisent qu'en France, leurs collections ne relèvent pas du domaine public et qu'« elles excèdent à ce titre le périmètre imparti à [leurs] travaux » (Sarr/Savoy 2018 : 29). Certains objets issus des missions se trouvent pourtant aussi dans les collections publiques et auraient mérité de voir leur histoire racontée avec plus de détails.

Sans surprise, le commerce et le tourisme ne tiennent qu'en quelques mots dans la phrase que voici : « butin de guerre bien sûr, vols, dons plus ou moins librement consentis, mais aussi trocs, achats, équitables ou non, ou même commandes directes auprès d'artisans et d'artistes locaux »⁸ (Sarr/Savoy 2018 : 124). Quant aux cadeaux diplomatiques échangés entre dirigeants africains et européens, ils ont été oubliés par les auteurs⁹.

Combien d'objets ont-ils été acquis par la violence ? Combien ont été acquis de manière équitable ? Combien de biographies de collectionneurs les auteurs ont-ils étudié pour réaliser ces différentes catégories ?

Aucun exemple concret

Le sujet du rapport porte sur le retour du patrimoine africain. Or, les demandes en cours ou les restitutions déjà

effectuées sont très peu approfondies. Les sources ne sont pas citées, les motifs et les procédures de restitutions ne sont pas développés et les destinataires ainsi que les dates des restitutions ne sont pas toujours mentionnés. Moins de trois pages y sont consacrées (Sarr/Savoy 2018 : 35-37) :

- les demandes de l'Éthiopie et le Nigeria qui « réclament depuis près d'un demi-siècle le retour d'objets disparus pendant la période coloniale » et celles du Sénégal concernant le retour des pièces prêtées à Paris par l'Institut fondamental d'Afrique noire (IFAN) de Dakar ;
- la restitution d'un tabouret Ashanti au Ghana en 1957, le retour « d'une centaine de pièces » parmi les collections du musée de Tervuren au Congo et de trois cents tableaux du musée des Beaux-Arts d'Alger ;
- un projet de résolution demandant aux musées occidentaux disposant de collections provenant du royaume du Bénin d'offrir quelques pièces significatives au musée national de Lagos.

Les auteurs évoquent également le « < formulaire type pour les demandes de retour ou de restitution > », largement diffusé à la fin des années 1970, dont on retrouve aujourd'hui maints exemplaires (vierges) dans les archives » (Sarr/Savoy 2018 : 39). La diffusion de ce formulaire dans les années 1970 semble difficile puisqu'il a été mis au point en 1981 et publié en 1986 par le « comité intergouvernemental pour la promotion du retour de biens culturels à leur pays d'origine ou de leur restitution en cas d'appropriation illégale »¹⁰. Ce formulaire permet les demandes de retour ou de restitution émanant d'un État membre ou Membre associé de l'UNESCO auprès de celle-ci, pour des objets culturels ayant une importance particulièrement significative pour cet État et ayant été perdus du fait d'une appropriation illégale (Cult 2). Les auteurs n'expliquent pas pourquoi ces formulaires sont restés vides...

Pourtant, il aurait été intéressant de savoir quelles pièces ont été demandées par le Nigeria et l'Éthiopie depuis si longtemps. De même, les auteurs ne livrent aucune information sur les pièces qui ont été retournées au Congo, sur les modalités de ce transfert (car il ne s'agit pas d'une restitution), sur ce qu'il a apporté en terme de relations entre l'Europe et l'Afrique (ou du moins entre la Belgique et le Congo) et sur ce que ces objets sont devenus. Concernant les pièces des musées de Dakar et d'Alger, une description un peu plus approfondie aurait permis de comprendre comment ce transfert a été réalisé et

à quels problèmes se sont heurtées les demandes de restitutions. Une question qui se pose également à la lecture du rapport est la suivante :

Quels sont les pays africains qui ont adressé une demande de restitution officielle à la France, pour quels objets et à quelle date ?

Anecdotes sur des demandes de restitution

Sur la demande de restitution de la Corée, les auteurs écrivent : « Nous sommes d'une génération qui n'a connu de restitutions que douloureuses ou arrachées de haute lutte. Personne en France n'a oublié la résistance menée en 2010 par les conservateurs de la Bibliothèque Nationale de France, lorsqu'en marge de tractations commerciales Nicolas Sarkozy s'est engagé à rendre à la Corée du Sud près de trois cents manuscrits précieux provenant d'une expédition punitive de l'armée française en 1866. » (Sarr/Savoy 2018 : 34). Il ne s'agit pourtant pas d'une restitution, mais d'un prêt de 5 ans renouvelable (Cult 3).

En introduction du rapport, les auteurs citent Michel Leiris, secrétaire et archiviste de la Mission ethnographique et linguistique Dakar-Djibouti de 1931-1933 : « [...] on pille les Nègres, sous prétexte d'apprendre aux gens à les connaître et les aimer, c'est-à-dire, en fin de compte, à former d'autres ethnographes, qui iront eux aussi les « aimer » et les piller ». Dans l'ouvrage de Leiris, ce passage est une annotation au texte que voici : « [...] l'administrateur nous avise qu'un télégramme du gouverneur nous prie de lui remettre un masque « réquisitionné » à San, que le propriétaire réclame... Le masque, bien entendu, est remis aussitôt » (Leiris 1996 : 204)

Nigeria, février 1935. L'Oba (roi) Akenzua II, demande au sous-secrétaire d'État aux Colonies, Lord Plymouth, s'il peut l'aider à retrouver deux trônes qui ont été emportés pendant l'expédition punitive britannique de 1897. Après plusieurs mois de recherches, les Anglais découvrent en 1936 que les objets sont conservés au musée d'ethnographie de Berlin. Ils n'obtiendront pas le retour des trônes, mais simplement de leurs copies, qui seront remises à l'Oba en 1939. En 1943, les anglais proposent à l'Oba d'établir une liste d'objets qui seraient susceptibles d'être retournés par les allemands après la guerre. L'Oba décline la proposition et indique que le retour des deux trônes lui donnerait entière satisfaction (Peraldi 2017 : 23-33).

Les recommandations des auteurs

Les auteurs ne développent pas les demandes de restitution des pays africains, mais proposent toute une série de recommandations que voici :

- « Nous préconisons d'accueillir favorablement les demandes de restitutions concernant les objets saisis dans les contextes militaires décrits ci-dessous, en dépit du statut juridique particulier des trophées militaires avant l'adoption en 1899 de la première conven-

tion de La Haye codifiant le droit de la guerre » (Sarr/Savoy 2018 : 93).

- « Nous recommandons d'accueillir favorablement les demandes de restitution portant sur des objets collectés en Afrique lors de ce type de « missions scientifiques », à moins que n'existent des témoignages explicites du plein consentement des propriétaires ou gardiens des objets au moment où ils se séparent de tel ou tel d'entre eux » (Sarr/Savoy 2018 : 100).
- « Nous recommandons d'accueillir favorablement les demandes de restitutions qui pourraient porter sur des objets donnés aux musées français par des agents de l'administration coloniale ou leurs descendants, à moins que le consentement du vendeur (commande de copies, achat sur des marchés d'artisanat) puisse être attesté (...) » (Sarr/Savoy 2018 : 102).
- « Nous recommandons la restitution des pièces acquises après 1960 dans des conditions avérées de trafic illicite » (Sarr/Savoy 2018 : 104).

Le retour des objets

Les auteurs du rapport proposent des procédures de restitutions d'État à État : « La remise des objets ne pourra être faite qu'au représentant de l'État demandeur [...] à charge pour celui-ci, après négociation, de rendre l'objet à sa communauté ou à son propriétaire initial. [...] la procédure envisagée nécessite que l'État d'origine soit seul habilité à présenter une demande de restitution à l'État français et lui seul [...] » (Sarr / Savoy 2018 : 130-131).

Cette solution semble réduire la proposition de l'ICOM (International Council of Museum) qui recommande aux musées d'« être disposés à engager le dialogue en vue du retour de biens culturels vers un pays ou un peuple d'origine » (Code de déontologie : 6.2. p.33). Cela pose également la question du pays de retour. À quel pays doit-on rendre un objet quand le peuple d'origine est aujourd'hui réparti sur plusieurs pays différents (Les Yorubas sont au Nigeria et au Bénin, les Senoufos sont au Mali, en Côte d'Ivoire et au Burkina Faso, etc.) ?

Pour les auteurs, les objets retournés pourraient « aussi trouver leur place dans des centres d'art, des musées universitaires, des écoles, ou au sein de communautés pour leurs usages rituels, avec des possibilités d'allers-retours entre celles-ci et des institutions vouées à la conservation » (Sarr/Savoy 2018 : 58). Est-il possible d'utiliser et

de conserver un objet en même temps ?

...et le retour des archives

Les auteurs ne proposent pas seulement de rendre des objets : « En Afrique, tous nos interlocuteurs ont insisté sur la nécessité de mettre en œuvre non seulement la restitution d'objets de musées conservés en France, mais encore de réfléchir sérieusement à la question des archives » (Sarr/Savoy 2018 : 71). Ils ajoutent « Dans le cadre de la mission qui nous occupe, seules les archives actuellement conservées dans des musées publics (ou établissements apparentés) sont prises en compte : dossiers d'œuvres, inventaires, toutes formes de plus-value d'expertise produite autour des objets lors de leur muséalisation, d'une part ; et matériel audiovisuel issu d'enquêtes ethnographiques, enregistrements sonores, photographies, films documentaires sur les sociétés africaines et les individus étudiés par les scientifiques français, d'autres parts » (Sarr/Savoy 2018 : 72). Dans le chapitre de deux pages dédié aux archives (Sarr/Savoy 2018 : 72-72), les auteurs ne parlent ni de « restitution » (puisque'il s'agit souvent de documents rédigés par ou pour des français) ni de « transfert des archives », mais parle de « question des archives ». Rien n'est proposé concrètement dans ce chapitre. Les archives sont qualifiées de « missing links » qui jouent un rôle central dans le processus de reconstruction mémoriel (Sarr/Savoy 2018 : 71). Plus loin dans le rapport, il est spécifié que celui-ci « pourra en effet concerner d'autres objets relevant du code du patrimoine (archives, ouvrages de bibliothèques) » (Sarr/Savoy 2018 : 126).

Pourquoi vouloir « rendre » des documents d'archives et des livres ? Pourquoi ne simplement pas digitaliser ou reproduire ces archives afin qu'elles soient accessibles à tous ?

Quelques propositions floues

Les recommandations des auteurs sont accompagnées de propositions de restitutions qui restent à définir.

La première proposition évoque « des objets saisis dans les contextes militaires ». Or, les objets en question n'étant pas répertoriés par les auteurs, il est ainsi difficile de dire ce qui devrait être restitué.

Pour le Mali, les auteurs énoncent d'abord « plus d'un millier d'objets » répertoriés comme dons par le général Louis Archinard [1850-1932] (Sarr/Savoy 2018 : 90). Puis

ils indiquent que les pièces les plus précieuses sont celles du « trésor de Ségou », dont une partie a été vendue aux enchères, une autre se trouve au quai Branly (129 pièces), à la Bibliothèque Nationale de France (518 volumes) et au Muséum d'histoire naturelle du Havre (nombre de pièces non indiqué). Desquels s'agit-il ? Comment le général a-t-il pu collecter autant d'objets ? Doit-on rendre les « milliers d'objets » ? Les objets du « trésors de Ségou » ? Ceux du quai Branly ? Les ouvrages de la bibliothèque ?

Pour le Bénin, les auteurs évoquent 27 objets conservés au quai Branly ramenés par Alfred Dodds (Sarr/Savoy 2018 : 91). D'autres objets donnés par d'autres officiers ou leur famille seraient aussi dans les musées de Périgueux et de Lyon mais leur nombre n'est pas indiqué.

Pour les butins de la Guinée et de la Côte d'Ivoire, les auteurs ne précisent pas comment les pays pourraient se répartir les pièces retournées. En effet, Samory Toré, dont les objets seraient susceptibles de faire l'objet de restitution est décrit comme suit : « Fondateur de l'Empire wassoulou, il a résisté pendant deux décennies à la pénétration française en Afrique de l'Ouest, sur un territoire actuellement situé entre la Guinée et la Côte d'Ivoire » (Sarr/Savoy 2018 : 92). Son trésor est évalué par les auteurs à « douze caisses » (Sarr/Savoy 2018 : 92). Quels objets de l'ancien empire wassoulou iraient à quel pays ?

Les auteurs terminent avec l'évocation d'objets issus de butins formés par des armées étrangères et des « centaines » d'objets africains (d'usage militaire ou non) donnés aux institutions françaises par des officiers ou des médecins militaires (Sarr/Savoy 2018 : 93).

Quelques propositions à peine plus concrètes

Sans vraiment livrer d'informations sur leur choix des objets, F. Sarr et B. Savoy proposent de retourner dans un premiers temps les pièces suivantes (Sarr/Savoy 2018 : 108-111):

- Au Bénin : Trois statues (Musée du quai Branly n°71.1893.45.1-3), quatre portes du palais royal (71.1893.45.4-7), un siège royal (71.1893.45.8), une sculpture (71.1895.16.7), deux trônes (71.1895.16.8).
- Au Sénégal : Un sabre (musée de l'Armée N°6995), les objets conservés au Musée d'histoire naturelles¹¹, des bijoux (Musée du quai Branly n° 75.8142, 75.8148, 75.8159.1-2, 75.8160, 75.8162, 75.8164).
- Au Nigeria : Deux plaques (Musée du quai Bran-

ly n°71.1931.49.19, 73.1997.4.1), une défense sculptée (73.1962.7.1), deux têtes (73.1969.3.1 bis, 73.1997.4.3).

- À l'Ethiopie : Peintures de l'église Abbā Antonios (Musée du quai Branly n°71.1931.74.3584-5).
- Au Mali : Des masques (Musée du quai Branly n°71.1930.26.3, 71.1930.31.22.1-2, 71.1931.74.1948, 71.1931.74.2002, 71.1935.60.169, Université de Strasbourg n°2002.0.241), un objet cultuel (Musée du quai Branly n°71.1931.74.1091.1).
- Au Cameroun : Un trône (Musée du quai Branly n°71.1934.171.1).

Les auteurs n'ont travaillé que dans quatre pays d'Afrique francophone : le Bénin, le Sénégal, le Mali et le Cameroun (Sarr/Savoy 2018 : 141). Cela ne les empêche pas de proposer des projets de restitutions pour le Nigeria ou l'Ethiopie (Sarr/Savoy 2018 : 109-110) et de parler de « patrimoine africain ». Ces listes d'objets correspondent-elles aux aspirations des pays concernés ?

Des indications contradictoires

Les auteurs précisent que « personne ne veut « vider » les musées des uns pour « remplir » ceux des autres » (Sarr/Savoy 2018 : 74) et que « personne évidemment, ni en France ni en Afrique, n'envisage aujourd'hui le retour en bloc de ces ensembles historiquement formés [...] » (Sarr/Savoy 2018 : 74).

Pourtant, ils préconisent de restituer un nombre important d'objets : « Il s'agit en effet avant tout de remédier à la situation de la très grande expatriation de ce patrimoine. Sa rareté dans les pays d'origine est non seulement préjudiciable à la préservation des cultures nationales et communautaires, mais elle handicape aussi durablement les perspectives de constitution d'une offre muséale prestigieuse porteuse de développement économique. Il est donc nécessaire [...] de déterminer une procédure de restitution portant potentiellement sur un nombre significatif de pièces, intégrant des objets scientifiques » (Savoy/Sarr 2018 : 122).

Les étapes de la restitution

Les auteurs proposent plusieurs étapes pour le retour du patrimoine africain :

- 1- Une restitution rapide et sans recherches supplémentaires de provenance pour les « objets prélevés en Afrique par la force ou présumés acquis dans des collec-

tions inévitables », c'est-à-dire quand ils ont été collectés « lors d'affrontements militaires », par des « personnels militaires ou administratifs actifs sur le continent pendant la période coloniale », « lors de missions scientifiques antérieures à 1960 » et lorsqu'il s'agit d'« œuvres d'origine africaine qui [...] avaient été prêtées par des institutions africaines pour des expositions ou des campagnes de restauration, mais qu'ils n'ont jamais été rendues » (Sarr/Savoy 2018 : 105).

2- Une restitution accompagnée de recherches « lorsque les pièces réclamées sont entrées dans les musées après 1960 et par le biais de dons, mais qu'on peut néanmoins supposer qu'elles ont quitté l'Afrique avant 1960 (cas des pièces restées pendant plusieurs générations au sein de famille) » (Sarr/Savoy 2018 : 106).

Des restitutions au cas par cas ou dans tous les cas ?

Les objets qui pourraient être gardés par les musées en Europe seraient ceux acquis « à la suite d'une transaction fondée sur un consentement, à la fois libre, équitable et documenté », acquis également « sans prise de risque éthique » selon les critères fixés dans la convention de l'UNESCO de 1970 ainsi que les « dons de souverain aux chefs de gouvernements français, sauf dans les cas où les chefs d'État concernés ont été condamnés dans leurs pays d'origine pour détournement de biens publics » (Sarr/Savoy 2018 : 106).

Or, existe-t-il dans les musées des traces de consentement écrites par les anciens propriétaires des objets ? Existe-t-il des contrats de vente, des reçus, des factures, des témoignages ou des écrits qui pourraient prouver qu'il s'agit bien de ventes « fair trade » ? L'édition de documents pour la vente ou le transfert de biens était-il courant avant et pendant la colonisation ? Cela est-il le cas aujourd'hui en Afrique ? Les bases de données de musées n'indiquent que rarement les créateurs des pièces, qui sont souvent inconnus, comment trouver une trace de leur consentement ?

L'argumentaire des auteurs montre également qu'un pays Africain peut en fait demander le retour de n'importe quel objet : « Dans le cas où les recherches ne permettraient pas d'établir de certitudes quant aux circonstances de leur acquisition à l'époque coloniale, les pièces réclamées pourraient être restituées sur justification de leur intérêt pour le pays demandeur » (Sarr/Savoy 2018 : 106).

Tout objet est potentiellement concerné par une demande de restitution.

Vers une nouvelle législation française ?

Les auteurs proposent de s'orienter vers des restitutions permanentes et non des prêts : « Le présent rapport explore et défend la voie vers des restitutions pérennes » (Sarr/Savoy 2018 : 50). Celles-ci sont considérées comme symbole d'une volonté de « refonder des relations avec les pays africains en matière patrimoniale » (Sarr/Savoy 2018 : 117).

Dans la loi française, les collections publiques sont inaliénables et imprescriptibles (Gouv-fr 4), ce qui rend impossible les restitutions définitives. Or, pour les auteurs, il est inacceptable que les actes de spoliations en Afrique ne soient pas qualifiés de crime par le droit international, « contrairement aux spoliations nazies, qui ont suscité un cadre juridique spécifique » (Sarr/Savoy 2018 : 123) et proposent « l'adoption d'une loi spécifique ou une modification du code du patrimoine » (Sarr/Savoy 2018 : 118).

Les auteurs ont cherché un processus de restitution qui ne remette pas en cause le principe général d'inaliénabilité des objets culturels propriétés publiques mais qui permette d'y déroger afin de témoigner d'une « volonté réelle de rupture avec les blocages antérieurs » et de permettre des « restitutions rapides dès lors que la provenance des objets est connue et que le vice de consentement lors de l'acquisition des objets est manifeste ou fortement présumé » (Sarr/Savoy 2018 : 125).

Cela « pourrait être un texte de loi autonome ou s'insérer au livre Ier du code du patrimoine consacré aux « Dispositions communes à l'ensemble du patrimoine culturel » » (Sarr/Savoy 2018 : 126) et ne limiterait pas le processus de restitution aux objets de musées mais pourrait également concerner les archives et les documents de bibliothèques (Sarr/Savoy 2018 : 126).

Le rapport Savoy/Sarr s'intéresse plus particulièrement aux prises de guerres et aux acquisitions pendant les missions menées dans les pays francophones. La nouvelle proposition de loi s'appliquerait-elle à tous les pays d'Afrique ou seulement aux anciennes colonies ? À l'aide d'exemples tirés dans l'histoire de l'Europe (et non de ses relations avec l'Afrique), les auteurs développent dans un chapitre entier que des populations ont été « brisées » par le départ d'« objets-repères » et que la captation patrimoniale est comparable au « viol, à la prise d'otage, à l'emprisonnement ».

sonnement ou la déportation d'intellectuels » (Sarr/Savoy 2018 : 19-20). Puisque la spécificité africaine est fondée sur un argument non vérifié, doit-on élargir cette proposition de loi et rendre tout butin de guerre, même en Europe ?

Des règles juridiques internationales

Pour garantir la pérennité des restitutions les auteurs proposent :

- La formulation d'un droit commun entre la France et les États africains sur l'avenir des restitutions afin que les demandes des pays africains ne soient pas entravées par la loi française (Sarr/Savoy 2018 : 132).
- La ratification par la France et les pays africains de la convention de l'Institut international pour l'unification du droit privé (Unidroit) sur les biens culturels volés ou illicitement exportés afin de permettre des « restitution automatique » (Sarr/Savoy 2018 : 134).

Quelles seront les règles juridiques de ce droit commun entre la France et les États africains ? Qui les formulera ?

En février 2019, 46 pays dont 5 pays d'Afrique subsaharienne (Angola, Burkina Faso, Gabon, Nigéria, Afrique du Sud) ont signés et ratifiés la convention UNIDROIT. La France est signataire mais n'a pas adhéré à la convention (Cult 4). Pourquoi la France n'a-t-elle pas ratifié cette convention ? Qu'est-ce qu'UNIDROIT a apporté aux pays contractants ?

Une commission d'experts pour diriger les restitutions

La procédure de restitution après demande formelle d'un pays demandeur sera évaluée par une « commission bilatérale d'expert », désignée par les deux États parties. Les auteurs ne précisent pas quel sera le nombre et le profil de ses membres, ni s'il y aura autant de commissions d'experts que de pays africains qui demandent le retour d'objets. Ils souhaitent en revanche que cette commission soit conçue pour durer au-delà des « cinq ans » prévus dans le calendrier d'E. Macron (Sarr/Savoy 2018 : 115).

Cette commission aura pourtant un rôle très important puisqu'elle sera chargée de vérifier les conclusions de travaux de recherche des provenances et l'état des collections nationales après restitution. Elle sera également informée, le cas échéant, « des mesures envisagées pour garantir la continuité de la présence de l'art et de l'histoire

du pays contractant sur le territoire national » (Sarr/Savoy 2018 : 127).

Les institutions et les communautés concernées en France et en Afrique seront informées et associées aux démarches de restitution. Les scientifiques des musées français et africains seront priés de faire des recherches mais n'auront, semble-t-il, aucun pouvoir de décision. En effet, F. Sarr et B. Savoy précisent que « si les conditions de l'acquisition initiale ne peuvent être clairement établies, cette commission établira une complémentarité avec d'autres objets restitués ou justifiera que les objets demandés présentent un intérêt pour le pays ou la communauté d'origine » (Sarr/Savoy 2018 : 127) afin de « permettre ponctuellement la restitution d'objets dont, malgré des recherches, les conditions d'acquisition resteront inconnues, mais dont l'intérêt scientifique pour les collections africaines sera établi » (Sarr/Savoy 2018 : 126).

Ainsi, même lorsqu'aucune preuve de vice de consentement n'est établie, le pays demandeur peut toutefois justifier d'un intérêt scientifique pour un objet et en demander sa restitution. Si chaque pièce peut être restituée indépendamment de sa méthode d'acquisition, pourquoi la France devrait-elle financer des recherches sur la provenance d'objets qui ne feront potentiellement plus partie de ses collections ?

Les auteurs proposent que cette commission d'experts puisse intervenir sur les méthodes de conservation des œuvres une fois en Afrique. Or, si les objets sont restitués à un pays africain, c'est que ce pays est considéré comme le propriétaire légitime de ces pièces. Pourquoi la France aurait-elle à proposer des mesures pour garantir la pérennité des pièces en Afrique ?

Un programme de coopérations culturelles

Les demandes de restitution seront accompagnées d'un accord de coopération qui prévoira les mesures suivantes (Sarr/Savoy 2018 : 128-129, 136) :

- l'établissement ou l'achèvement de l'inventaire des objets en provenance du pays africain contractant,
- des programmes de recherches sur trois ans renouvelables,
- des coopérations culturelles et scientifiques sur le long terme (équipements d'accueil et de conservation des objets restitués, formation des personnes chargés de la conservation et de la médiation),

- des actions de formations de professionnels et de sensibilisation du public,
- un comité de suivi pour l'ensemble de ces actions,
- des modalités de financement d'actions,
- une coopération en matière de lutte contre les trafics de biens culturels.

Les auteurs proposent également des mesures afin que les « communautés concernées » et le grand public puisse s'approprier les démarches de restitutions par la production d'ouvrages, de brochures et de films documentaire, des événements (conférences et débats publics, concerts, installations), des expositions itinérantes, un site internet portant sur la thématique de la circulation des objets et de nouvelles modalités de médiation culturelle pour un « rapport intuitif ou sensoriel aux œuvres » (Sarr/Savoy 2018 : 136).

Un financement encore incertain

Les actions de coopérations telles que le soutien à l'investissement de création ou de modernisation des musées, la formation de conservateurs et de restaurateurs, les expositions temporaires ou le partage d'informations sur le trafic de biens culturels seront financées, d'après F. Sarr et B. Savoy, « selon les modalités habituelles » (Sarr/Savoy 2018 : 130).

Les coûts liés à la procédure de restitution définitive (moyens humains, transport, assurance,...) n'ont pas été évalués. Les auteurs proposent « d'être constructifs » et espèrent des financements provenant du mécénat, de l'Agence Française du Développement (AFD) ou de fonds européens (Sarr/Savoy 2018 : 130).

Un rapport qui n'apporte rien de nouveau

Pour F. Sarr et B. Savoy, la recette du succès des restitutions demande « une connaissance précise des collections africaines conservées en France [...] ; une clarté totale sur les contextes historiques et scientifiques à la faveur desquels les objets sont arrivés dans les collections qui les conservent aujourd'hui ; un élan commun des professionnels des musées et du patrimoine [...] » (Sarr/Savoy 2018 : 73). Ces recommandations ont pourtant déjà été faites par le passé.

Dès 2002, l'article 12 de la loi sur les Musées de France, puis l'article L. 451-2 du Code du patrimoine précisent que

« les collections des musées de France font l'objet d'une inscription sur un inventaire ». Depuis 2006, le musée du quai Branly a mis en ligne sa base de données des collections et rend accessible les objets des collections dans les salles de consultation ainsi que la quasi-totalité de la documentation des collections (Peraldi 2016 : 34-41)¹². L'accessibilité aux informations sur les collections est moins avancée dans le reste de la France mais les auteurs ne cherchent pas à analyser cette situation.

D'après les informations données par les auteurs, une « mission de réflexion sur la restitution du patrimoine africain » dirigée par Pierre Quoniam aurait déjà été lancée dès 1982 par le ministère des relations extérieures français. L'administration française n'a pas pu garder de traces de cette mission mais les auteurs auraient réussi à en « exhumer la trace dans les archives » (Sarr/Savoy 2018 : 40). Cependant, ils ne livrent aucune analyse de cette mission antérieure à la leur.

Au niveau international, il existe la Convention de l'UNESCO de 1970 sur le trafic illicite des biens culturels, puis la Convention d'UNIDROIT en 1995. Et puisque la Convention de 1970 n'était pas rétroactive, la Conférence générale de 1978 de l'UNESCO a créé le Comité intergouvernemental pour la promotion de retour de biens culturels à leur pays d'origine ou de leur restitution en cas d'appropriation illégale. Ce comité est chargé de :

- rechercher les voies et moyens de faciliter les négociations bilatérales pour la restitution ou le retour de biens culturels aux pays d'origine,
- promouvoir la coopération multilatérale et bilatérale en vue de la restitution et du retour de biens culturels à leur pays d'origine,
- encourager les recherches et les études nécessaires pour l'établissement de programmes cohérents de constitution de collections représentatives dans les pays dont le patrimoine culturel a été dispersé,
- stimuler une campagne d'information du public sur la nature, l'ampleur et la portée réelles du problème de la restitution ou du retour de biens culturels à leur pays d'origine,
- guider la conception et la mise en œuvre du programme d'activités de l'UNESCO dans le domaine de la restitution ou du retour de biens culturels à leur pays d'origine,
- encourager la création ou le renforcement des musées ou autres institutions pour la conservation des biens culturels et la formation du personnel scientifique et

- technique nécessaire,
- promouvoir les échanges de biens culturels conformément à la recommandation concernant l'échange international des biens culturels,
- rendre compte de ses activités à la Conférence générale de l'UNESCO lors de chaque session ordinaire de celle-ci (Cult 2).

L'UNESCO a également publié un ouvrage intitulé « Témoins de l'Histoire. Recueil de textes et documents relatifs au retour des objets culturels » (Prott 2011).

Le Conseil International des Musées (ICOM) publie depuis l'an 2000 des listes rouges qui répertorient les catégories d'objets culturels exposées au vol et au trafic, afin de couvrir les zones du monde les plus vulnérables en termes de trafic illicite d'objets culturels (Cult 5) ¹³.

Le rapport de F. Sarr et B. Savoy préconise également des coopérations entre institutions culturelles européennes et africaines. Des ouvrages récents tels que « Museum cooperation between Africa and Europe. A new field for museum studies » édité par Thomas Laely, Marc Meyer et Raphael Schwere ainsi que « Vers le Musée africain du XXI^e siècle. Ouverture et coopération », sous la direction d'Hamady Bocum, Cédric Crémère et Étienne Féau laissent entendre la voix des professionnels de la culture et décrivent plus concrètement la réalisation d'actions culturelles.

La restitution des collections béninoises par Emmanuel Macron

Emmanuel Macron, lors de sa conférence de presse avec le président béninois Patrice Talon du 5 mars 2018 avait annoncé qu'il n'attendrait pas le résultat des travaux de Bénédicte Savoy et de Felwine Sarr pour travailler à une plus grande circulation des œuvres entre la France et le Bénin, et propose de « restituer sans tarder 26 œuvres réclamées par les autorités du Bénin, prises de guerre du général Dodds dans le palais de Béhanzin, après les sanglants combats de 1892 » (Gouv-fr 2).

Il s'agit des objets suivant (Cult 6) ¹⁴:

- 8 pièces données en 1893, portant les numéros d'inventaire de 71.1893.45.1 à 71.1893.45.8.
- 18 pièces données en 1895, portant les numéros d'inventaire de 71.1895.16.1 à 71.1895.16.18.

Dans le rapport de B. Savoy et F. Sarr, il était fait pourtant mention de 27 objets : « Entre 1893 et 1895, plusieurs officiers français, dont Alfred Dodds, donnent au musée

d'ethnographie du Trocadéro une partie du butin de guerre saisie au Dahomey, vingt-sept objets exactement » (Sarr/Savoy 2018 : 91). Les auteurs demandaient également le retour de la sculpture dédiée à Gou n° 71.1894.32.1, proposition que le président n'a pas retenue. La sculpture zoomorphe portant le numéro d'inventaire 75.13905 et qui provient pourtant aussi de la collection d'Alfred-Amédée Dodds n'est pas non plus dans la liste de restitution du président français.

En juin 2019, le Ministère de la Culture indiquait que « depuis l'annonce du Président de la République de restituer 26 œuvres d'Abomey au Bénin, le ministère de la Culture, le Ministère de l'Europe et des affaires étrangères ont, en lien étroit avec le musée du quai Branly-Jacques Chirac où sont actuellement conservées les œuvres, commencé à préparer la restitution de ces œuvres. D'une part, une mission au Bénin a permis de rencontrer les interlocuteurs béninois, d'échanger sur les modalités de cette restitution, et d'entamer avec eux une relation de confiance durable. D'autre part, une analyse juridique est en cours pour définir la solution permettant la sortie des collections nationales de ces œuvres » (Gouv-fr 6).

En mars 2019, le musée du quai Branly indiquait pourtant que « les modalités de mise en œuvre de la décision du Président de la République ne sont pas encore définies, à notre connaissance. Nous n'avons donc aucune autre information pour le moment concernant le calendrier de cette restitution » (Cult 7).

Les nouveaux lieux de conservation des musées encore flous

Les objets doivent être retournés au Bénin. Mais où iront-ils ? La construction de musées par des cabinets d'architectes français au Bénin n'est presque jamais évoquée en France (Peraldi 2018 :28). Seules les informations délivrées par le Bénin permettent de se faire une idée sur les projets de construction en cours. Dans une vidéo de présentation des projets muséo-culturels postée en juin 2018 par la présidence du Bénin, Francis Hugon, représentant IMAGINAIRING, déclarait d'ailleurs que la mission « a démarré depuis près de 16 mois déjà, sans que personne n'en sache rien » (Gouv-bj 3) ¹⁵. Pourquoi la construction de ces musées est-elle si peu officialisée en France ?

Les auteurs du rapport ne livrent aucune analyse de la situation actuelle des musées au Bénin. En 2016, le journaliste français Julien Beau avait réalisé un reportage sur

la restitution du patrimoine béninois dans lequel il laissait entendre les voix des représentants de la culture au Bénin (« Le Bénin veut récupérer ses trésors », pour Stupéfiant !). Le directeur du musée des palais d'Abomey, Urbain Hadonou y évoque les difficultés de conservation des oeuvres. Gabin Djimassé, historien, conservateur des palais royaux d'Abomey et directeur de l'office du tourisme de la ville explique : « Je sais ce qu'il se passe dans les réserves, c'est une catastrophe. On a constaté la disparition d'un nombre important d'œuvres. Pas nécessairement parce qu'on les aurait toutes vendues mais pour mauvais entretien, elles ont disparues. Pourries, irrécupérables. » Le célèbre artiste béninois Romuald Hazoumé y donne également son point de vue : « Le Bénin ne doit même pas récupérer ses trésors [...]. Notre culture, si on en avait pris soin, réellement, on n'en serait pas à ce niveau là. Allez voir le palais d'Abomey. Allez voir le musée de Ouidah. Allez voir dans quel état sont ces musées-là. Mais c'est lamentable, c'est honteux ! ». Seule Marie-Cécile Zinsou, présidente de la Fondation Zinsou qui milite en faveur de la restitution du patrimoine africain est citée dans le rapport des auteurs (Sarr/Savoy 2018 : 43)¹⁶.

Il existe des auteurs qui travaillent au plus près des musées béninois. Emery Patrick Effiboley, par exemple, est professeur adjoint à l'université d'Abomey-Calavi. Il a consacré une dissertation intitulée « Béninois et leurs musées : étude ethno-historique ». Pourquoi les experts culturels africains, qui travaillent pour des musées publics, sont-ils si peu cités ?

Aucune analyse des objets eux-mêmes

Une analyse juridique est en cours pour définir la solution permettant la sortie des collections nationales des 26 œuvres du musée du quai Branly. Le président français et ses auteurs semblent en revanche peu soucieux des analyses scientifiques menées sur les objets par le quai Branly. Le musée avait déjà cherché à mieux comprendre la signification de certaines de ces pièces.

Il avait notamment commandité des analyses de la porte du palais du roi de Dahomey (71.1893.45.5) afin de voir si celle-ci aurait pu être recomposée tardivement¹⁷. Les résultats de cette analyse ont été rendu au musée en mars 2008. Les prélèvements n'ont pas permis d'identifier la provenance du bois (Afrique ou Europe).

Un autre objet a également retenu l'attention du musée. Il s'agit de l'autel portatif (*asen*) de Béhanzin portant

le numéro d'inventaire 71.1895.16.4. Sa notice sur la base de données en ligne donne les informations suivantes : « La grande finesse du métal travaillé, la composition inspirée de l'orfèvre et le choix de matériaux précieux associés à l'emblème de Béhanzin indiquent que l'objet lui était spécialement destiné. Cependant, l'absence de sang sacrificiel sur le plateau laisse supposer que l'*asen* n'a jamais pu être utilisé. Enfin, il fut réalisé du vivant de Béhanzin (prise de guerre du Général Dodds en 1892). Or, la tradition veut que l'*asen* qui est destiné à un défunt soit conçu après son décès. Cet *asen* est donc d'un usage inconnu »¹⁸. Dans sa thèse sur les collections « L'art de la cour d'Abomey : Le sens des objets », Gaëlle Beaujean, responsable des collections de l'unité patrimoniale Afrique au quai Branly et membre du comité scientifique du nouveau musée d'Abomey au Bénin donne plus d'informations : « Guédegbe, devin du roi, aurait-il annoncé à Béhanzin que ces jours à Abomey étaient comptés et qu'il ne reviendrait probablement plus de son vivant sur la terre de ses ancêtres ? Le roi aurait-il alors décidé de faire réaliser les *asen* de son vivant ? La deuxième interprétation qui fut celle adoptée par le plus grand nombre d'informateurs, vit dans cet objet le symbole d'une déclaration de guerre contre la France : les couteaux en pendentifs rappelaient les armes des soldats du royaume sous les ordres de Béhanzin. Une dernière hypothèse, mais plutôt improbable, serait celle d'une commande du lieutenant-colonel Dodds au forgeron après la prise d'Abomey. Cet artefact concorde avec un moment militaire ; son sens initial fut détourné mais il mêle néanmoins une idée qui associe la mort, la guerre et le nom de son ordonnateur. » À ce jour, « aucune interprétation n'est privilégiée » par le musée du quai Branly (Cult 7).

Doit-on rendre rapidement des objets dont le sens n'est pas clair ? Ces 26 objets suffiront-ils à « panser des blessures », comme l'envisagent les auteurs du rapport ou à accroître le tourisme culturel au Bénin, comme l'appelle de ses vœux le président Patrice Talon ?

Aucune discussion possible

D'après le site de l'Élysée, le président Emmanuel Macron a délégué au Ministère de la Culture et le Ministre de l'Europe et des Affaires étrangères la responsabilité de faire en sorte « que la jeunesse africaine ait accès en Afrique et non plus seulement en Europe à son propre patrimoine et au patrimoine commun de l'humanité » sous forme de res-

tutions, « mais aussi expositions, échanges, prêts, dépôts, coopérations, etc. » Il a invité « les musées à jouer un rôle essentiel dans ce processus : identifier des partenaires africains, organiser les éventuelles restitutions, la circulation et la diffusion des œuvres, déployer les moyens nécessaires, avec la collaboration des enseignants et chercheurs spécialisés dans ce domaine, à l'établissement rapide et à la mise en ligne d'un inventaire des collections africaines qu'ils conservent, intégrant une recherche systématique de provenance ». Il a également souligné « la nécessité d'un travail approfondi avec les autres États européens qui conservent des collections de même nature acquises dans des circonstances comparables ». Il aurait également proposé de « réunir à Paris au premier trimestre 2019 l'ensemble des partenaires africains et européens pour construire ensemble cette nouvelle relation et cette politique d'échanges » (Gouv-fr 3).

Pour l'instant, la réunion ne semble pas avoir eu lieu et il n'est toujours pas possible de savoir quels seront les experts et quels seront les différents pays à se réunir. Ni l'Élysée, ni le Ministère des Affaires Étrangères ne répondent aux questions. Quant au président du quai Branly, Stéphane Martin, il a déjà répondu aux questions d'Europe 1, du Figaro et de la Deutsche Presse-Agentur et « il ne souhaite pas compléter sa position, pour le moment » (Cult 6).

Des questions qui restent toujours ouvertes

- Quels sont les pays africains qui ont adressé une demande de restitution officielle à la France ?
- De quels objets s'agit-il ? Quelle est leur histoire ?
- L'Afrique sera-t-elle aussi amenée à restituer certains objets ?
- S'il n'existe pas de spécificité africaine, quels seront les autres continents concernés par des restitutions ?

Le rapport de F. Sarr et B. Savoy, fondé en grande partie sur des arguments peu concrets et difficilement vérifiables, ne permet pas réellement d'avancer sur la question de la restitution. Leur rapport applique des problématiques culturelles européennes à l'Afrique, avant même d'avoir pris le temps d'analyser les revendications des différentes cultures et des pays du continent. Les auteurs ne s'intéressent que peu à l'histoire des objets et aux précédents cas de restitutions ou de prêts. Ils restent également très approximatifs dans le domaine juridique et

proposent de multiples projets, parfois même avant de les avoir proposés aux pays concernés ou d'en avoir évalué le budget et la durée. Peut-être devrait-on d'abord apprendre à écouter les responsables culturels africains et européens qui disposent déjà de connaissances sur les objets des collections, les institutions et leur histoire et s'enrichir des expériences du passé avant de faire des propositions ?

Il ne faut pas oublier que les auteurs, qui semblent aujourd'hui porter la voix de l'Afrique et de l'Europe, ont tous les deux été choisis par le président français Emmanuel Macron. C'est également lui qui a commandité la restitution de 26 objets au Bénin sans attendre les résultats du rapport. S'il est difficile d'évaluer ce que ce patrimoine peut apporter aux Béninois, il est certain qu'il offre au président français une opportunité de témoigner son « amour » du continent.

Texte *Audrey Peraldi*

NOTES

- 1 Le document remis au président le 23 novembre 2018 est paru en ligne sous le titre « Rapport sur la restitution du patrimoine culturel africain. Vers une nouvelle éthique relationnelle ». Toutes les citations de l'article sont extraites de la version publiée du rapport, parue aux éditions Philippe Rey le 26 novembre 2018.
- 2 Les leçons inaugurales servent à dresser un tableau de l'état des connaissances et contribuer ainsi à l'histoire de chaque discipline (Savoy 2017 : introduction).
- 3 Ce dernier a d'ailleurs pu faire parvenir la copie du document d'archive, malheureusement sans numéro d'inventaire.
- 4 La photographie du document d'archive envoyée par Lorenz Rollhäuser permet de retrouver la citation originale : « Dazu kommt noch, dass einer meiner gegenwärtiger Hörer, Ltnt. von Arnim sich im Oktober einer neuen, grossen Strafexpedition gegen die Ngolo (strong secret!!) anschliessen wird ». Le numéro d'inventaire du document n'est malheureusement pas lisible. Des recherches sont en cours pour trouver la suite du document et sont référencement exact.
- 5 Deutsche Biographie. Site internet : deutsche-biographie.de. Recherche « Luschen, Felix Ritter von », du 11.6.2019.
- 6 Si le Museum of Great Britain fait référence au British Museum, les studios Marvel ont utilisé l'High Museum of Art d'Atlanta comme décors pour créer ce musée fictif.
- 7 Ils emporteront également un masque.
- 8 Elle est accompagnée d'une note de bas de pages qui précise que certaines pièces achetées ont pu être des contrefaçon réalisées pour satisfaire une « clientèle » nouvelle.
- 9 Une mention portant sur les cadeaux diplomatique est faite plus loin dans le rapport mais elle ne porte que sur les échanges récents : « Les dons de chefs d'État souverain aux chefs de gouvernement français restent acquis à la France, sauf dans le cas où les chefs d'État concernés ont été condamnés dans leurs pays d'origine pour détournement de biens publics » (Sarr/Savoy 2018 : 106).

- 10 La Convention de l'UNESCO concernant les mesures à prendre pour interdire et empêcher l'importation, l'exportation et le transfert de propriété illicites des biens culturels a été conclue en 1970.
- 11 Les auteurs ne donnent pas le numéro d'inventaire des objets conservés au Musée d'histoire naturelle
- 12 Depuis 2015, une base de données en ligne référence ces documents.
- 13 La base de données ne fait malheureusement pas la différence entre le Bénin (pays) et le royaume du Bénin, au Nigeria.
- 14 Tous ces objets ont été illustrés dans Kunst&Kontext n°15, p.37-40. Ce ne sont malheureusement pas des photographies car les droits de reproduction s'élevaient à 721 euros pour 27 objets.
- 15 Effectivement, il est très difficile de trouver des informations sur les projets d'Imaginaire sur internet.
- 16 Marie-Cecile Zinsou a également été l'invitée de la conférence intitulée « Museotopia. Réflexions sur l'avenir des musées en Afrique », qui a eu lieu le 11 juin 2019 au Collège de France.
- 17 La référence de cette analyse est la suivante : B/08/03/EMN/RH
- 18 Site du musée du quai Branly, Explorer les collections : [quai Branly. fr/fr/explorer-les-collections/](http://quai Branly.fr/fr/explorer-les-collections/). Recherche du 27.5.2019.

LITERATURE

- Sarr F. / Savoy B. (2018) Restituer le patrimoine africain. Philippe Rey/Seuil.
- Sarr F. / Savoy B. (2018) Rapport N°2018-26 : «Rapport sur la restitution du patrimoine culturel africain. Vers une nouvelle éthique relationnelle» http://restitutionreport2018.com/sarr_savoy_fr.pdf
- Sarr F. (2017) Habiter le monde. Essai de politique relationnelle. Mémoire d'encrier.
- Sarr F (2016) Afrotopia. Philippe Rey.
- Savoy B. (2017) Objets du désir, désir d'objets. Collège de France / Fayard.
- Peraldi A. (2018) Le patrimoine partagé d'Emmanuel Macron. Un projet de restitution d'art africain. In Kunst&Kontext N.14, février 2018, p. 32-37.
- Peraldi A. (2018) La restitution des biens culturels du Bénin « En Marche » - Une mission d'Emmanuel Macron et un projet économique de Patrice Talon, In Kunst&Kontext N.15, décembre 2018, p. 14-41)
- Peraldi A. (2017) Die Rückgabeforderung des Oba Akenzua II, In Kunst&Kontext N.13, juillet 2017, p. 23-33.
- Prott L.V. (2011) Témoins de l'histoire, recueil de textes et documents relatifs au retour des objets culturels, Éditions UNESCO, 2011, xii. Voir aussi : Commentaire relatif à la Convention de l'UNESCO de 1970 sur le trafic illicite des biens culturels.
- Bocum H., Cremière C., Féau E. (2018) Vers le musée africain du XXI^e siècle. Ouverture et coopération. MKF Éditions.
- Leiris, M. (1996) Miroir de l'Afrique. Gallimard.
- Laely, T., Meyer, M., Schwere, R. (2018) Museum cooperation between Africa and Europe: a new field for museum studies. Bielefeld / Kampala: transcript / Fountain Publishers.

GOUVERNEMENT FRANÇAIS

- Gouv-fr 1- Élysée. Discours du Président de la République Emmanuel Macron à l'université Ouaga I, professeur Ki-Zerbo, à Ouagadougou, le 28.11.2017. Transcription publiée le 29.11.2017. elysee.fr.
- Gouv-fr 2- Élysée. Déclaration conjointe d'Emmanuel Macron et de Pa-

- trice Talon à l'occasion de la conférence de presse avec Patrice Talon, Président de la République du Bénin, le 5.3.2018. Transcription publiée le 5.3.2018. elysee.fr.
- Gouv-fr 3 - Élysée. Remise du rapport Savoy/Sarr sur la restitution du patrimoine africain. Publication du 23.11.2018. elysee.fr.
- Gouv-fr 4 - Legifrance. Loi n°2002-5 du 4 janvier 2002 relative aux musées de France, article 11. legifrance.gouv.fr.
- Gouv-fr 5 - Élysée. Remise du rapport Savoy/Sarr sur la restitution du patrimoine africain. Publication du 23.11.2018. elysee.fr.
- Gouv-fr 6 - Ministère de la culture, mail du 3.6.2019.

GOUVERNEMENT BÉNINOIS

- Gouv-bj 1 - Présidence Bénin. Rencontre du chef de l'État S.E.M, Patrice Talon avec les Rois du Bénin, tenue le 25.8.2018. Vidéo publiée le 28.8.2018 sur la chaîne YouTube de la présidence de la République du Bénin. <https://www.youtube.com/watch?v=cKC58RLnEys>
- Gouv-bj 2 - Présidence Bénin. Participation du Président Talon à la Conférence sur la circulation des biens culturels à l'UNESCO. Vidéo publiée le 4.6.2018 sur la chaîne de la présidence du Bénin. https://www.youtube.com/watch?v=AC_Hgx2jomo&t=30s
- Gouv-bj 3 - Présentation des projets muséo-culturels du PAG - Bénin Révélé, Présidence Bénin, vidéo publiée sur YouTube le 20.06.2018. <https://www.youtube.com/watch?v=hBo3DNBWHcQ&t=98s>

INSTITUTIONS CULTURELLES

- Cult. 1 - Musée d'ethnographie de Berlin. Correspondance avec le service des archives du musée, mail du 5.3.2019.
- Cult. 2 - UNESCO - Restitution de biens culturels, Modalité de demande de retour ou de restitution de biens culturels / Comité intergouvernemental, unesco.org (visité le 27.5.2019).
- Cult. 3 - Bibliothèque Nationale de France (BNF). Correspondance mail du 1.6.2018.
- Cult. 4 - UNIDROIT, Convention d'UNIDROIT sur les biens culturels volés ou illicitement exportés (Rome 1995) - État, 27.5.2019. [Unidroit.org](http://unidroit.org), <https://www.unidroit.org/fr/etat-signatures-ratifications-cp>.
- Cult 5 - ICOM. <https://icom.museum/fr/activites/protection-du-patrimoine/listes-rouges-red-lists/>, 27.5.2019)
- Cult 6 - Musée du quai Branly, service de presse, correspondance mail du 25.2.2019.
- Cult 7 - Musée du quai Branly, service de presse, correspondance mail du 25.3.2019.
- Cult 8 - Musée du quai Branly, site internet. «L'esprit du lieu», <http://www.quaibranly.fr/fr/editions/les-publications-du-musee/les-collections-du-musee/lesprit-du-lieu/>, 27.5.2019.

PRESSE

- TAZ. Kunst aus Kolonialzeit in Berlin. Immer wieder entworfene Idylle, Lorenz Rollhäuser, TAZ.de, paru le 4.4.2018.
- Stupéfiant!, « Le Bénin veut récupérer ses trésors », Reportage de Julien Beau, paru sur France 2 le 7.12.2016 et publié le 8.12.2016 sur la chaîne de Stupéfiant! www.youtube.com/watch?v=2uR5kKq4vuc
- France24, publication sur Youtube le 23.11.2018, www.youtube.com/watch?v=MGffBIWHdVQ, 2.5.2019)

Savoys Afririqua – Fehler und Missverständnisse

Aufgrund ihrer Spezialisierung auf den Bereich europäische Kunstgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts (Kunstraub Napoleons) verwundert es nicht, dass die ersten Publikationen von Bénédicte Savoy, in denen sie sich vereinzelt auf konkrete Objekte oder historische Ereignisse Afrikas bezieht, vermeidbare Fehler und Missverständnisse enthalten. Eine wesentliche Ursache ist ihre Arbeitsweise: Quellenangaben sind rar und die Zitate teilweise so ungenau, dass deren Prüfung erschwert oder unmöglich ist. Weiterhin bleibt über Jahrzehnte erarbeitetes ethnologisches Spezialwissen unberücksichtigt.

Beispiel 1: »Die Provenienz der Kultur«

In ihrer Antrittsvorlesung »Die Provenienz der Kultur«, gehalten am Collège de France in Paris am 30. März 2017, findet sich der folgende Text über eine Figur ihrer Sammlung: »[...] eine Perlenskulptur aus der Region Foumban im Westen Kameruns. Ihr Kern aus Holz ist mit Stoff überzogen. Darüber trägt sie eine Stickerei aus bunten Perlen und eine Krone aus wertvollen Muscheln. Perlenstatuen gehören zu den bekanntesten Kulturgütern der Bamileke, insbesondere des Königreichs von Bamum. Man findet sie in allen Museen der Welt, im Pariser Musée du quai Branly, in Berlin, in Genf, im Metropolitan Museum of Art und im British Museum. Seit dem 16. Jahrhundert stammen die Glasperlen, aus denen sie gemacht sind, überwiegend aus Murano.« (Savoy 2018: 11)

Fehler 1: Bamum oder Bamileke?

»Bamileke, insbesondere des Königreichs von Bamum«.¹ (Savoy 2018: 11) Der Ort Foumban liegt in der gleichnamigen Provinz Kameruns, die von über zweihunderttausend Bamum bewohnt wird.² Im Südwesten von diesen gibt es etwa 90 Chefferien, die seit der französischen Kolonialzeit mit dem Sammelbegriff Bamileke bezeichnet werden. (Homberger 2008: 18) Harter spricht daher auch von »pays Bamiléké«. (1986: 15 f.) Die Bamum und diese Bamileke-Gruppen sind zwar Nachbarn, aber erste-

re sind keinesfalls ein Teil der Bamileke – wie im Text von Savoy irrtümlich unterstellt. In ihrer Fußnote »4« (hinter »Bamum«) nennt sie zwar das Buch des auf Kamerun spezialisierten Pierre Harter (1986), ein präzises Zitat ist dies jedoch nicht, da keine Seite genannt wird. (»Le royaume Bamoum« behandelt Harter ab Seite 156.) Offensichtlich ist Savoy diese Differenzierung entgangen.³ Aus dieser Verwechslung resultiert ein weiterer Fehler:

»Perlenstatuen gehören zu den bekanntesten Kulturgütern der Bamileke [...] Man findet sie in allen Museen der Welt, im Pariser Musée du quai Branly, in Berlin, in Genf, im Metropolitan Museum of Art und im British Museum.« (Savoy 2018: 11)⁴

Zu den weltweit »bekanntesten Kulturgütern der Bamileke« zählen die Figuren der Bangwa. (Lintig 1994; Schlothauer 2015) Diese sind jedoch nicht mit Perlen überzogen. Harter schreibt: »En pays Bamiléké, les figures sont rarement perlées«. (1986: 129) Da Savoy keine Inventarnummern der einzelnen Objekte nennt, ist unklar, welche Perlenstatuen sie gemeint haben könnte.⁵ Vermutlich diejenigen der Bamum, denn von diesen gibt es solche in den genannten Museen.

Fehler 2: Perlenstatuen des 16. bis 18. Jahrhunderts?

»Seit dem 16. Jahrhundert stammen die Glasperlen, aus denen sie gemacht sind, überwiegend aus Murano.« (Savoy 2018: 11)⁶

Verschiedene Autoren gehen bisher davon aus, dass es sich bei Perlenstatuen des Kameruner Graslandes um eine Neuerung des 19. Jahrhunderts handelt. (Geary 2008: 36; Homberger 2008: 10)⁷ Im 16. Jahrhundert hatten die Handwerker, die auf der Insel Murano (vor Venedig) lebten, mit ihrem Typus von Glasperlen eine marktbeherrschende Stellung im außereuropäischen Welthandel. Doch schon in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts entstand vor allem in Amsterdam starke Konkurrenz, und im 19. Jahrhundert gab es außerdem eine Anzahl z. B. englischer, tschechischer und deutscher Konkurrenten (Harter 1986: 119), sodass die Behauptung »überwiegend aus

Murano« falsch ist. Auf eine empirische Auswertung zur Herkunft der Glasperlen, die an den Perlenstatuen verarbeitet sind, beruft sich Savoy nicht, daher stellt sich die Frage, wie sie zu ihrer Behauptung gelangt ist.

Falsche Übersetzung

»Krone aus wertvollen Muscheln« (Savoy 2018: 11)⁸

Im französischen Text heißt es richtigerweise »coquillages«, was mit »Schnecken« zu übersetzen ist, nicht aber als »Muscheln«. Es handelt sich um die sogenannten Kaurischnecken (*Cypraeidae*), die in vielen Regionen Afrikas als Zahlungsmittel verwendet wurden. (Geary 2008: 37)⁹ Die dargestellte Kopfbedeckung mit Noppen, z. B. aus Baumwolle oder Fasern der Raphiapalme, wurde (ohne Kaurischnecken) von Würdenträgern getragen. Als Krone (»couronne«) wird sie bisher in der Literatur nicht bezeichnet.¹⁰

Beispiel 2: »The Restitution of African Cultural Heritage«

Der folgende Satz ist wohl nur für Eingeweihte verständlich, da die Details von Savoy nicht weiter erläutert werden: »At the beginning of 1897, the director of the museum of ethnology of Berlin, rejoiced in learning of «a punitive expedition planned against the Ngolo (top secret!) in which one of his students was to participate«. (Savoy/Sarr 2018: 11) Der Text enthält zwei Fehler und ein Missverständnis. Weiterhin entspricht die Quellenangabe des Zitates nicht wissenschaftlichen Gepflogenheiten.

Die Fehler

- Im Jahr 1897 war Felix Luschan (1854-1924) nicht »the director of the museum of ethnology of Berlin«, sondern Direktorialassistent am Königlichen Museum für Völkerkunde in Berlin.
- In Luschans Brief wird von Arnim als »Hörer« bezeichnet: »Dazu kommt noch, dass einer meiner gegenwärtigen Hörer, Ltnt. von Arnim sich im October einer neuen, grossen Strafexpedition gegen die Ngolo (strong secret!) anschliessen wird.«¹¹ Wer damals im Staatsdienst in die Kolonien ging, konnte vorbereitend bestimmte Vorlesungen besuchen. Ein solcher »Hörer« kann nicht mit einem »Studenten« gleichgesetzt werden.

Das Missverständnis

Luschans Behauptung, dass von Arnim im »October« an einer Strafexpedition gegen die Ngolo, einer Ethnie des Kameruner Waldlandes, teilnehmen werde, ist unzutreffend. Wenn es sich um Karl Gustav Ludwig Albrecht von Arnim (1872-1899) handelte, dann ist dieser erst »am 6. Januar 1898 aus dem Heer ausgeschieden« und wurde bei der Schutztruppe angestellt. Er »nahm im Juni/Juli 1898 als Führer des Begleitkommandos an der Expedition des stellvertretenden Gouverneurs Dr. [Theodor] Seitz [1863-1949] im Batangaland teil.« (Hoffmann 2008: 65 f.) Bisher hat kein Historiker diese als Strafexpedition bezeichnet, obwohl es zwischen dem 21. und dem 24. Juni zu vereinzelt Gefechten mit den Ngolo kam. Ein Offizier der kaiserlichen Schutztruppe, Hans Dominik (1872-1945), schreibt: »Und ein Detachment unter Leutnant von Arnim hatte an einer Expedition des Dr. Seitz im Norden des Schutzgebietes durch das Ngolo- und Bakundu-Land teilgenommen.« (1900: 260) Der Autor konnte im Berliner Inventarbuch »Afrika Band 3 IIIC 6346-9960« für die Jahre 1897 und 1898 keinen Eingang von Objekten der Ngolo oder Kundu aus dieser Quelle entdecken.

Unwissenschaftliche Zitierweise

Die Quellenangabe von Sarr/Savoy – »Berlin, Archive of the Ethnologisches Museum, letter of Felix von Luschan, 1897« (Fußnote 14, S. 11) – entspricht nicht den Grundsätzen wissenschaftlicher Genauigkeit und Prüfbarkeit.

Die Briefe Luschans befinden sich in den Erwerbsakten des Ethnologischen Museums Berlin. Bislang sind diese nicht gezählt oder gar systematisch ausgewertet worden. Für den Zeitraum zwischen 1885 und 1910, als Luschan im Berliner Museum für Völkerkunde arbeitete, können es Tausende sein. Die Briefe und andere Erwerbsdokumente sind chronologisch abgelegt und nach Erwerbsvorgängen sortiert. Jedes einzelne Dokument erhielt bei Archivierung eine Blattnummer. Für das Jahr 1897 liegen zwei Akten von etwa zwölf Zentimetern Höhe mit jeweils Hunderten Briefen vor, die derzeit nur auf Mikrofilm im Zentralarchiv der Staatlichen Museen zu Berlin einsehbar sind (Mikrofilmnummer 009). Die Aktendeckel sind z. B. wie folgt beschriftet: »Museum für Völkerkunde«, »Acta betreffend die Erwerbung ethnologischer Gegenstände aus Afrika«, »Vol 17«, »Vom 1. Januar 1897 bis 30. Juni 1897«, »Pars I B«. Später wurden diese Akten mit lau-

fenden Nummern versehen, in diesem Fall »I/MV 717«. Im Inventarbuch finden sich Verweise auf die Erwerbsakten, die sogenannten E-Nummern. So hat die Akte der Ngolo-Sammlung von Oltwig Wilhelm Adolf Ernst von Kamptz (1857-1921) die Nummer »E 875/97« und befindet sich in der Akte »I B 18 Afrika = I/MV 718« (Mitteilung der Leiterin des Archives des Ethnologischen Museums, Anja Zenner, Mail vom 11. März 2019). Die wissenschaftlich korrekte Zitierweise verlangt also mindestens den Kurzverweis »I/MV 717« bzw. »I/MV 718« und die Blattnummer. Mit der obigen unpräzisen Zitierweise ist der genannte Brief nur mit erheblichem Suchaufwand auffindbar.

Da ein Verständnis für diese Aktensystematik offensichtlich fehlte, ist es unwahrscheinlich, dass Savoy den Brief aus den Akten kannte. Als Quelle kommt der Journalist Lorenz Rollhäuser infrage, der diese Passage des Luschan-Briefes in seinem Rundfunkbeitrag »Haus der Weißen Herren« zitierte.¹² Auf Anfrage schickte Rollhäuser das »teilweise sehr unscharfe Foto« der Aktenseite, konnte aber nicht mehr sagen, in welcher Akte sich der Brief befindet. (Mail von L. Rollhäuser, 5. April 2019) Ein Datum ist auf dem Foto nicht erkennbar, und auch die rote Blattnummer ist unscharf. Der Journalist war sich »nach dem Inhalt des Briefes ziemlich sicher, dass er von 1897 stammen muss«. Wie Savoy auf die Datumsangabe »At the beginning of 1897« kommt, müsste sie selbst erklären.

Fazit

Die gewählten Textstellen zeigen beispielhaft Savoy's Arbeitsweise in den beiden Publikationen. Im Ergebnis wird Wissenschaftlichkeit geschickt simuliert, es mangelt jedoch an zwei Grundbedingungen: Gründlichkeit und Überprüfbarkeit. Es fällt außerdem auf, dass Informationen ungeprüft von Medien übernommen wurden. Da einige Journalisten bevorzugt Savoy als Quelle nutzen, entsteht ein gefährlicher Zirkel der Desinformation. Durch Wiederholung erhöht sich der scheinbare Wahrheitsgehalt, und kritische Anmerkungen führen nicht etwa zur Diskussion, sondern werden ausgeblendet. Die Ergebnisse und Behauptungen im Bericht von Sarr/Savoy und die Berichterstattung der Medien zu diesem sind auch deshalb mit äußerster Skepsis zu betrachten.

Text *Andreas Schlothauer*

ANMERKUNGEN

- 1 Die französische Originalfassung lautet: »des Bamilékés, plus particulièrement du sultanat de Bamoun« (Savoy 2018: 5)
- 2 Zur Kultur und Geschichte der Bamum siehe Geary 2008: 27 f. und Homberger 2008: 17. Die offizielle Internetseite des Königreichs Bamum ist: www.royaumbamoun.com.
- 3 Siehe auch die Karte bei Homberger 2008: 11. Diese Verwechslung hätte Savoy selbst mit Quellen wie z. B. Wikipedia vermeiden können: www.wikipedia.com, Suchbegriffe »Bamum« bzw. »Bamileke«.
- 4 »Les statues perlées comptent parmi les œuvres les plus connues du patrimoine des Bamilékés [...] On en trouve dans tous les musées du monde, au Quai Branly, à Berlin, à Genève, au Metropolitan Museum of Art, au British Museum.« (Savoy 2018: 5)
- 5 Es gibt z. B. Perlenstatuen aus der Baham-Region, die zu den Bamileke gezählt werden. Diese befinden sich jedoch im Museum der Weltkulturen Frankfurt am Main (Inv. Nr. NS 29.720) und im Museum der Kulturen Basel (Inv. Nr. III 23947) – siehe die Abbildungen bei Homberger. (2008: 202 f.)
- 6 »Depuis le XVI^e siècle, les perles de verre dont elles sont faites proviennent en grande partie de Murano, près de Venise.« (Savoy 2018: 5)
- 7 »Im 19. Jahrhundert waren die kleinen runden europäischen Glasperlen (memmi), die sogenannten Samenperlen, und die kostbaren korallenroten oder blauen Stabperlen (ntam) dem Königshaus und hochrangigen Bamum vorbehalten. Gürtel wurden mit Perlen bestickt, sie wurden zu Armreifen, Halsreifen und anderen Schmuckstücken verarbeitet. Sie schmückten Kopfbedeckungen, Schwertscheiden, Fliegenwedelgriffe, Stäbe und natürlich Holzplastiken. Die Liefermengen von der Küste und von den Haussa im Norden waren sehr gering, und daher verfügten die Menyam-Handwerker bei den kleinen Glasperlen nur über wenige Farben. Die älteren Arbeiten sind deshalb meist in Schwarz, Weiss, Rot und Blau gehalten, während die nach der Ankunft der Deutschen gefertigten Objekte oft in leuchtendem Grün, Gelb, Rosa und vielen anderen Farben erstrahlten, weil die Deutschen Glasperlen in grossen Mengen importierten und tauschten.« (Geary 2008: 37) Homberger schreibt: »Das Königreich Bandjoun im Bamileke-Gebiet verbindet mit seinen perlenbezogenen Thronen hohe Bildhauerkunst mit wunderbarer Farbigkeit. Diese Objekte entstanden im 19. Jahrhundert und gehören zu den wertvollsten Gegenständen in königlichem Besitz.« (2008: 10)
- 8 »une couronne de coquillages précieux« (Savoy 2018: 5)
- 9 »Kaurischnecken, die über die Handelsrouten von der Küste kamen, waren genauso wertvoll und dienten ausser zur Schmuckherstellung auch als Währung.« (Geary 2008: 37)
- 10 Einige Beispiele im Kamerun-Ausstellungskatalog des Rietberg Museums: »Eine Mütze mit Noppen ist bis heute im Gebrauch« (Geary 2008: 36) Die »Kopfbedeckung mit Noppen verweist auf einen bedeutenden Mann«. (Homberger 2008: 153, Kat. 13) Eine »prunkvolle Kappe«. (Homberger 2008: 164, Kat. 51) »Zuoberst thront ein König oder hoher Würdenträger mit Kappe«. (Homberger 2008: 173, Kat. 60) Bei Knöpfli ist ein ähnlicher Typus als »Igelkappe« bezeichnet. (2008: 128)
- 11 Eine genaue Quellenangabe ist nicht möglich. Dem Autor lag lediglich ein Foto des Journalisten Lorenz Rollhäuser vor.
- 12 Verwendet wurde die Mitschrift der Sendung vom 23. September 2017, S. 7

LITERATUR

Dominik, Hans: Kamerun. Sechs Kriegs- und Friedensjahre in deutschen Tropen, Berlin 1911

Geary, Christraud M.: Bamum und Tikar: Inspiration und Innovation, in: Lorenz Homberger (Hrsg.): Kamerun. Kunst der Könige, Zürich 2008, S. 23-67

Harter, Pierre: Arts anciens du Cameroun, Arnouville 1986

Hoffmann, Florian: Okkupation und Militärverwaltung in Kamerun. Etablierung und Institutionalisierung des kolonialen Gewaltmonopols, Teil II Die kaiserliche Schutztruppe und ihr Offizierskorps, Göttingen 2007

Homberger, Lorenz (Hrsg.): Kamerun. Kunst der Könige, Zürich 2008

Knöpfli, Hans: Grasland. Eine afrikanische Kultur, Wuppertal 2008

Lintig, Bettina von: Die bildende Kunst der Bangwa, München 1994

Sarr, Felwine, Bénédicte Savoy: The Restitution of African Cultural Heritage. Toward a New Relational Ethics, November 2018 (Online: www.restitutionsreport2018.com/sarr_savoy.en.pdf)

Savoy, Bénédicte: Die Provenienz der Kultur. Von der Trauer des Verlusts zum universalen Menschheitserbe, Berlin 2018

--- Objets du désir, désir d'objets: Leçon inaugurale prononcée le jeudi 30 mars 2017, Paris 2017 (Online: www.books.openedition.org/cdf/5021, 4. März 2019)

Schlothauer, Andreas: Die Kamerun-Sammlungen von Gustav Conrau im Ethnologischen Museum Berlin, in: Kunst&Kontext Nr. 9. 2015, S. 20-31

Le Swich Project : repenser les collections ethnographiques les objets et les mémoires.

Le Swich Project comme medium introspectif

Le *Swich Project*, pour « Sharing a World of Inclusion, Creativity and Heritage », a débuté en novembre 2014. Regroupant onze musées européens ainsi qu'un organisme privé d'expertise culturelle qui subventionne de nombreux projets patrimoniaux et artistiques.¹ Le projet a mis en lien une dizaine de pays européens et leurs institutions. Le rôle des musées dans cette recherche d'envergure répond à diverses notions abordées précédemment : les débats aujourd'hui encore vifs sur les mémoires collectives autour de la colonisation et de l'impérialisme occidental, se trouvent cristallisés dans les collections ethnographiques toujours conservées par les ex-puissances coloniales. Le programme a été financé par l'Union Européenne et s'inscrit dans une recherche débutée il y a déjà plusieurs années avec les projets RIME et READ-ME 1&2 pour lesquels la documentation est absente. Les différentes institutions culturelles ayant participé au programme sont les suivantes : le *Weltmuseum* situé à Vienne, le *National Museum of World Cultures* regroupant les musées de Leyde,

Amsterdam et Berg en Dal, le Musée royal de l'Afrique centrale à Tervuren, le Musée des Civilisations de l'Europe et de la Méditerranée, dit Mucem de Marseille, le *National Museums of World Culture* de Stockholm et Göteborg, le *Linden-Museum*, de Stuttgart, le *Museo delle Civiltà*, regroupant quatre entités muséales, dont le *Museo Preistorico Etnografico «Luigi Pigorini»* de Rome qui a participé, le Museum of Archaeology and Anthropology de Cambridge, le *Slovenski Etnografski Muzej* situé à Ljubljana, l'*Ethnological and World Cultures Museum* de Barcelone et enfin le cabinet d'expertise culturelle Culture Lab situé à Bruxelles.

Le programme visait à mettre en lien ces différentes entités culturelles européennes afin de creuser encore les collaborations internationales dans l'art, la recherche, l'éthique citoyenne et la mise au point d'un vivre-ensemble à long terme. C'est Steven Engelsman qui a été responsable du projet jusqu'à la fin de la première année, rapidement remplacé par Barbara Plankensteiner. Les principaux thèmes de recherche et d'expérimentation du *Swich* tournaient autour de six pôles théoriques sur lesquels les stratégies muséales devaient s'appuyer pour mettre au point des nouvelles pratiques réflexo-prospec-

tives. La première des thématiques était « Citoyenneté et appartenance » abordant les situations de déracinement, d'immigration et de cohabitation entre diverses cultures dans une Europe en perpétuel changement politique, culturel et social. Elle pose aussi la question du rôle des collections et des programmes muséaux comme sources d'identification, d'appartenance, d'engagement international, local et transidentitaire.

La deuxième thématique prospectée s'intitulait « Connecter les diasporas d'objets et d'humains ». Elle soulignait le rôle relationnel des musées ethnographiques comme médiateurs dans la construction des relations entre « indigènes » et communautés diasporiques. « Steereculture : l'art d'écouter » a permis de développer des pratiques inclusives, démocratiques et co-créatives qui demandent aujourd'hui, un renouveau des idées d'expertise, d'accès et de gouvernance du savoir. La pratique de collecte est depuis déjà plusieurs années au cœur de débats vifs entre les acteurs culturels divers. C'est au sein de la notion « Collecter les futurs » que le programme a permis la structuration de problématiques autour des objets, leurs histoires, les besoins des communautés et les pratiques de collectes en réponse aux nouvelles interprétations des collections. L'avant-dernière catégorie travaillée aborde le « Dialogue créatif » en étudiant les ouvertures des collections aux artistes contemporains ou aux acteurs extérieurs à l'institution culturelle. Ces engagements permettent des méthodes d'interprétation et de présentation inédites, incluant anthropologues, artistes, designers, chercheurs, universitaires, public et le projet veut permettre leurs rencontres.

Enfin le projet désirait s'inclure dans une recherche qui tend à passer par des « Zones de contact digitale » permettant de créer des liens numériques partout dans le monde, avec toutes les catégories de la population mais plus particulièrement les jeunes générations. A travers cette dernière appréhension, le *Swich* questionne ces nouvelles technologies et leurs nouvelles propositions, ainsi que les expériences subjectives et politiques qu'elles pourraient créer, menant vers de nouvelles catégories d'archives et de ressources. Tout cela a pris forme à travers des conférences, des séminaires, des expositions, des ateliers ou des résidences artistiques (et scientifique). Nous avons ainsi pu compter huit résidences, au moins sept workshop ou séminaires, deux ateliers, cinq conférences publiques et une dizaine d'expositions. Ces paramètres ont permis la création d'une plateforme d'échanges, de plusieurs col-

lectes d'informations, d'inclusion, le développement du rôle relationnel des objets ethnographiques dans le réseau historique et politique entre sociétés originelles et communautés diasporiques.

Les refontes muséales : un processus politique, culturel et social

Les études des musées plus connues sous l'anglicisme *museum studies* ont fait du musée d'ethnographie le paragon des évolutions muséographiques. Le *Swich Project* permet d'aborder ces refontes théoriques et idéologiques mais encore esthétiques sous un angle pluridisciplinaire.² Le projet permet en effet l'entrelat des disciplines, des mémoires, des statuts sociaux, des cultures et projections politiques. Certaines structures ne sont pas nées des fondements impérialistes et coloniaux, le MuCEM par exemple s'est fondé autour de la volonté d'historiciser et d'exposer les nations, les sociétés et les peuples. L'Europe ethnographique a en partie construit ses expositions d'objets sur le dualisme « nous » face à « l'autre » et devant la crise muséale certains musées ont débuté un projet de mue bien avant les grands travaux qui ont lieu aux quatre coins de l'Europe depuis les années 2000. Ces différents choix révèlent les engagements politiques, sociaux, éthiques, artistiques, des musées, tout comme leurs politiques de communication.

Dans le cadre du *Swich* il est apparu que lors des refontes, deux grandes familles institutionnelles se sont imposées parmi les musées partenaires. D'une part nous pouvons trouver des structures qui ont décidé de préserver la notion d'« ethnographie » : le *Weltmuseum* de Vienne - qui portait encore le nom de *Museum für Völkerkunde* jusqu'en 2017 -, le *Slovenski Etnografski Muzej* de Ljubljana et le *Museo Etnologico y de Culturas del Mundo* de Barcelone par exemple. D'autre part, beaucoup de grandes institutions ethnographiques un peu partout en Europe ont décidé de faire fusionner plusieurs structures muséales pour former les grands groupes que sont aujourd'hui les *National Museum of World Culture*. Nous pouvons trouver cette forme renouvelée à Amsterdam et Leyde, à Stockholm et Göteborg ou à Rome. Ces refontes, en partie étudiées par Camilla Pagani³, n'ont pas encore révélées tous les enjeux autour des stratégies muséales pour répondre aux attentes éthiques et sociales.

De plus, la création des *National Museum of World Culture* par des musées européens anciennement impé-

rialistes, n'incluant pas, ou très peu, de collections européennes - la plupart des musées exposant des objets européens sont appelés « Musées de sociétés », « Musées des arts traditionnels et populaires » ou « Musées de folklore », ces derniers étant cependant plus rares aujourd'hui - semblent proposer au visiteurs, une Europe exclue de ce « monde » lointain. En cela, les musées ethnographiques européens cultivent encore aujourd'hui la dualité, la différenciation et la marginalisation entre le « eux » et le « nous ». Cependant à travers de nombreuses collaborations rendues possibles dans le cadre du *Swich Project*, ces musées ont réussi à ouvrir une voie de dialogue et d'introspection importante.

Les collections : entre débat et partage

Ces refontes tournent plus particulièrement autour des problématiques concernant la légitimité des collections conservées en Europe, soulevées depuis quelques années. Les musées européens ont adopté une activité de collecte de masse depuis le XIX^e siècle. Les études muséographiques actuelles analysent la pratique de collecte et d'exposition des musées, sous la notion de « prédation ». Comme l'indique Fabien Van Geert :

« Le musée aurait sans cesse besoin de collections pour vivre et pour croître, afin d'être «au service de la société et de son développement», tel que le recommande le Conseil International des musées (ICOM) dans ses statuts. Pour satisfaire ce besoin interne, cet instinct institutionnel, il achète, il reçoit, il récupère. Ethique oblige, il ne détourne, voire ne vole plus. Le musée se ferait le miroir du système capitaliste/moderne pour lequel et dans lequel il est né. S'il ne grandit pas, il meurt. »

Aussi, la question de l'interprétation et de la mise en scène des objets sont au cœur des recherches muséographiques aujourd'hui et le *Swich Project* a de même permis ce travail à travers plusieurs expositions collaboratives telles que *Reactivate! Objects and Identities* réalisée au Museum of World Culture de Stockholm avec des étudiants autour des questions d'identités. Nous pouvons aussi mentionner l'exposition *Africa and Slovenia – A web of people and objects* au Musée Ethnographique Slovène de novembre 2017 à mars 2018. Cette exposition expérimentale devait valoriser les collectionneurs slovènes occidentaux propriétaires de certains des objets africains présentés et des membres de la communauté afro-slovène, leur intimité et leur rapport à la société slovène aujourd'hui. Ces expositions proposent parfois des prismes de lectures

et d'analyse intéressants, elles peuvent aussi révéler les ambiguïtés encore présentes aujourd'hui par exemple dans le dualisme entre objets « autochtones » et la pratique des collectionneurs.

Le musée est un médiateur entre divers acteurs, diverses autorités qui s'efforcent d'écouter, de s'ouvrir au discours de l'autre, il devient le terrain privilégié de rencontre. Par les résidences artistiques, il est une zone d'échange et de contact, laissant émerger une zone d'engagements et des clefs de lecture, mais aussi de renouveau. Tout comme l'indique Sandra Ferracuti dans un article destiné au *Swich Project*, les collaborations avec les artistes peuvent produire des enrichissements concrets fondés sur l'enquête, la communication, le multifocal, l'esthétique, dans le but d'étendre nos connaissances. Ces collaborations sont aussi créatrices d'outils disponibles pour tous.

Les résidences artistiques : intrusions salutaires et partage d'autorité

Le *Swich* projette ses intentions de reconnecter les citoyens européens à travers divers événements tel que des séminaires, des débats, des *workshops*, des expositions en collaboration avec le public et les artistes invités. Les résidences artistiques ont formé un outil privilégié de dialogue autour des thématiques de recherches soulevées. Elles suivent le modèle lancé par les avant-gardes artistiques, cependant le musée est plus impliqué dans les choix que fait l'artiste. Pour ces résidences, l'artiste est choisi par le musée. Nous pouvons ainsi aborder quatre des résidences qui ont soulevé des relations des enquêtes intéressantes réalisées par les artistes, en étroite collaboration avec les équipes du musée.

Jacqueline Hoàng Nguyễn a travaillé avec le *National Museum of World Culture* de Stockholm, plus particulièrement sur leurs archives photographiques du Vietnam. A travers une phase de recherche minutieuse sur l'archive numérotée « n°13963 », l'artiste a créé des liens intimes entre sa propre histoire familiale et l'histoire coloniale du Vietnam. A travers cette résidence, un atelier en collaboration avec les équipes du musée et une phase d'introspection collective importante, l'artiste a évoqué son bilan autour de cette expérience :

« Ces sources acquièrent une lumière unique une fois revisitées et interprétées d'une manière originale. Je pense que l'utilisation de documents vernaculaires permet aux plus petits déno-

minateurs sociaux de dévoiler un contexte social et politique plus large. Deuxièmement, il y a la construction du sens ou du savoir dérivé de ces sources. Je crois qu'il est impératif pour les chercheurs d'aujourd'hui de diversifier leurs sources afin d'avoir une image plus complexe de l'événement sur lequel ils enquêtent, plutôt que de se fier uniquement aux documents issus de la colonisation. Je pense que c'est une évidence de nos jours, mais cela exige une forme radicale d'écoute ou d'attention aux détails. »⁴

En imposant sa présence individuelle — en ayant expérimenté un statut migratoire dans une institution moderne occidentale — elle a ressenti un malaise au sein de la structure normative que sont les archives. La friction entre le matériel collecté par le musée — utilisé pour des initiatives scientifiques — et les documents biographiques, questionnent cette universalité muséale prônée un peu partout en Europe.

H.H. Lim a été invité au musée « Luigi Pigorini » de Rome. Il a choisi de travailler sur les collections d'armes venant de Malaisie et d'Indonésie, lui-même né en Malaisie, ces objets connotaient une introspection identitaire importante. L'artiste a ainsi créé un lien imaginaire entre les armes des collections et le symbole des *Sando-kan* du roman de voyage écrit par Emilio Salagari à la fin du XIX^e siècle. En les insérant dans une nouvelle trame narrative, littéraire, historique et ethnographique, les objets permettent un nouveau visuel et identitaire. Selon Loretta Paderni et Rossana di Lella, commissaires en charge du projet, « Cette nouvelle perspective permet au Musée de transformer des instruments de la mort en instrument de dialogue et de compréhension ». ⁵

Miguel Palma est un artiste portugais dont la résidence artistique s'est déroulée au MuCEM de Marseille. Son œuvre réalisée pour l'exposition au Fort St Jean, était une grande structure de métal, composée de cinq disques, chacun représentant une période historique de la méditerranée et sa cartographie. Ces disques tournaient à des vitesses différentes, comme dans un jukebox, de la période la plus éloignée, plus lente, à un mouvement quasiment imperceptible à la dernière période, qui tournait bien plus vite. C'est son intérêt pour l'archéologie des civilisations et pour les ères « enterrées » sous nos pieds, ensevelies par les sociétés actuelles qui l'a mené à cette production. Marseille a aussi un passé et une histoire forte, cette œuvre a été sa façon de raconter cette histoire. La ville est d'autant plus porteuse de responsabilités culturelles car elle a toujours été le carrefour entre diverses populations et sociétés.

Enfin, Eddy Ekete a travaillé au sein du Musée Royal de l'Afrique Centrale à Tervuren, l'un des plus représentatifs des musées héritiers des empires coloniaux occidentaux en Europe. Sa naissance remonte à l'exposition universelle de 1897 qui a eu lieu à Bruxelles. La section coloniale du musée a été créée et déplacée au Palais des colonies par le roi Léopold II, connu pour avoir organisé diverses conquêtes en Afrique, notamment en faisant appel à Henry Morton Stanley. Cette structure, comme beaucoup de musées ethnographiques ou dit de « l'Homme » au XIX^e siècle, exposait et conservait des *artefacts* africains, du folklore belge, des objets des sciences naturelles, etc. Adjacent au Palais avait été créé un « village africain » qui servait à « montrer » des membres de la communauté congolaise pour satisfaire l'exotisme impérialiste occidental, plusieurs d'entre eux sont morts dans cette mise en scène du racisme. Cette lourde historicité a été l'objet d'une enquête de terrain pour l'artiste. En effet, il a confié que la population bruxelloise, en partie issue des migrations du Congo estime que la gestion du musée leur appartient. Eddy Ekete a produit une vidéo rassemblant des opinions d'environ quatre-vingt personnes à propos du musée et des restitutions d'objets congolais conservés en Belgique. Ainsi l'artiste évoque les problématiques et dissensions cristallisées autour des objets ethnographiques :

« Peu de personnes connaissent le musée et celles qui le connaissent ne veulent plus y aller à cause de son histoire. Il existe une forte polémique entre les congolais qui pensent que ce musée leur appartient et les belges. Il y a aussi une dissension dans les diasporas des anciennes colonies. Elles mettent la pression aux agents du musée pour réclamer « leur » musée. En travaillant sur ces projets j'ai découvert ces problèmes. Il y a une fracture historique. Les congolais disent que ce sont les congolais qui devraient travailler dans le musée, que les belges doivent laisser ce lieu qui ne leur appartient plus, pas comme ça, pas avec cette histoire. C'est vraiment le cœur d'un problème propre à la Belgique. Les identités sont complexes. Il y a des problèmes entre flamands, wallons et congolais. La plupart des gens pensent que ça devrait être restitué, beaucoup de belges ne veulent pas, d'autres sont entre-deux. Ils disent « Et bien gardez de cela un peu ici et en renvoyez quelques-unes là-bas. » »⁶

La question des restitutions est étroitement liée aux stratégies politiques et aux choix des institutions. Leur refonte récente qui suit une vague globale en Europe de métamorphoses muséales, témoigne d'intentions nouvelles. Ce sont les résidences artistiques qui ont en grande partie su faire émerger les problématiques éthiques, so-

ciales et politiques autour des musées ethnographiques européens. Principalement parce que donner une carte blanche aux artistes, souvent choisis pour leur lien identitaire extra-occidental et un de leur pieds en Europe, c'était exposer l'histoire et les stratégies muséales à une critique vive, aujourd'hui plus que nécessaire. Ces choix sont aussi une voie vers un partage d'autorité aujourd'hui nécessaire pour véritablement décoloniser les musées ethnographiques. Les institutions n'ont plus le choix aujourd'hui, pour survivre et au regard des étues actuelles, il est indispensable de s'ouvrir aux requêtes des communautés spoliées. Il reste encore à étudier minutieusement l'évolution globale de ces musées européens, notamment en prenant inévitablement en compte leur implication dans la politique étrangère de leur état, leurs activités par rapport aux questions de restitutions.⁷ Le *Swich Project* a été un catalyseur qui a su révéler les problématiques vives et encore ambiguës autour des musées ethnographiques.

Texte Anaïs Clara

NOTES

¹ Culture Lab est un cabinet d'expertise et d'organisation de projets culturels fondé en 2002. Cette agence privée basée à Bruxelles est spécialisée dans l'adaptation des besoins des organisations culturelles aux politiques et programmes de financement de la Commission européenne. La société fournit ainsi « une expertise de pointe, des conseils et un soutien technique, de l'identification, la conception et la gestion de projets à l'évaluation et la communication d'initiatives culturelles, principalement en Europe, en Méditerranée et dans les pays ACP. » Voir leur site officiel <https://culturelab.be/>

² CLARA A., TOUSSAINT E. (dir.), « Le *Swich Project* : reconnecter les collections ethnographiques, les diasporas et les mémoires », Mémoire, Université de Toulouse II Jean Jaurès, 6 juin 2019

³ PAGANI C., ROSSELLA F., GROS F., (dir.) Politiques de reconnaissance dans les musées d'ethnographie et des cultures au XXI^e siècle, Université Paris-Est-Créteil, Ecole doctorale Cultures et Sociétés, E.A. Lettres, Idées, Savoirs, 2014

⁴ Entretien mené avec Jacqueline Hoàng Nguyễn, le 19 février 2019, CLARA A., op. cit., p. 160.

⁵ NOACK G., DE CASTRO I., Co-Creation Labs - Illuminating Guests, Artists and New voices in European Museums of World Culture, Linden-Museum, Stuttgart, 25 mai 2018, p. 9-29

⁶ Entretien mené avec Eddy Ekele le 20 février 2019, CLARA A., op. cit., p. 169.

⁷ PERALDI A., La restitution des biens culturels du Bénin « En Marche » — Une mission d'Emmanuel Macron et un projet économique de Patrice Talon, « Afrika », Kunst&Kontext N° 15, novembre 2018

IMPRESSUM

Kunst & Kontext

9. Jahrgang, 2019

Herausgeber

Vereinigung der Freunde afrikanischer Kultur e.V. (gemeinnützig)

Westerende 7a, 25876 Schwabstedt

www.freunde-afrikanischer-kultur.de

Chefredaktion

Andreas Schlothauer (V.i.S.d.P.)

Kunst & Kontext, Raumerstrasse 8, 10437 Berlin

schlothauer@kunst-und-kontext.de

Redaktionelle Mitarbeit

Ingo Barlovic, Karl Brosthaus, Bruno Illius,

Audrey Peraldi, Petra Schütz, Martin Schultz

Anzeigen / Abonnement

info@kunst-und-kontext.de

Grafik, Gestaltung

André Orlick

andreo89@me.com

Gestaltungskonzept

Manja Hellpap, www.typografie.berlin

Titelbild

Janine Heers

www.janineheers.ch

Druck

EOS Klosterdruckerei, St. Ottilien

Auflage: 1.000

Erscheint zweimal jährlich

ISSN 2192-4481

Konto der Vereinigung der Freunde

afrikanischer Kultur e. V.:

Nord-Ostsee Sparkasse

IBAN: DE82 2175 0000 0121 2479 69

BIC: NOLADE21NOS

Abonnements sind auch ohne Vereinsmitgliedschaft möglich: 6,50 € pro Heft plus Versand

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Auffassung des Verfassers wieder und nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers. Verantwortlich für die Richtigkeit der Textinhalte sind die jeweiligen Autoren. Für unverlangt eingesandte Texte übernehmen Redaktion und Herausgeber keine Haftung. Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Die Redaktion hat sich um die Wahrung sämtlicher Bildrechte bemüht; sollten gleichwohl nachweisbare Rechte nicht berücksichtigt worden sein, wenden Sie sich bitte an die Redaktion.

www.kunst-und-kontext.de



Wir sind Ihr **SPEZIALIST**, wenn es um DRAHTGEHEFTETE oder KLEBEGEBUNDENE (PUR) **BROSCHÜREN** geht.
Wir drucken dabei mit höchster Qualität zu **NIEDRIGSTEN** Preisen.

UNSER KNOWHOW SICHERT IHREN ERFOLG.

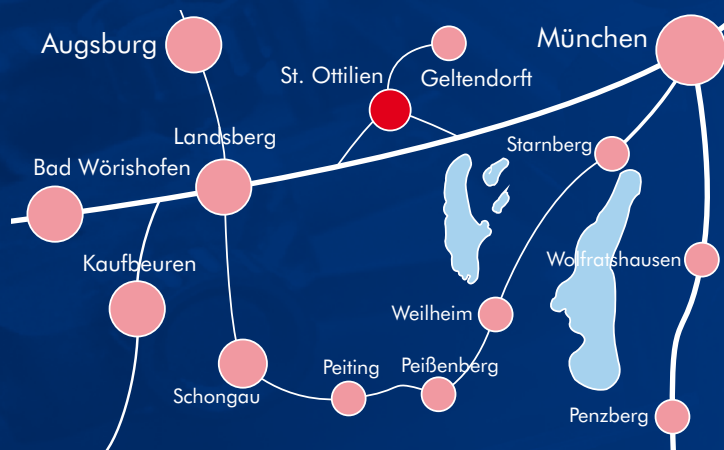
Wir sind ein leistungsstarker und zuverlässiger Partner!

Mit uns arbeiten Sie mit einem modernen Druckunternehmen zusammen, dass auf eine langjährige Tradition von über 125 Jahren zurückblicken kann.

Unsere motivierte Belegschaft, die sich aus allen Altersklassen zusammensetzt, punktet mit vielen Kompetenzen, wie Fachwissen und Erfahrung, Flexibilität und Zuverlässigkeit.

UNSER ENGAGEMENT SICHERT IHREN ZUFRIEDENHEIT.

Wir wollen, dass unsere Kunden zufrieden sind. Daher steht die Qualität unserer Produkte und die Zuverlässigkeit unseres Service bei uns an erster Stelle!



Zemanek-Münster

Tribal Art Auctions Consignments now invited

Hemba, D. R. Congo
Provenance: René Rickli, Olten
H 56 cm

